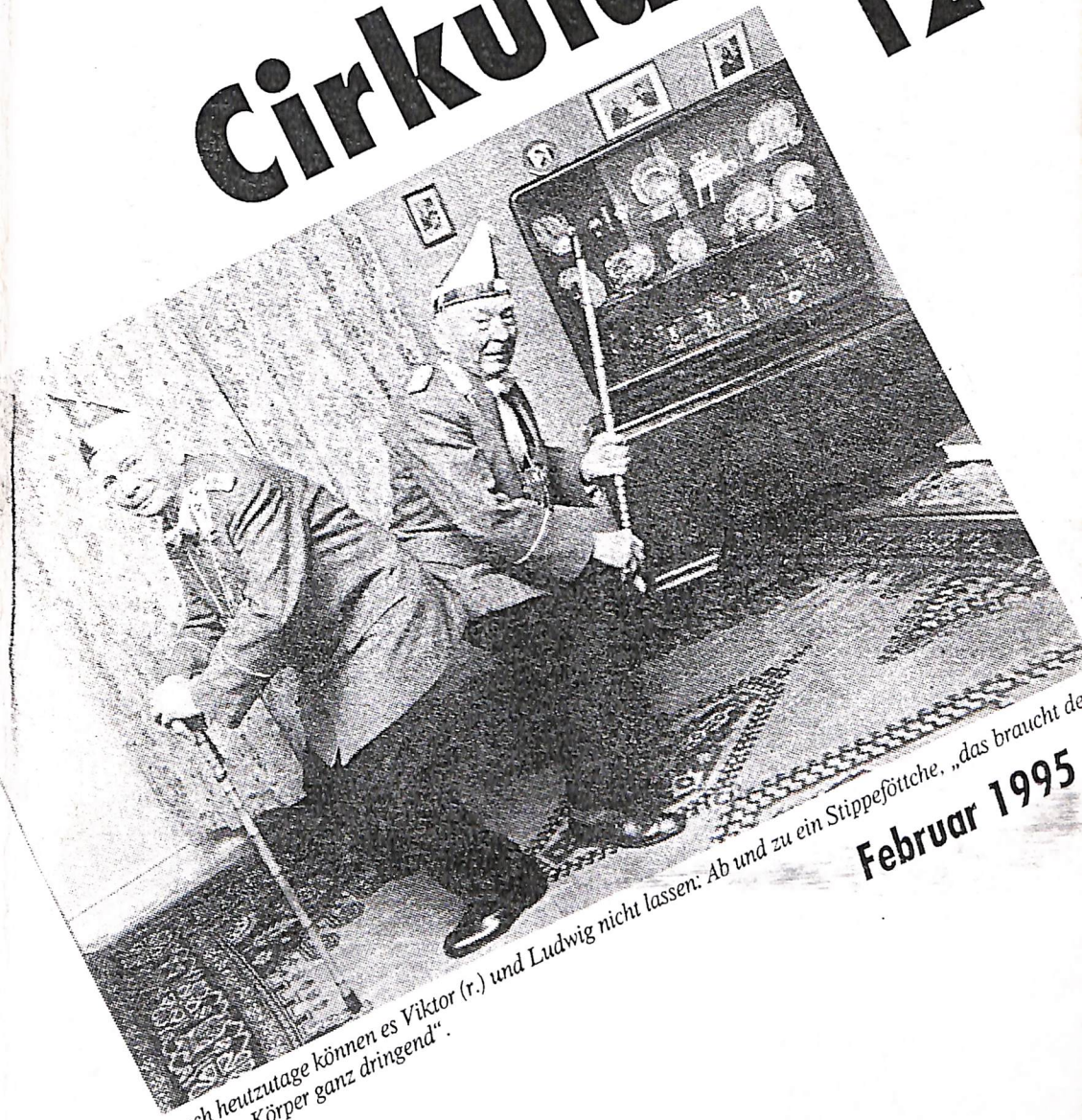
Cirkular 12



Auch heutzutage können es Viktor (r.) und Ludwig nicht lassen: Ab und zu ein Stippeföttche, „das braucht de Funken-Körper ganz dringend".

Februar 1995

Inhalt Zirkular 12, Februar 1995

1 Editorial
2 Zum AKMU-Treffen in Biedenkopf Ende März
5 Antwort auf den Brief aus Bremen in Zirkular 11
8 1½ Tage bei JAB-Teppiche als Leiharbeiter
oder: Die Gefahr des Aktionismus
15 Warnstreik bei STUTE
18 Änderungen im Arbeitsrecht 1994/95
28 Streik bei NUMMI
31 Turin: Basisaktivitäten gegen die gesellschaftliche Rechte
38 Rwanda
57 Shoreham: Randale gegen Tiertransporte
60 Die Niederlage, wählen zu müssen
64 Zum Rassismus: Ein Diskussionsbeitrag aus Freiburg

Kontakte und Abos:

Ost: * Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848

West: * Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
* Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn

Nord: * Zirkular, c/o St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen
* Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Staße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen
* Wildcat, Postfach 306 325, 20229 Hamburg.

Süd: * Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel+Fax: 0621/6295271
* Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg.

Abos: Wer an der Zirkular-Diskussion teilnehmen will, soll ein Abonnement bestellen. Einzelexemplar 4 DM, 6 Ausgaben 24 DM / Ausland 30 DM. Schriftliche Bestellung an Sisina, Berlin und Vorkasse an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 10).

V.i.S.d.P.: P. Müller

Alaaf, 24. 1. 1995

*** Im vorliegenden Zirkular geht die Diskussion um das Treffen in Biedenkopf Ende März weiter. In der letzten Nummer wurden im Editorial einige Unklarheiten über den geplanten Teilnehmerkreis geäußert. Darauf antworten jetzt ein paar BerlinerInnen (s. den Text "Biedenkopf II").

Dazu noch einige Ergänzungen: "Biedenkopf II" ist ein unglücklicher Titel für das Treffen im März. Er liegt zwar nahe, weil der Ort derselbe ist wie im Sommer 94, trifft aber inhaltlich nicht zu. Das neue Treffen wird einen Schwerpunkt haben (MU), die Vorbereitung wird genauer sein, v.a. werden bis dahin einige Arbeitsergebnisse vorliegen. Insofern paßt es gut, wenn in diesem Zirkular mit dem Bericht aus der Teppichfabrik wieder ein Beitrag über den ganz banalen (und doch so schwierigen) Kampf in der und gegen die Arbeit steht. Genau auf dieser Ebene muß sich ein Teil der Diskussion im März abspielen. Schickt also Berichte, Flugblätter etc für die nächsten Zirkulare.

Vermutlich hat die Aussage im letzten Zirkular, es seien für das Treffen 35 Plätze reserviert, für Verwirrung gesorgt, weil alle dann kalkuliert haben, daß nicht der ganz Zirkularkreis gemeint sein kann.

Diese Zahl hatte den Zweck, die Beteiligten zum schnellen Anmelden zu bringen. Das scheint gründlich mißlungen: Bisher meldeten sich nur fünf Leute an (also schaut Euch noch mal die Seite 17 im letzten Zirkular an, allerspätestens bis Ende Februar brauchen wir die genaue Zahl, dann können wir in der Jugendherberge auch mehr Plätze bestellen).

Wir hoffen sehr, daß auch der eine Kollege oder die andere Genossin, die bisher noch nicht im Zirkularkreis mitdiskutiert, an der Militanten Untersuchung und vor allem unserem aktuellen und zukünftigen praktischen Eingreifen Interesse findet und im März teilnehmen wird. Sprecht also Leute an, die Eurer Meinung nach zu dem Treffen kommen sollen!

*** Wir wollten ursprünglich eine Auswertung über die Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Essen (Dez.94) von Leuten aus Gelsenkirchen abdrukken, diese ist aber schon in der interim und im Ruhrgebietsinfo veröffentlicht .

*** In den letzten Zirkularen sind einige Texte veröffentlicht worden, die nicht (oder zumindest nicht in dieser Form) für das Zirkular gedacht waren. Bis zu einer genaueren Einigung über die "Aufgaben" der Zirkularredaktionen schlagen wir vor, bei Unklarheiten lieber genauer nachzufragen.

*** Bisher hat es nur spärliche Antworten auf den Fragebogen zum Zirkular aus der letzten Nummer gegeben, an dieser Stelle also noch mal die Bitte um Reaktionen.

Abschließend wünschen wir allen ZirkularleserInnen eine schöne Karnevalssaison und hoffen, daß sie im hohen Alter Ihren Lieblingsbeschäftigungen genauso wie die beiden Kölner auf dem Titelbild nachgehen können.

Tschö!

Biedenkopf II

Die Einladung zur Konferenz in Biedenkopf vom 31.3.-2.4.95, die im letzten Zirkular abgedruckt war, hat bei einigen Leuten in Berlin (anderswo auch?) Verwirrung ausgelöst. »Das ist wohl nur eine Sache für Spezialisten, da soll ich wohl nicht kommen.« Andere dachten, das sei eine Parallelveranstaltung usw.. Deshalb wollen wir (einige BerlinerInnen) aufgrund unserer Diskussionen hier noch ein paar Sachen anfügen.

Auf dem Treffen der Zirkular-Redaktionen im Oktober in Bremen war beschlossen worden, dem diesjährigen Treffen in Biedenkopf den Schwerpunkt »Militante Untersuchung« zu geben, und zwar aus mehreren Gründen. Der erste war ganz banal: wir haben festgestellt, daß beim Treffen in März Ergebnisse vorgelegt werden müssen. Wir können uns nicht ein zweites Mal treffen und "work-in-progress" vorstellen. Und ganz pragmatisch war eben die "militante Untersuchung" ein Bereich, bei dem wir uns bis Ende März Ergebnisse zutrauten. Denn im Zirkular sind viele Einzelberichte über Lean Production, Aktionen gegen Gruppenarbeit, verschiedene Fabriksituationen veröffentlicht worden. Auf der anderen Seite haben wir versucht, die Diskussion über Karl Heinz Roths Thesen zu führen. Das Treffen soll nun diese Sachen zusammenführen. Ein weiterer Grund, daß wir uns in Bremen relativ zügig auf den Schwerpunkt militante Untersuchung geeinigt haben, liegt darin, daß sie in unseren politischen Anstrengungen tatsächlich zentral ist - daß sie aber andererseits leicht zum Mythos gerät, wenn wir sie nicht gemeinsam auf realen Boden stellen.

Aus dieser Entstehungsgeschichte (und aus unserer momentanen Situation) ergibt sich der größte Teil der Struktur des Treffen.

Auf dem Treffen soll es darum gehen, Thesen über die politische Situation (siehe Einladung) mit Erfahrungen aus Betrieben, Untersuchungsergebnisse, Aktionen usw. zu konfrontieren. Wir wollen ganz konkrete Untersuchungsprojekte beschließen. Und wir wollen über Aktionsmöglichkeiten diskutieren: welche Aktionen sind denkbar? welche Mittel können wir benutzen (Flugblätter, Aufkleber, Reden halten, usw.)? wie verhält man sich gegenüber der Gewerkschaft? welche Aktionen können wir parallel überregional durchführen? (bundesweite Kampagne?)

Ein Teil dieser Sachen läßt sich besser in Arbeitsgruppen als auf dem Plenum erledigen. Deshalb ist vorgesehen, daß die Arbeitsgruppen ihre eigenen Schwerpunkte setzen - allerdings sollten schon alle über den politischen Gesamtzusammenhang diskutieren, so daß sich keine SpezialistInnen herausbilden (das war ein Problem auf den Workshops in Wandlitz gewesen).

Leute aus Berlin werden einen solchen Schwerpunkt über grundsätzliche Fragen bei Betriebsinterventionen vorbereiten: "In Gefahr und größter Not bringt

der Mittelweg den Tod: Zwischen Spontan-Aktionismus am ersten Tag und Durchhalten ohne Perspektive". Grundlage für solch eine Diskussion über Erfolge und Fehler sind Berichte, Betriebstagebücher und Flugblätter, die Ihr mitbringen bzw. vorher im Zirkular veröffentlichen solltet.

In Biedenkopf wird es Referate zur Lage in den neuen Fabriken und auf dem Bau geben. Gleichzeitig sind alle TeilnehmerInnen eingeladen, Koreferate zu anderen Themen wie "Angestellte", "neue Selbständige", "Prekarisierung" vorzubereiten. Es ist aber nichtTeilnahmebedingung, ein Referat zu halten! Wir wollen kein Treffen von Industriesozio-logen, sondern von Leuten, die praktisch eingreifen wollen. D.h. daß auch KollegInnen teilnehmen sollen, die bisher nicht auf diesen Treffen waren.

Damit sind keineswegs die Themenschwerpunkte des letztjährigen Treffens (Krise/Sozialstaat/Rassismus+Faschismus/Flüchtlingsgruppen) abgehakt, sondern wir wollen sie in die Diskussion miteinbeziehen. Angekündigt ist bisher ein Papier zu »Rassismus in der Arbeiterklasse«. Außerdem sollen Projekte, die sich nach Biedenkopf ergeben haben, vorgestellt werden: z.B. ein Thekla zu Faschismus/Antifaschismus.

Zusammengefaßt:

Wir wollen mit diesem Beitrag nochmal deutlich machen, daß Biedenkopf II durchaus ein Nachfolgetreffen von Biedenkopf I ist, zu dem der ganze Zirkularkreis ausdrücklich eingeladen ist. Und zu dem (auch) alle (anderen) kommen sollen, die sich für den Schwerpunkt militante Untersuchung interessieren und hier praktisch tätig werden wollen.

Es wird außerdem darum gehen, unsere Debatten weiterzuführen und auch andere Bereiche unserer politischen Arbeit zu thematisieren (und evtl. gemeinsame Aktionen zu beschließen).

Wir von der "Ost-Redaktion" wollen zum Beispiel weitere kleine Arbeitsgruppen zu anderen Themen vorbereiten, die wir im nexten Zirkular vorstellen werden. Wir laden andere Gruppen ein, das auch zu tun.

Kommt alle nach Biedenkopf und bringt Power mit!

Ein paar BerlinerInnen

Antwort auf den "Brief aus Bremen" in Zirkular 11.

Hallo allerseits!

Ich fand es ne gute Idee, einfach mal seine Gedanken in Briefform ins Zirkular zu tun. Meiner Ansicht nach wurde im/am Brief auch deutlich, daß unsere Zirku-lardiskussion gar nicht so zusammenhanglos ist, wie es des öfteren beklagt wird. Außerdem brachte der Brief ein paar Standpunkte in die Debatte ein, die ich zwar nicht ganz teile, die aber meiner Ansicht nach beim weiteren Vorgehen unbedingt berücksichtigt und weiter diskutiert werden müssen (wir sollten den Anspruch nicht zu hoch hängen, S. 11; es geht einfach zu schnell und es gibt die Gefahr der "Homogenisierung", wir müssen unsere Debatte in einem zeitlichen Rahmen aufbauen, der uns Luft zum Atmen und zum Erweitern des Kreises läßt, S. 12). Wenn ich jetzt wieder mit einem Brief darauf antworte, hoffe ich, daß auch in diesem Fall die Vorteile der Briefform ihre Nachteile überwiegen - denn natürlich ist unser Kreis ä bissle zu groß, als daß wir uns jetzt alle kreuz und quer öffentlich Briefe schreiben könnten. Aber bevor ich das ganze jetzt gleich zu einem "Thesenpapier" aufblase, möchte ich lieber in lokerer Weise auf ein paar Widersprüche hinweisen, die mir aufgefallen sind.

Das erste, was mir ins Auge sprang, war die unterschiedliche Perspektive, mit der die Bremer Situation und die anderen Situationen wahrgenommen werden. So beklagt der Schreiber z.B. auf S. 8, daß »das KellnerInnen-Flugi aus Potsdam«, »die Fragebögen an die Bauarbeiter(innen?)« usw. nicht im Zirkular gewesen waren - und schreibt selber nur wenige Zeilen weiter, die Flugis aus Frankreich hätten ihn dazu inspiriert, mal eine »etwas peppigere, schönere, nicht so abgelutschte Sprache bei Flugis auszuprobieren« - da frag ich mich doch gleich: Wieso sind denn diese Flugis nicht im Zirkular aufgetaucht? Noch heftiger wird's dann meiner Ansicht nach auf S. 9, wo er beklagt, daß aus einer ganzen Reihe von Städten »noch gar nix« in den Zirkularen war - und dabei zählt er auch Berlin auf. Wohingegen es aus Bremen zwar »noch keinen richtigen Städtebericht« »aber immerhin Artikel zu konkreten Sachen« gegeben habe und zwar in Nummer 2 und 7. Damit sind die Berichte zu den Randalen gemeint, und gerade der in Nr. 7 zeichnet sich dadurch aus, daß der Schreiber mehrmals bedauert, nicht dabei gewesen zu sein. Über die Aktivitäten der Bremer Gruppe haben wir im Zirkular bisher so gut wie nichts erfahren. Demgegenüber gab es aus Berlin schon Berichte der BauarbeiterInnen, kleinere Berichte wie »Arbeiten für Hollywood«, »Arbeit bei der 2. Hand«, Samsung usw.. Mir geht es jetzt gar nicht darum, irgend einen Wettbewerb anzufangen. Es stimmt, daß wir es bisher nicht geschafft haben, einen Städtebericht über Berlin zu machen (im nexten Zirkular erscheint er, versprochen!). Ich wollte aber deswegen darauf hinweisen, weil sich das sonst "bei den BremerInnen" so festsetzt: "Wir haben schon, und ne ganze Reihe Städte

schreibt nie was!" Ich hab das ganz anders mitgekriegt und würde tatsächlich gerne mehr über die Situation bei Euch und vor allem über Aktivitäten Eurer Gruppe(n) erfahren.

Dann wollte ich zu einem anderen Widerspruch kommen: Auf S. 9 oben schreibst Du: »Bei Sachen wie "Streiks weltweit!" oder "Ägypten" frage ich mich dann aber schon, was mir das sagen soll (Achtung: das liegt nicht an der Ferne des Landes ... sondern einfach daran, daß ich die Meldungen auch mithilfe von EinwohnerInnenzahlen nicht einordnen kann, wenn ich mehr oder weniger nichts über die Gesellschaft weiß, in der sie stattfinden«. Das geht mir erstmal auch so, und die meisten Leute, die ich gefragt habe, haben mir etwa folgendes gesagt: Zwar freuen sie sich immer, wenn sie hören, daß auch in solchen Ländern Kämpfe stattfomdem, aber niemand hatte den Artikel über Ägypten zu irgend einer praktischen Aktion genutzt (in Flugis erwähnt z.B.). (Bezeichnend war, daß die meisten sich gar nicht mehr an den Artikel erinnern konnten.) Die Hauptkritik am Artikel war, es sei eine belanglose, lapidare Meldung gewesen. Besser wäre es, die Rolle des Streiks rauszuarbeiten, die Situation in Ägypten wenigstens ansatzweise darzustellen usw.. Denn sonst kann ich solche Nachrichten auch in Zeitschriften wie MERIP o.a. finden. Wenn sich jemand schon die Mühe macht, solche Informationen für das Zirkular zusammenstellen, sollte er oder sie sich die zusätzliche Mühe machen, diese Informationen in einen Zusammenhang zu stellen. Das würde den politischen Gebrauchswert des Zirkulars steigern; außerdem ist es ein rationelles und arbeitssparendes Verfahren, denn die Mühe muß sich nur einmal gemacht werden, kommt aber vielen Leuten zugute. Nachdem ich nun breit erklärt habe, daß ich Deine Kritik an diesen beiden Artikeln teile, möchte ich auf den Widerspruch hinweisen: Du schreibst wenige Zeilen vorher, daß u.a. die Texte zu England »einen gewissen Gebrauchswert« für Dich hatten und erklärst das mit »viele(n) Ähnlichkeiten zur Situation hier«: »in den eigenen Sektoren verharrende Arbeiterkämpfe, einen Rechtsruck bei den "Sozialdemokraten" usw.«. Gerade nach den Gleichungen, die Du ansatzweise in der Klammer aufgemacht hattest (Techno, Wagenburg, Anti-Auto-Kampagnen) hab ich hier eher den Eindruck, daß Du solchen Oberflächlichkeiten aufsitzt, wie Du sie direkt im Anschluß an diese Stelle selbst beklagst. Gerade bei der Berichterstattung über England habe ich den Eindruck, daß die Leute jeweils die TeilInformationen aus den Zirkularen rauspicken, die ihrem Weltbild entsprechen und hier sehe ich den Hauptgrund für die nicht richtig in die Gänge kommende politische Debatte. Ich hab gar nix dagegen, wenn Leute, die auf Techno abfahren, es geil finden, wenn die Ravers in England sich mit den Bullen kloppen. Und ich kann mich durchaus über Berichte freuen, wo Leute Tiertransporte verhindern. Ich finde es aber unpolitisch, wenn hinter langen Berichten nur die eigene Vorliebe für vegetarisches Essen steht - und die meiner Ansicht nach wichtige Kritik der AufhebenGenossInnen (Zirkular 8) gar nicht aufgenommen wird. Nur zu sagen: in der BRD werden Häuser besetzt, in England werden Häuser besetzt, und nicht darauf

zu reflektieren, daß das in nem ganz anderen sozialen Zusammenhang und in ner ganz anderen sozialen Zusammensetzung passiert, verklebt einem die Augen für mögliche Entwicklungen. Natürlich hast du recht mit den Parallelen: Es gibt soziale Phänome in Britannien, die es auch in der BRD gibt und in Italien nicht (Wagenburgen z.B.) - das hängt ziemlich offensichtlich mit der Ausprägung der jeweiligen Sozialstaaten zusammen: so ist es in Britannien und der BRD zum Beispiel möglich, von Arbeitslosenhilfe und Sozi zu leben, in Italien nicht. Und wenn wir unseren Anspruch ernst nehmen (den Du an mehreren Stellen ausdrücklich betonst), sollten wir in solchen Berichten zumindest ansatzweise versuchen, unsere Thesen vom Umbau des Sozialstaats, unsere Diskussionen über "Lean production und die Folgen", unsere Kritik an dem Begriff der "New enclosures" usw. usf. da dann auch zu verwenden.

Damit will ich nicht den Anspruch stellen, daß in Zukunft alle immer alles in jeden noch so kleinen Bericht reinpacken sollen. Ich will nur den Blick aufs ganze einfordern. Das kann ich auch ganz gut an Deiner Bemerkung auf S. 9 erklären: »auch wenn ich Berichte aus Betrieben sehr wichtig finde, so stimmt das Verhältnis m.M.n. oft nicht: wenn bei Daimler doch recht kleine Aktionen stattfinden, dazu noch unter Gewerkschaftsführung, dann finde ich 6 Seiten wirklich übertrieben.« Dieser Punkt ist mir so wichtig, daß ich Stück für Stück vorgehen will: - wenn Du Berichte über Betriebe wichtig findest, hättest Du Dich schon längst beschweren müssen, daß in den Zirkularen zu wenige sind; mit Ausnahme von CF, Samsung, Lager/Köln waren bisher keine "Berichte aus Betrieben" in den Zirkularen - wenn, dann waren es Berichte über bestimmte Aktionen in Betrieben (Opel, Daimler). Ich persönlich glaube, das liegt daran, daß sich die GenossInnen selber da unter einen sehr sehr hohen (zu hohen?) Anspruchsdruck setzen: Warum soll ich die Zirkular-LeserInnen mit nem Bericht aus meinem Betrieb langweilen? da passiert doch sowieso nix. - Dieses "nix" sieht bei genauerem Hinsehen dann meistens so aus: Überstunden, hoher Krankenstand, neulich ein gemeinsames go-in beim Betriebsrat, Auseinandersetzungen zwischen "Türken" und "Kurden", Konflikte um Gruppenarbeit, Qualitätsprobleme, Bandstillstand, weil Just-in-time nicht funktioniert usw. usf. Die GenossInnen finden das aber meisten nicht erwähnenswert, »weil so etwas ja immer passiert« und weil sie im Moment selber keinen roten Faden drin sehen. Im Gegensatz dazu finden es Vegetarier bereits seitenlang erwähnenswert, wenn Tierschützer ein paar LKWs anhalten. Ich sehe das Ungleichgewicht also gerade andersrum als Du; - die Aktionen bei Daimler waren klein; aber irgendwas müssen wir völlig falsch dargestellt haben: Wir hatten zufällig von einer groß angelegten Betriebsrats-Aktion gegen den Verkauf der Kunststoffteile-Fertigung gehört. Als wir dann ein paar Gespräche mit ArbeiterInnen geführt haben, stellte sich aber u.a. raus, daß diese Aktion wohl hauptsächlich Dampf ablassen sollte, weil es im Betrieb gärte und die ArbeiterInnen schon mehrmals Bänder abgestellt und die Arbeit niedergelegt hatten, weil sie den Arbeitsdruck einfach nicht mehr aushielten, bzw. es nicht

mehr einsahen, sich so schinden zu sollen. Das hatten wir rausstellen wollen. Zur Aktion des BR hatten wir die Einschätzung, daß sie dem BR selber sowie dem Management einen goldenen Ausweg bahnen sollte. Und so ist es ja auch gekommen: Man einigte sich darauf, die Entscheidung über den Verkauf der Kunststoffproduktion um ein Jahr zu vertagen (jede/r kann sich vorstellen, wie niedrig der Krankenstand im Moment in dieser Abteilung ist und wie stark der Druck ist, es in diesem Jahr zu beweisen, daß man noch produktiver arbeiten kann!) - dafür stimmte der BR Samstagsarbeit und Überstunden zu (die der Unternehmer dringend braucht, weil sie bei stark abgebauter Belegschaft und anziehender Konjunktur völlig hinterherhängen); - die Aktionen bei Daimler waren politisch sehr wichtig. Alle, die sich mit der Situation in der Autoindustrie beschäftigen bzw. selber dort arbeiten, sind an die Decke gesprungen, als sie über das Zirkular von den Aktionen der ArbeiterInnen in Wörth erfahren haben. "Wörth" war das Synonym für den Dammbruch, den das Unternehmerlager 1993 erzeugen konnte; der BR in Wörth hatte als erster eine Betriebsvereinbarung unterschrieben, mit der eine entscheidende Wende, der Übergang zum "concession bargaining" eingeleitet wurde... Aber das hatten wir doch alles noch schnell in einem kleinen Vorspann erklärt? Insofern verstehe ich Deine Kritik überhaupt nicht; - die 6 Seiten waren übertrieben. Aber wir hatten von den "Protestaktionen" unter BR-Leitung erst nach Redaktionsschluß gehört. Der Artikel und das Interview sind zusätzlich reingekommen und das geht nur auf vier Seiten, so wurden es 6. Aber vergleich doch mal selber: direkt vor dem Bericht über die Aktionen bei Daimler ist ein vierseitiger Bericht, der so anfängt: »Die "Nächtliche Randale im Steintorviertel" in Bremen ... ist ja mittlerweile breit durch die Medien gegangen und hat es sogar bis in die Abendnachrichten von ARD und ZDF gebracht ...« - die eigentlichen Aktionen der ArbeiterInnen beim Daimler haben es nicht mal bis in die Lokalpresse gebracht. Auch deshalb haben wir hier ne größere Verantwortung, solche totgeschwiegenen Sachen zu verbreiten helfen.

So, mein Antwortbrief ist nun viel zu lang geworden. Mir waren zwei Sachen wichtig: Ich finde es gut, wenn auch mal Briefe im Zirkular stehen, wo Leute einfach ihre Meinung zu bestimmten Sachen sagen, oder so wie im "Brief aus Bremen" sich jemand die Mühe macht, mal die Fäden der Diskussion zusammenzutragen. Zweitens wollte ich deutlich machen, daß der "Brief aus Bremen" ein Stück weit in dem gefangen bleibt, was er selber "Ping-Pong-Spiel" (S. 10) nennt: man bleibt an seinen Positionen hängen und riskiert nicht den Blick aufs Ganze; man wiederholt die eigene Meinung und geht nicht auf Beiträge zum selben Thema ein (gerade die Bremer Thesen zum Antifaschismus sind ein Beispiel dafür: zum wiederholten Mal wird das Freiburger Papier kritisiert, ohne inhaltlich auf die Kritik aus Berlin einzugehen. Sie wird zwar begrüßt und ihre Argumente werden teilweise wiederholt, aber so wird doch keine Diskussion daraus.).

In diesem Sinne: Vorwärts immer ....! (oder wie war das?) J.

1 1/2 Tage bei JAB-Teppiche als Leiharbeiter oder die Gefahr des Aktionismus

Ich hatte mich Ende November bei persona service beworben, mußte den eigentlichen Termin aber verschieben, weil ein Montage-Job dazwischen gekommen ist. Danach, Ende Dezember bin ich noch mal hin, ich mußte den Bewerberbogen ausfüllen, u.a. haben die Tätigkeiten aufgelistet und du darfst ankreuzen, was du schon mal gemacht hast, bzw. dir vorstellen kannst, zu machen. Bei besonderen Wünschen habe ich nur geschrieben, daß ich gerne in größeren Betrieben arbeiten wolle, nicht gern allein. An dem Tag waren noch drei andere Bewerber da, zwischen 19 und 30, einer hatte sogar einen Meisterbrief. Abteilungsleiter in PB ist ein gewisser Herr S., ein jung-dynamischer Schleimer. Er hat mich gefragt, was ich mir lohnmäßig vorstellen kann, ich meinte so ab 16 aufwärts (habe mir extra gedacht, pokerst du erstmal niedrig), da kommt der mit 12 brutto um die Ecke. Habe trotzdem gesagt, daß ich den Job nehmen würde, was kann man sonst machen? Herr S. hat dann am 4.1. angerufen, ob ich kurzfristig einspringen könne, einer sei krank geworden, ich soll nach Herford in eine Teppichfabrik. Es war aber schon mittag und ich wollte die eine Spätschicht als Staplerfahrer noch mitnehmen, also habe ich für den nächsten Tag zugesagt. Bin aber am selben Tag noch hin, den Vertrag unterschreiben. Der Typ war super freundlich und hat mich als neuen Mitarbeiter begrüßt. Die Arbeitsschuhe für 70 Mark Kaution (nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit darfst du sie behalten) hat er mir auch in die Hand gedrückt. Außerdem haben die einen kurzen Fragebogen zum Thema Arbeitsschutz ausfüllen lassen. Kurz zu dem Arbeitsvertrag, wo ich mir absolut nicht sicher war, was jetzt konkret rechtlich angreifbar ist:

- 12,01 brutto, wie gesagt
- "Der Mitarbeiter kann auch für Tätigkeiten innerhalb der Niederlassung eingesetzt werden oder hat sich in Arbeitsbereitschaft in der Niederlassung aufzuhalten".
- Sechs Monate Probezeit, mit einer Frist von 2 Wochen zu jedem Termin kündbar; danach vier Wochen zum 15. oder Ende des Monats.
- "Der Mitarbeiter wird die gearbeiteten Stunden täglich ohne Pausen in ein Zeitnachweisformular eintragen..."
- 15% für Nachtarbeit
- 24 Arbeitstage Urlaub
- Nach einem Jahr 300 DM Urlaubsgeld
- "Verletzt der Mitarbeiter bei Arbeitsverhinderung seine Mitteilungspflicht, (...), Vertragsstrafe von drei Bruttotagesverdiensten".
- "Hat der Mitarbeiter die Arbeit rechtswidrig und schuldhaft verlassen oder rechtswidrig und schuldhaft nicht aufgenommen bzw. fortgeführt, kann persona

service als Entschädigung für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertraglichen Arbeitszeit, höchstens eine Woche, einen Betrag in Höhe des Brutto-Tagesentgeldes fordern. Dies gilt auch, wenn persona service wegen eines pflichtwidrigen Verhaltens des Mitarbeiters das Arbeitsverhältnis fristlos kündigt."

Soweit zum Vertrag. Zu persona service kann ich gar nicht viel sagen, ich weiß nicht, wieviele da malochen, was für Leute usw. In der Firmenbroschüre steht, daß es ps seit 1967 gibt und ansonsten viel übles Geblubber und die Adressen von den 52 Niederlassungen.

Also bin ich dann am 5.1 nach Herford, das ist ca. 50 km von PB weg. S. sagte, daß es eine Fahrtkostenpauschale für die Wegstrecke ab 10 km geben würde. Wie hoch die ist, sagte er allerdings auch nach Nachfragen nicht (habe ich verpennt). Bei JAB-Teppiche mußte ich meine Stunden von Herrn Sch. unterzeichnen lassen. Der ist da der Abteilungschef. Wie gesagt, die Pausen werden nicht bezahlt und jeden Freitag zu ps unterschreiben lassen. Sch. hat mich dann auch durch die Fabrik geführt. JAB haben auch ein größeres Werk in Bielefeld. Ein Arbeiter sagte: insgesamt 1200 ArbeiterInnen. Außer Teppichen machen die wohl Stoffe und sowas. In Herford waren wir 70 Leute. Zuerst habe ich die Frauen an den Mustermaschinen gesehen, 15 Frauen in einer Halle, dann gab es eine große Halle für Entwürfe und Sonderanfertigungen, eine für die Teppichproduktion, große Woll- und Teppichlager und unsere Halle, zur Verpackung zu Teppichrollen.

Herr Sch. hat mich zu der Maschine gebracht und zu einem Polen gesagt, daß er mich einweisen soll. Der war schon sechs Jahre bei JAB, ein ruhiger Typ, das Einweisen hat so 10 Minuten gedauert. Ich selbst wurde gar nicht nach Qualifikation oder was ich vorher gemacht habe gefragt Wir standen zu zweit an der Maschine, am Ende von einem Band, das ein Typ von einer Kommandobrücke aus steuerte, bzw. bei ihm kamen die Teppiche aus der Produktion an, liefen unter ihm durch, er hat sie zugeschnitten, die liefen auf uns zu, er hat den Folienspender bedient und wir den Wickler. Er hat durch ein Mikrofon immer durchgegeben, welche Länge der Teppich hat, wir mußten dann den Papprohrspender aktivieren und gegebenenfalls das Rohr zurechtschneiden. Das Rohr haben wir dann in den Wickler gelegt, der Kollege neben mir hat die Wicklerbrücke runtergelassen. Wir können das Band auch stoppen und anhalten. Auf jeden Fall wickelt sich der Teppich jetzt um die Pappe, wir müssen stoppen und den Lieferschein vom Teppichende nehmen, den Aufkleber rausholen und den Schein wieder reinlegen, wenn die Folie kommt. Dann den Wickler hoch und mit Klebeband die Enden der Teppichrolle zukleben. Dabei habe ich mir mit den blöden Zacken von dem Klebebanddingens zweimal richtig in die Hand gehackt, war gut am Bluten und alles auf die Teppiche, der neben mir hat bald nen Herzinfarkt gekriegt. Dann kam meine schwierigste und geistig anspruchsvollste Arbeit: Halter am

gegenüberliegenden Band ausfahren, Hebel bedienen, Teppich fällt auf Halter, Knopf drücken, Teppich rollt aufs Band, Knopf drücken, um zu bestimmen, in welchen Speicher der Teppich gehen soll: Deutschland, Italien (bei Italien-Teppiche muß sogar noch Jute drum), Niederlande, restl. Ausland. Also alles nicht so spannend. Ich weiß nicht, ob JAB selber fährt, oder andere Speditionen beauftragt. Oft hat das mit den Teppichen gedauert, beim Zuschneiden, dann saßen wir rum und haben uns unterhalten. Manchmal lief das Band auch nicht, dann ebenfalls Pause. Wenn das Zuliefer-Band stoppte, haben wir meistens den Teppich rausgezerrt, wenn das Transport-Band nicht lief, kam immer ein anderer zum Checken. In der Halle haben etwa 15 Männer gearbeitet, davon mindestens 10 Polen. Die anderen Hilfsarbeiter in der Verpackung bekommen ab 18 DM. Irgendwie ne ruhige Atmosphäre. Die zwei Verpackungs- und Zuschneidungsbänder nehmen den meisten Platz ein, an ihnen arbeiten insgesamt 6 Leute, theoretisch können sie aber auch einen allein an den Wickler stellen. Zu dem gibt es noch eine größere Werkbank, wo die Ränder der Teppiche bearbeitet werden. Der Typ, der mit mir an der Maschine steht, ist Deutscher, so Mitte 50, hat schon einen Finger weniger (na super, hab ich mir am Anfang gedacht). Er ist schon seit 25 Jahren bei JAB, eigentlich ist er Facharbeiter, Restaurateur für alte Stoffe (z.B. PBer Dom). Weil bei JAB in Bielefeld nichts zu tun und am Band ein Engpass war, haben sie ihn für denselben Lohn (sagte er zumindest) ans Band gestellt.

Pausen hatten wir von 9 - 9.1 von 11 - 11.05, von 12 - 12.30 und von 14 - 14.05. Gearbeitet wird von 7.10 bis 15.50. Die Pause von 11 - 11.05 wird für die JAB-ArbeiterInnen bezahlt. In den anderthalb Tagen wurden die Pausen recht pünktlich angefangen und beendet, vielleicht mal zwei Minuten Verspätung. In der Frühstückspause habe ich den anderen Arbeiter von persona service getroffen, er ist bei ps in Herford, so Anfang 20, hat bisher nur gejobbt, als Fahrer für UPS und in einer Holzfabrik. Das erste, was er mir gesagt hat, war, wie scheiße persona service doch ist, was für ein Drecksladen usw. Sehr nett. Er ist auch erst seit 2 Tagen da, später will er aufs Kolleg, dann Studieren, weil er absolut kein Bock auf Arbeiten hat. Wir haben die ganzen Pausen zusammen rumgesessen und gequatscht. Er meint auch, daß man was machen müßte, daß wir gearscht sind, weil wir uns schlechter organisieren können als andere ArbeiterInnen. Er steht am Nebenband und macht dieselben Sachen wie ich. Mittag haben wir in der Kantine gemacht (warmes Mittag 2,90), die wird fast nur von den Frauen und Angestellten genutzt. In der 14 Uhr Pause haben wir uns zu den polnischen Kollegen gesetzt, die meinten, wir wären bekloppt, daß wir für 12 Mark überhaupt ausm Bett steigen würden, aber außer sich ne andere Maloche suchen, wußten sie auch nix besseres. Die sind alle recht lustig, es wird viel gelacht, locker. Die paar deutschen Kollegen, die in der Endabfertigung und im Lager arbeiten, haben meistens irgend einen anderen Beruf gelernt, einer Maurer, Betriebsschlosser,

Schriftsetzer. Die meisten Deutschen arbeiten aber in der Halle mit der Entwicklung, Sonderanfertigung. Der Abteilungschef Sch. läuft selten herum, meistens sitzt er in seinem Büro mit den großen Glasscheiben, von dem aus kann er die Halle aber nicht überblicken. Einmal hat er einen Aufstand gemacht, weil wir die Auslieferungsaufkleber nicht auf die Teppichrollenenden geklebt haben. Ab und zu laufen auch ein paar Schlipsträger herum, vielleicht Kunden? Ich habe mir dann überlegt, was man machen könnte: Ein kleines Infoblatt an die Belegschaft, über Leiharbeit, die Gefahr, unsere Situation? Wollte erstmal abwarten, das Flugblatt wäre sicherlich auch an die Unternehmensleitung gekommen, zu einem so frühen Zeitpunkt vielleicht nicht das Richtige. Wir hätten auch schlecht andere was verteilen lassen können, weil wir ja nur zwei Leiharbeiter gewesen sind und das direkt auf uns zurückgefallen wäre. Aber irgendwie wollte ich was machen und der andere Leiharbeiterkollege hatte auch Bock drauf. So was kleines für zwischendurch, für das gute oder bessere Gefühl.

Ich habe dann abends noch ein Flugblatt geschrieben (siehe unten) und am nächsten Morgen mitgebracht. In der Frühstückspause haben wir uns bequatscht. Das einfachste wäre, die Dinger in die Teppiche zu werfen, wenn die sich aufrollen, bevor die Folie drumkommt. Die Teppiche liegen dann erstmal im Lager rum, gehen dann in den Einzelhandel und werden irgendwann mal von einem Teppichverleger ausgerollt. Die Gefahr war eigentlich nicht allzu groß, haben wir uns gedacht. Außerdem hatten wir beide nicht vor, ein Leben lang bei der Firma zu bleiben. Also hat sich jeder 50 Flugis geschnappt, und los. Eigentlich ein gutes Gefühl im Bauch gehabt. Klar, der agitatorische Wert war nicht groß, aber man hat ein bißchen Spaß, vielleicht kriegt man auch eine Diskussion mit dem Maschinennachbarn hin. Den Kollegen habe ich dann nicht mehr gesehen, habe mich wieder an die Maschine gestellt. Das erste Flugi ging nach Italien, die nächsten zwei mit der Bundesbahn, dann merkte mein Nachbar was, hat nur die Überschrift gelesen und dann gings ziemlich schnell. Er hatte panischen Schiß, hat sich die ganze Zeit umgekuckt, meinte immer wieder, daß das ein Riesenärger geben würde, daß das nicht geht, nicht geht, nicht geht. Ich habe ihm gesagt, daß er kein Risiko hat, daß man doch was machen müßte usw. Er sagte nur, daß JAB mit der Bezahlung doch gar nichts zu tun hätte und was die Kunden denken sollen und ich müsse ja nicht beim Sklavenhändler schuften. Er erzählte, daß mal wer vor der Wahl ein Kohl und ein Scharping-Bild aufgehängt hat, und daß der dann gefeuert worden ist (Schwachsinn). Er hat das Flugblatt noch einem Staplerfahrer (der Betriebsschlosser) gegeben, der sagte nicht viel dazu, meinte aber, daß das Ärger geben würde, eigentlich nicht, daß er mir Ärger machen wird. Ich habe die restlichen Blätter schnell in den Rohren verschwinden lassen.

Trotzdem kam eine Minute später der Betriebsratsvorsitzende mit dem Flugblatt um die Ecke gewackelt. Der hat mich aufgefordert, mitzukommen, und ich habe in der Situation nicht mehr darüber nachgedacht, was ich daraus noch

machen kann. In dem Moment war die Aktion für mich schon gegessen, und darin liegt der größte Fehler. Man hätte gut auf sein Recht auf Arbeit bestehen können, bis dann der Abteilungsleiter gekommen wäre und die ganze Halle davon mitbekommen hätte. Also gab es nur ein kurzes Hin und Her und wir sind in das BR-Büro gegangen, er meinte was von übler Agitation, Politik hätte im Betrieb nix zu suchen, er hätte früher auch das Kapital gelesen, jetzt sei er realistischer, blablabla. Die einzig brauchbare Information war, daß nur 10 von ca. 70 in der Gewerkschaft organisiert sind, und daß JAB teilweise über 1000 Mark mehr als Tarif bezahlt. Der Sch. war entschieden sympatischer: Der meinte nur, ich solle mich verpissen. Dummerweise war das Tor auch direkt um die Ecke, wir sind also nicht an vielen ArbeiterInnen vorbeigekommen.

Draußen habe ich erstmal abgelacht, aber im Grunde war es ein Schlag in die Fresse, da war ich echt überhaupt nicht drauf vorbereitet. Auf dem Bau wäre das nicht so gelaufen, da wußte jeder, auch der Vorarbeiter, von wem die Flugis sind, wahrscheinlich wußte das selbst der Bauleiter. Eigentlich scheiße, daß ich so schnell rausgeflogen bin, ich bin sicher, daß man mit ein paar LeiharbeiterInnen gut was zusammen machen kann.

Weiter im Text: Ich war noch keine 2 Stunden zu Hause, da kam auch schon das Telegramm von ps mit der fristlosen Kündigung. Ein Tag später kam noch ein Brief, von wegen, daß sie die Beschäftigung auf keinen Fall weiterführen wollen und daß sie die Fehlzeit (zwischen Rauswurf und Kündigung) auch nicht bezahlen wollen. Ich habe erstmal nichts unterschrieben, die Stunden normal aufgeschrieben, mal sehen. Ich weiß nicht, wie das rechtlich läuft, aber eigentlich ist das ja ihr Problem, wie schnell sie mir die Kündigung zukommen lassen. Als ich meine Arbeitsschuhe zurückgebracht habe (um die 70 Eier zu kriegen) habe ich vor dem ps-Büro (im Gebäude der Deutschen Bank), noch einen angequatscht, der arbeitet schon seit zwei Wochen bei ps, auch erst Anfang 20, habe ihm von der Kündigung und der Aktion erzählt. Er meinte auch, man solle sich mal mit den anderen ps ArbeiterInnen treffen, andererseits meinte er auch, daß er erstmal zufrieden sei.

Ich wollte unbedingt nochmal zu JAB, die Flugis an die Leute verteilen und sehen, was dem Kollegen passiert ist. Bin dann am 10.1. hin, ein paar Blätter an die Autos, falls nicht alle welche direkt nehmen. Erst wollte mich ein Hausmeister verjagen, aber dann gings ganz gut. Ich habe keine Prügel bezogen, also ein voller Erfolg. Eigentlich haben alle eins genommen und gelesen. Eine Polin sagte, daß sie das Flugblatt schon gelesen hätten. Ich frage mich, wie sie an das Ding gekommen sind, sie jedenfalls war nicht in unserer Halle. Sie wußte auch von der Aktion, es hat sich also rumgesprochen. Konkret hat keiner was zum Inhalt gesagt, klar, die wollten schnell nach Hause. Den Kollegen von ps habe ich auch getroffen, ihn haben sie nicht erwischt, er sagte, daß die anderen Kollegen meinten, daß unsere Bezahlung zwar superscheiße wäre, daß wir aber die Kunden in

Ruhe lassen sollten, weil sonst bald gar keine Arbeit mehr da sei. Ich habe ihm gesagt, daß er sich melden soll, auch falls noch was passiert.

Thesen und Fragen:

* Wie kann man ein Treffen von LeiharbeiterInnen organisieren? Plakate an Filialen, jeden Freitag vor den Filialen stehen, bundesweite Aktion?
* Wie hätten wir die Belegschaft erreichen können, ohne da? die Unternehmer uns direkt gekündigt hätten?
* Wie sieht das überhaupt rechtlich aus?
* Was für Leute sind bei Leihfirmen (viele junge Leute, klar)?
* Die ganze Entwicklung von Leiharbeit...

Ansonsten muß ich den Fabrik-Schock erstmal aufarbeiten, ist ja echt anders als Bau. Zwar nicht so arschkalt, aber das knallt dir voll in den Kopf...

An alle Beschäftigten von JAB - Herford

Dieses Flugblatt soll nur über den Zwischenfall am 6.1.95 in euerm Betrieb informieren. Ich habe zu der Zeit noch bei euch in der Verpackung als Leiharbeiter gearbeitet und ich war ziemlich sauer, weil die Arbeit so langweilig und schlecht bezahlt war. Nun ja, da habe ich mir gedacht, machst du eine kleine Aktion und legst den Teppichauslegern ein kleines Flugblatt in ihren Teppich. Ich fand es in Ordnung, auch auf diesem Wege über meine Situation zu informieren. Leider hatte der Kollege, der mit mir an der Maschine stand, irgendwie Angst oder ein schlechtes Gewissen, auf jeden Fall meinte er, daß ich das nicht machen könne, daß das ein Riesentheater geben würde. Das kam dann auch, weil ein anderer Kollege direkt den Betriebsrat geholt und Sch. von der Sache erzählt hat. Das Würstchen hat mich dann rausgeworfen, die Leihfirma hat mir auch direkt gekündigt. Naja, ich bin deswegen nicht traurig, war eh ein mieser Job, traurig ist nur, daß es so wenig Zusammenhalt untereinander gibt. O.k., vielleicht war die Aktion mit den Teppichen nicht so geschickt, aber was machen wir, wenn es mal einen Streik gibt oder JAB Leute entlassen will? Gehen wir dann auch zum Chef und sagen, der und der will streiken. Oder wenn wer in der Pause erzählt, wie ihn/sie die Arbeit ankotzt, gehen wir dann auch zum Chef? Wir Arbeiterinnen, Arbeiter und Arbeitslose müssen zusammenhalten, sonst können wir alle einpakken. Meistens schaffen wir das ja auch, wahrscheinlich hatte ich nur Pech. Auf der Rückseite findet Ihr das Flugi, wenn ihr etwas dazu schreiben wollt, wie ihr die Aktion fandet, schickt es an: ...

Ansonsten viel Glück, Mut und Spaß für 1995

JAB leiht Arbeiterinnen und Arbeiter vom Sklavenhändler!

Wir, das sind junge Leiharbeiter, malochen bei JAB in der Verpackung.

Deswegen habt ihr das Blatt ja auch in euerm Teppich. Warum? Weil es uns ankotzt, 8 1/2 Stunden hier diese monotone Arbeit zu machen. Das wäre nichts besonderes, aber wir müssen sie für 12 Mark brutto in der Stunde machen, und wir kriegen keine Pause bezahlt.

Was sind Leihfirmen ? Sie schießen wie die Geschwüre aus den Därmen des Kapitalismus, persona service hat in jeder größeren Stadt eine Filiale. Sie stellen meist junge, belastungsfähige Leute zu Hungerlöhnen ein, um sie dann mit großem Profit an Unternehmen für 3 - 4 Wochen und länger zu vermieten. Moderner Sklavenhandel. In Japan, das Paradies der Ausbeuter, sind oft 60% der ArbeiterInnen in einer Fabrik LeiharbeiterInnen. Warum werden LeiharbeiterInnen von Unternehmern eingestellt?

1. Die Leiharbeiter kann man aussaugen, wenn man sie braucht, z.B. bei personellen Engpässen, und wieder ausspucken, wenn sie überflüssig sind. Das wird zwar mit allen ArbeiterInnen gemacht, mit LeiharbeiterInnen geht es aber noch besser.

2. Leiharbeit ist eine Möglichkeit, eine widerspenstige Belegschaft zu spalten:

- denn LeiharbeiterInnen sind billiger (ca. 8 DM/Std.) So wird Druck auf die Belegschaft ausgeübt, doch auch für weniger zu arbeiten - denn LeiharbeiterInnen haben weniger Rechte, oft gelten für sie keine Tarifbestimmungen, daran soll sich die Belegschaft ein Beispiel nehmen.
- denn LeiharbeiterInnen sind flexibel, arbeiten mal hier mal da.

Vielen Arbeitslosen bleibt momentan nix anderes übrig, als sich an eine Leihfirma wie persona service, time power usw. zu verkaufen. Die Unternehmer entlassen die Stammbelegschaften, um die Leute dann für schlechtere Arbeitsbedingungen wieder einzustellen. Sie machen das, weil sie in der Krise sind, einerseits werden sie zwar immer reicher, die von uns erarbeiteten Profite steigen, andererseits haben sie ein Problem:

Viele ArbeiterInnen zeigen immer deutlicher, daß ihnen die Arbeit am Arsch vorbei geht, daß sie mehr vom Leben wollen, als 9 Stunden Maloche, Fernseher und Schlafen. Die Unternehmer zittern: Wie kriegen sie uns ans Arbeiten? Uns alle können sie nicht kriegen, also versuchen sie uns einzeln platt zu machen. Sie sagen der Belegschaft, malocht härter, nehmt Rechte zurück, sonst gehen wir ins Ausland oder geben eure Arbeit an ein anderes Werk. So versuchen z.B. Benz und VW, die Leute kleinzukriegen.

Sie spalten uns, in dem sie sagen: "Der Ausländer ist schuld, daß du keine Arbeit hast, der arbeitet (für mich) für 6 Mark, 15 Stunden am Tag - sei bescheidener und du darfst arbeiten".

Aber wir ArbeiterInnen werden uns vereinen, egal ob Leih- oder Facharbeiter, egal welche Hautfarbe wir haben oder woher wir kommen.

Organisieren wir uns selbst, in den Betrieben, in den Vierteln, den Schulen, mit allen Ausgebeuteten dieser Erde!

Organisieren wir unser Leben und unsere Zukunft!

Allen Kapitalisten, die diesen Teppich betreten, sollen die Füße abfaulen!

Warnstreik bei Europas größtem Saftgiganten

Der folgende Bericht über den Warnstreik bei Stute in Paderborn ist gekürzt aus dem Paderborner "Mitteilungsblatt" übernommen, in dem auch ein Artikel über die Ausbeutung von Zwangsarbeitern aus einem nahegelegenen Arbeitslager bei der Firma Stute während des Faschismus erschienen ist. Die Information über die angedrohte Kündigung eines Betriebsrats stützt sich auf Presseberichte. Der Saftladen Stute ist (wie das bei Lebensmittelbetrieben oft der Fall ist) als Knochenmühle bekannt und bei den ArbeiterInnen der ganzen Stadt als Symbol für Kapitalistenterror in der Fabrik berüchtigt. Direkte Kontakte zu Stute-ArbeiterInnen bestehen zur Zeit aber leider nicht.

Am 6.Dezember legten 500 Stute-Beschäftigte für drei Stunden die Arbeit nieder. Zwischen 5 bis 8 Uhr traten sie mit der Forderung "Wir wollen nicht mehr als andere, aber auch nicht weniger" vor Tor 3 und der LKW-Ausfahrt an der Abtsbrede in einen Warnstreik für die Anerkennung eines Haustarifvertrages. Nach Darstellung des Betriebsrates führte der Warnstreik zu erheblichen Störungen in der Produktion. Die Konfitürenherstellung und Fruchtsaftabfüllung sei mit zweieinhalb Stunden Verspätung angelaufen, der Produktionsausfall bei der Abfüllung im Einweg-Bereich lag bei dreieinhalb Stunden. Ferner hätten "wenigstens hundert" mit Stute-Produkten vollgeladene Sattelzüge mit dreistündigem Zeitverzug die Tour begonnen. Der DGB, die IG Metall und die IG BSE unterstützten die Aktion. Die Unternehmensleitung der Stute Nahrungsmittelwerke hatte den von der NGG gesetzten Termin 2. Dezember für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Haustarifvertrag verstreichen lassen. Daraufhin rief die NGG die Beschäftigten zum Warnstreik auf. Die gute Beteiligung werteten der NGG-Geschäftsführer und der Betriebsratsvorsitzende als "deutliches Signal" an die Firmenleitung, "endlich" in Verhandlungen über einen Haustarifvertrag zu treten. Der NGG- Geschäftsführer: "Wir sind nicht an einer Eskalation interessiert. Wir wollen verhandeln."

Stute trat vor zwei Jahren aus dem Arbeitgeberverband aus. Erst 1993 wurden die tariflichen Konsequenzen voll wirksam: Stute ist an keinen Tarifvertrag mehr gebunden und handelt entsprechend. So drückte Europas größter Saft- Marmeladenkonzern (1 Milliarde Umsatz bei etwa 1000 Beschäftigten) bei allen Neueinstellungen Lohnkürzungen durch. Die dabei vereinbarten Stundensätze liegen um zwei bis drei Mark unter den Tarifen der Branche, im Kraftfahrerbereich bis zu vier Mark. Den seit längerem Beschäftigten verweigert Stute seit zwei Jahren jegliche Lohnerhöhung. Und auch der Trick, kurzerhand eine Firma seines Konzerns gerichtlich zu löschen und die Beschäftigten auf die Straße zu setzen oder in

einer neu gegründeten Firma zu niedrigeren Tarifen weiterzubeschäftigen, gehört zu den Ausbeutermethoden eines Ewald Stute. So werden auch Leute, die schon 20 Jahre bei Stute arbeiten, von heute auf morgen auf die Straße gesetzt. Die NGG erklärt dazu: "...sein Verhältnis zur sozialen Marktwirtschaft ist getrübt, die allgemein üblichen Spielregeln zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer will er nicht gelten lassen." Ein Gesamtbetriebsrat war erst im April mit Hilfe des Landesgerichts Hamm installiert worden: Stute mußte in seinem in 28 Einzelfirmen verschachtelten Konzern zumindest für 17 Firmen einen gemeinsamen Betriebsrat zulassen. Die NGG will - und da ist sie mit dem Arbeitgeberverband auf einer Linie - eine Rückkehr Stutes in den Arbeitgeberverband und damit zu den Tarifverträgen. Möglicherweise werden sie die Gewerkschaftsmitglieder zu einer Urabstimmung für Streik aufrufen. Ob der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei Stute ausreichend ist, um einen Streik zu beginnen und erfolgreich durchzustehen, gab die NGG aus taktischen Gründen selbstverständlich nicht zu. Der Firmenchef könnte jedoch sicher sein, daß im Falle eines Arbeitskampfes "kein Verkehr mehr raus und reingeht". Die NGG überlegt weiterhin, in einer Plakataktion vor Geschäften der Aldi- Gruppe, die 85 bis 90 Prozent der Stute Produktion abnimmt, das Verhalten des größten Ausbeuters frühkapitalistischer Prägung im Umgang mit seinen Beschäftigten "anzuprangern".

Zu dem Verlauf des Streiks:

Morgens früh um 4.30 Uhr waren alle Firmentore geschlossen, als die Streikposten Stellung bezogen und die Eingänge mit Transparenten und Plakaten versperrten. Obwohl üblicherweise um 5 Uhr die LKW-Fahrer das Gelände verlassen, blieben bis um 7 Uhr die Tore zu. In der Produktion legte die Nachtschicht um 5 Uhr die Arbeit nieder, und die Frühschicht nahm bis auf wenige Streikbrecher die Arbeit nicht auf. Um Punkt 7 Uhr wurden die Werkstore geöffnet. Direkt eilten Abteilungsleiter und Unterabteilungsleiter in die streikende Menge und übten Druck aus. Nachdem sie feststellten, daß die Streikleitung überzeugender argumentierte, zogen sie ab. "Ihr werdet noch sehen, was ihr davon habt." Wen wundert es da, daß schon wenige Stunden nach dem Streik das Gerücht, Stute melde 20 LKW ab, die Runde machte?

Die Geschäftsleitung will jetzt im Nachhinein (Januar) offenbar ein Exempel statuieren. Wegen der Teilnahme an einer Torblockade anläßlich des Warnstreiks am 7.Dezember soll ein Betriebsratsmitglied fristlos gekündigt werden. Nach der geltenden Rechtssprechung hat die Teilnahme an Warnstreiks ihre Grenzen. Diese gelten für ArbeiterInnen ebenso wie für Betriebsratsmitglieder. Danach sind im Verlauf eines Warnstreiks zwar "Appelle an die Solidarität" möglich. Auch dürfen abseits stehende KollegInnen durch "gütliches Zureden" dazu bewegt

werden, an den Kampfmaßnahmen teilzunehmen. Unzulässig ist es aber laut BAG unter anderem, Streikbrecher am Betreten des jeweiligen Betriebes zu hindern.

An dem letzten Punkt sieht Stute nun Warnstreikteilnehmer "überführt". Heribert G. (der beschuldigte Betriebsrat) stand offenbar in einer Kette, die das Tor 3 blockierte. Wie geschlossen die Kette war, ist allerdings unklar. Gestern präsentierte das Unternehmerlager zwei Zeugen, die von Heribert angeblich direkt am Betreten des Stute-Geländes gehindert wurden. "Du kannst hier nicht rein, hol Dir lieber nen Kaffee" - so wurde einem Kaufmännischen Angestellten von dem Arbeiter geraten. Der Schlipsträger schaffte aber den Durchbruch, wobei er allerdings nach eigenen Aussagen einen Schuh verlor und übel beschimpft wurde. Auch eine Industriekauffrau soll angeblich von dem Betriebsratsmitglied mit den Worten "hier kommt heute keiner durch" an Tor 3 abgefangen worden sein. Der Betriebsratsvorsitzende relativiert jetzt das Ganze, indem er sagt, daß der Nebeneingang am Streiktag ohne Schwierigkeiten passiert werden konnte. In 1,20 Meter Höhe über dem Boden war dort lediglich ein Pappschild mit der Aufschrift "Für Kriecher" angebracht. Außerdem soll der betreffende Kollege an dem Tag Urlaub gehabt haben, also gar nicht da gewesen sein.

P.S.: Die Stute schlachten!

Änderungen im Arbeitsrecht 1994/95 – Beginn einer Wende?

1994 wurde eine ganze Reihe von wichtigen arbeitsrechtlichen Regelungen geändert, bzw. neue eingeführt. Bisher haben wir es nicht geschafft, das Arbeitsrechtsflugblatt daraufhin zu aktualisieren (zumal auch eine genauere politische Diskussion zu unserem Umgang mit dem Arbeitsrecht anstände). Damit aber zumindestens unter uns die wichtigsten Regelungen bekannt sind, habe ich hier versucht, sie zusammenzustellen - sicherlich noch lückenhaft und ohne daß es schon Erfahrungen mit der Anwendung und der Rechtsprechung zu diesen Regelungen gäbe.

Im Arbeitsrecht befindet sich im Moment sehr viel im Umbruch. So läuft z.B. aufgrund der zunehmenden Ausweitung von formal selbständiger Arbeit eine heftige Debatte über die Neufassung des »Arbeitnehmerbegriffs«. Juristische Regelungen und die Art ihrer Anwendung sind immer ein Ausdruck von existierenden Klassenverhältnissen. Daß jetzt tatsächliche Durchbrüche erzielt werden, wie beim Arbeitszeitgesetz oder der Arbeitsvermittlung, weist meines Erachtens darauf hin, daß die Veränderung in den Klassenbeziehungen heute an einem Punkt angelangt ist, an dem sie sich in neuen rechtlichen Regelungen niederschlagen. Formulierungsfragen, wie die Abkehr vom Begriff der »Regelarbeitszeit«, drükken dabei viel mehr aus, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Es handelt sich um die Aufgabe oder Veränderung von Regelungen, die Ausdruck des bisherigen, sogenannten »fordistischen« Epoche von Klassenbeziehungen waren. Auf der juristischen Ebene schlagen sich also Umbrüche nieder, die wir innerhalb der Klassenbeziehungen vielleicht noch gar nicht richtig begriffen haben. Ähnliches läßt sich in den USA feststellen, wo von der Dunlop-Kommission weitgehende Änderungen der seit dem New Deal zentralen rechtlichen Regulierung der Klassenverhältnisse (im National Labor Relations Act von 1935) vorgeschlagen werden.

Diese Bemerkungen sind nur eine vorsichtige These. Ich will damit nur darauf hinweisen, daß es mir nicht um die bloße Auflistung von Regelungen geht, sondern um eine politische Diskussion über ihre Bedeutung (zu der ich hier noch nichts beitrage, aber die wir auch im Zirkular führen sollten).

Entgeltfortzahlungsgesetz (EFZG)

Die Lohnfortzahlung an Feiertagen und bei Krankheit war bisher im Feiertagslohnzahlungsgesetz (FLZG) und im Lohnfortzahlungsgesetz (LFZG) geregelt. Da in den Debatte um die Einführung einer Pflegeversicherung ursprünglich

geplant war, die Arbeitgeber für die Kosten durch Änderungen bei der Lohnfortzahlung (entweder »Karenztage« bei Krankheit oder Absenkung der Feiertagsbezahlung) zu entschädigen, wurde von Anfang an auch die Änderung dieser beiden Gesetze mitdiskutiert. Mit der Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes ist die Lohnfortzahlung an Feiertagen und bei Krankheit jetzt in den Art. 53 bis 67 dieses Gesetzes geregelt. Sie werden daher auch als Entgeltfortzahlungsgesetz bezeichnet. Das FLZG wurde komplett gestrichen, vom LFZG die §§ 1 bis 9 (d.h. die für uns interessanten Regelungen; die zweite, weiterbestehende Hälfte des LFZG regelt nur die Möglichkeit von Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten, sich einen Teil der Kosten von den Krankenkassen erstatten zu lassen).

Das Entgeltfortzahlungsgesetz ist **am 1.6.1994 in Kraft getreten.** Was hat sich für uns geändert? Die wichtigen Änderungen sind damals durch die Verknüpfung mit der Pflegeversicherung in der Öffentlichkeit kaum bekannt oder diskutiert worden. Das neue EFZG hebt die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten auf und erfaßt jetzt auch **kurzzeitig befristete und Teilzeitarbeitsverhältnisse.** Bisher waren nach dem Gesetz Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen von höchstens vier Wochen und Teilzeitbeschäftigte mit höchstens 10 Wochen- oder 45 Monatsstunden von der Lohnfortzahlung bei Krankheit ausgeschlossen. Und schließlich sollten mit dem EFZG endlich die immer noch unterschiedlichen Regelungen in Ost und West vereinheitlicht werden.

Das EFZG gilt für Angestellte, Arbeiter, Auszubildende und Heimarbeiter. Die bisherige Regelung zur Lohnfortzahlung an Feiertagen wurde unverändert übernommen (also auch die Regelung, daß bei unentschuldigtem Fehlen vor oder nach einem Feiertag dieser nicht bezahlt wird, § 2 Abs. 3 EFZG).

Der **Anspruch** auf Lohnfortzahlung bei Krankheit gilt ab dem Zeitpunkt der vertraglich vereinbarten Arbeitsaufnahme, unabhängig davon, ob die Arbeit tatsächlich aufgenommen wurde (z.B. Unfall auf dem Arbeitsweg am ersten Arbeitstag).

Die **Dauer des Anspruchs** beträgt nach wie vor sechs Wochen. Bei Wiederholungserkrankungen gilt (jetzt auch für Angestellte) wie bisher: Lohnfortzahlung bei erneuter Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Krankheit gibt es dann, wenn der Beschäftigte a. zuvor mindestens sechs Monate nicht infolge derselben Krankheit arbeitsunfähig war, oder b. seit dem Beginn der ersten Arbeitsunfähigkeit wegen dieser Krankheit eine Frist von mindestens zwölf Monaten vergangen sind. Ausdrücklich im Gesetz geregelt ist, daß es Lohnfortzahlung auch bei nicht rechtswidriger Sterilisation oder Schwangerschaftsabruch gibt.

Die **Höhe der Lohnfortzahlung** bemißt sich wie bisher am Lohn bzw. bei Leistungslohn an dem erzielbaren Durchschnittseinkommen. Aufwendungen, die an die Arbeit gebunden sind (z.B. Fahrtkosten) werden nicht gezahlt. § 4 EFZG, der die Höhe der Lohnfortzahlung regelt, enthält eine tarifliche Öffnungsklausel,

d.h. diese Bedingungen können durch Tarifvertrag verschlechtert werden, wobei ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt wird, daß im Geltungsbereich des Tarifvertrags auch nichttarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzelvertraglich die Bedingungen des Tarifvertrags anwenden können!

Wesentliches geändert hat sich bei der **Nachweispflicht**. Im Unterschied zu Arbeitern gab es für Angestellte bisher keine gesetzliche Regelung. Die meisten tarifvertraglichen Regelungen waren günstiger (z.B. erst nach dem dritten Kalendertag). Bei der Diskussion des Gesetzes ging es um eine stärkere Bekämpfung der »mißbräuchlichen Ausnutzung« der Lohnfortzahlung. Der erste Entwurf sah vor, daß ein Attest, das die Arbeitsunfähigkeit ab dem ersten Tag bescheinigt, unverzüglich vorgelegt werden muß. Dagegen gab es einige Einwände, nicht zuletzt Kostengründe – da dieses Verfahren als gesetzlich verbindliches dem gleichzeitigen Bemühen um Kostendämpfung im Gesundheitswesen im Wege gestanden hätte. Was rausgekommen ist, bedeutet für uns einen faulen Kompromiß und in der Praxis eher eine Verschärfung. Im Wortlaut (§ 5 Abs. 1): *»Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen.«* So war es bisher auch schon. *»Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage, hat der Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden Arbeistag vorzulegen.«* Das klingt gut: Attest erst ab dem vierten Tag, d.h. zwei, drei Tage blaumachen sind locker drin, ohne nervenden Arztbesuch, und wir tun noch was für das Gemeinwohl, indem wir Kosten im Gesundheitswesen vermeiden. Pustekuchen: *»Der Arbeitgeber ist berechtigt, die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen.«* Praktisch gilt dann also doch die ursprüngliche harte Variante: Wenn der Chef es verlangt, müssen wir schon am ersten Tag das Attest vorlegen (das würde praktisch auch bedeuten, daß in jedem Fall das Attest nicht mehr per Post verschickt werden kann – wir werden abwarten müssen, wie dies von den Arbeitsgerichten ausgelegt werden wird). In der Anfangszeit läßt es sich vielleicht trotzdem manchmal nutzen. Im Streitfall müßte schließlich der Arbeitgeber beweisen, daß er es verlangt hat. Möglicherweise schreiben sie die Forderung nach Vorlage des Attest am ersten Tag jetzt in die Arbeitsverträge rein oder regeln es in einer Betriebsvereinbarung (achtet mal drauf!). Wenn das nicht der Fall ist, und wenn es nur eine mündliche Aufforderung ohne Zeugen gibt, können wir es drauf ankommen lassen. Steht Aussage gegen Aussage, gilt im Zweifel die gesetzliche Regelung.

Kontrollärzte: Die Praxis wird allerdings noch beschissener aussehen, da im Rahmen der Pflegeversicherung auch der – zumindest psychologische – Druck auf die Ärzte und die Einschaltung von Kontrollärzten im Rahmen des Sozialgesetzbuches verschärft wurde. Wie bisher müssen die Ärzte den Krankenkassen den Befund und die voraussichtliche Dauer der Erkrankung mitteilen. Bisher

konnten dann die Krankenkassen bei »begründeten Zweifeln« ein Gutachten des medzinischen Dienstes einholen, bzw. der Arbeitgeber konnte das bei »begründeten Zweifeln« von der Krankenkasse verlangen. Jetzt genügen (einfache) »Zweifel« an der Arbeitsunfähigkeit, die laut Gesetz in den Fällen vorliegen, *»in denen a) Versicherte auffällig häufig oder auffällig häufig nur für kurze Dauer arbeitsunfähig sind oder der Beginn der Arbeitsunfähigkeit häufig auf einen Arbeitstag am Beginn oder am Ende der Woche fällt oder b) die Arbeitsunfähigkeit von einem Arzt festgestellt worden ist, der durch die Häufigkeit der von ihm ausgestellten Bescheinigungen über Arbeitsunfähigkeit auffällig geworden ist.«* (Art. 4 Nr. 11 PflegeVG, gilt ab dem 1.4.95) Es wird den Unternehmern also wesentlich leichter gemacht, uns Kontrollärzte auf den Hals zu hetzen. Offen bleibt aber, ob der Medizinische Dienst überhaupt die Kapazitäten hat, den Unternehmern ihre maßlosen Kontrollwünsche zu erfüllen. Die Ärzte werden damit unter Druck gesetzt, daß erstmalig eine Schadensersatzpflicht des Arztes gegenüber Arbeitgeber und Krankenkasse eingeführt wird, wenn die Arbeitsunfähigkeit von ihm *»grob fahrlässig oder vorsätzlich festgestellt worden ist, obwohl die Voraussetzungen dafür nicht vorgelegen hatten.«* (Art. 4 Nr. 7 PflegeVG, gilt ab dem 1.1.95) In der Praxis dürfte das schwer nachweisbar sein, aber wir wissen, wie schnell sich gerade dieser Berufsstand durch solche Drohungen einschüchtern läßt.

Neu bei der **Krankmeldung aus dem Ausland** ist nun, daß sie in der schnellstmöglichen Form erfolgen muß, d.h. per Telefon oder Fax. Allerdings hat der Arbeitgeber die Kosten dafür zu zahlen. (Laßt euch also eine Quittung für das Telefonat aus Mexiko geben.) Dem Arbeitgeber muß auch die Adresse am Aufenthaltsort mitgeteilt werden. (§ 5 EFZG)

Nach einer Kündigung muß auch dann der Lohn weitergezahlt werden, wenn der Arbeitgeber »aus Anlaß der Arbeitsunfähigkeit« gekündigt hat (was schwer nachzuweisen sein dürfte), oder wenn der Arbeitnehmer aufgrund des Arbeitgeberverhaltens zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigt war. Bei Kündigung aus anderem Grund oder beim Auslaufen eines befristeten Vertrages besteht kein Lohnfortzahlungsanspruch.

Beschäftigungsförderungsgesetz 1994

In Kraft getreten ist es am 1.8.94 und war in der öffentlichen Diskussion vor allem wegen der Zulassung der privaten Arbeitsvermittlung aufgefallen. Daneben regelt es wie schon die Vorläufer von 1985 und 1990 eine ganze Reihe von »beschäftigungsfördernden« Maßnahmen, hauptsächlich im AFG. Hier nur eine Auswahl, die mir für uns wichtig erschien (auf die erfolgte Ausweitung der »produktiven Arbeitsförderung« usw. gehe ich nicht ein):

* Die private Arbeitsvermittlung wird zugelassen, aber die Vermittler dürfen grundsätzlich nur vom Arbeitgeber eine Vergütung verlangen. Das regelrechte Kaufen von Jobs, wie es im 19. Jahrhundert praktiziert wurde oder heute im Dschungel der Großbetriebe üblich ist (vor drei Jahren kostete ein Job bei Ford 5000 Mark), wurde damit also noch nicht auf eine gesetzliche Basis gestellt.

* Die 1985 eingeführte Möglichkeit der einmaligen Befristung eines Arbeitsvertrags auf bis zu 18 Monate ohne Angabe von Gründen wird bis ins Jahr 2000 verlängert. Aus Unternehmerkreisen war gefordert worden, eine einmalige Anschlußbefristung um weitere 18 Monate zuzulassen, was aber nicht geschehen ist.

* Anreiz für Teilzeitarbeit: Wer mindestens bis vor drei Jahren eine längere Arbeitszeit mindestens sechs Monate lang hatte, die dann um mehr als 20 Prozent der tariflichen Arbeitszeit abgesenkt wurde (Teilzeit), hat Anspruch auf Arbeitslosengeld entsprechend dieser längeren Arbeitszeit. Dies gilt nur für Teilzeitvereinbarungen, die nach dem 31.7.94 abgeschlossen wurden. Mit anderen Worten: Wer jetzt aus Vollzeit- in Teilzeitarbeit wechselt, behält drei Jahre lang seinen Anspruch auf Arbeitslosengeld für Vollzeit. (Für Leute, die selbstbestimmt die Möglichkeiten der Arbeitslosigkeit ausschöpfen, gar nicht so schlecht: Die Ansprüche können auf erträglichere Weise erworben werden! Damit wir es nicht zu doll treiben, wurde die Höhe des Unterstützungsanspruchs allerdings auf den zuletzt bezogenen Nettolohn beschränkt!)

* Für kurzfristige Qualifizierungsmaßnahmen bis zu 12 Wochen kann weiter Arbeitslosenunterstützung bezogen werden, vorausgesetzt das Ziel der Maßnahme ist nicht die Einstellung bei einem Arbeitgeber. Erneut kann eine solche Maßnahme erst nach zwei Jahren bewilligt werden.

* Überbrückungsgeld in die Selbständigkeit: Seit 1986 konnten Arbeitslose, die sich selbständig machten, für zehn Wochen (höchstens 26 Wochen) ein Überbrückungsgeld von maximal 300 Mark pro Woche erhalten (§ 55a AFG). Da sich diese Regelung bewährt habe (nach einer Untersuchung von 1988 waren nur 14 Prozent der Geförderten nach zwei Jahren wieder arbeitslos), wird die Dauer auf grundsätzlich 26 Wochen verlängert und die Begrenzung der Höhe aufgehoben, es wird also die bisherige Arbeitslosenunterstützung in voller Höhe weitergezahlt werden. (Die Bedeutung dieser Maßnahme scheint mit ca. 12 000 TeilnehmerInnen in 1990/91 bisher unbedeutend gewesen zu sein. Möglicherweise wird sich dies aber ändern. In England und Frankreich wurden von vergleichbaren Programmen 1991 ca. 50 000 bis 100 000 Leute gefördert. Zahlen nach InforMISEP Nr. 41) Da es im AFG keine Bestimmung gibt, daß Gelder bei Scheitern des Sprungs in die Selbständigkeit zurückzuzahlen sind, wird es auch hier »Mitnahmeeffekte« geben. Das Arbeitsamt verlangt die Vorlage der Stellungnahme einer fachkundigen Stelle über die Tragfähigkeit der Existenzgründung.

* Arbeitslosenhilfe kann weiter gezahlt werden, wenn mit Zustimmung des Arbeitsamts gemeinnützige Tätigkeit nach § 19 BSHG verrichtet wird. Das dürfte

vor allem ein zusätzliches Angebot an die Alternativen- und Initiativenökonomie darstellen, die schon bisher die Entfaltung des zweiten Arbeitsmarktes getragen hat.

Ebenfalls am 1.8.94 traten einige Änderungen des **Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit** in Kraft. Besonders wichtig für das schnell wachsende Proletariat der neuen Selbständigen: Wer für handwerkliche Leistung in Anzeigen wirbt, ohne in der Handwerksrolle eingetragen zu sein, kann sich ein Bußgeld von bis zu 10.000 Mark einfangen. Die Telekom ist in Zukunft verpflichtet, den Handwerkskammern oder Landesbehörden auf Anfrage hin Namen und Adresse von Leuten mitzuteilen, die nur mit Angabe der Telefonnummer handwerkliche Leistungen anbieten!

Änderungen bei der Leiharbeit – Bauwirtschaft

Unter anderem durch die Beschäftigungsförderungsgesetze von 1990 und 1994 wurden Änderungen bei der Regulierung der Leiharbeit vorgenommen. Bisher erscheinen diese Änderungen für sich betrachtet als nicht sehr bedeutsam. In den nächsten Jahren wird es aber zu einer grundsätzlichen Diskussion über die Leiharbeit kommen, da mit der Zulassung privater Arbeitsvermittlung eine Unstimmigkeit aufgetreten ist. Die Einschränkung und Kontrolle der Leiharbeit, wie sie im AÜG von 1972 geregelt ist, stützt sich zentral auf das staatliche Monopol bei der Arbeitsvermittlung. Die Verbände der Leiharbeitsfirmen haben daher folgerichtig mit dem Wegfall dieses Monopols sofort die Aufhebung besonders einschränkender Bestimmungen wie das Verbot von befristeten Arbeitsverhältnissen oder des Zusammenfallens der Beschäftigungsdauer mit der Dauer der ersten Überlassung (Synchronisationsverbot) gefordert (FAZ 20.9.1994).

Vor diesem Hintergrund kommt der allmählichen Aufweichung von Bestimmungen im AÜG eine größere Bedeutung zu. Im BeschFG von 1990 war die sogenannte »Kollegenhilfe« in das AÜG eingefügt worden. Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten dürfen auch ohne eine Überlassungserlaubnis ihre Leute bis zu drei Monate lang an andere Firmen verleihen, sofern diese zum selben Wirtschaftszweig gehören und sich im selben oder angrenzenden Handwerkskammerbezirk befinden. Die Überlassung ist lediglich dem Arbeitsamt mitzuteilen. Die Unternehmer begrüßten dies als *»eine sinnvolle Lockerung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes«* (Siebter Bericht der Bundesregierung über Erfahrung bei der Anwendung des AÜG..., 1992). Praktisch bedeutsam war sie aber nicht: In den Jahren 1991 und 1992 meldeten in den alten Bundesländern nur 29 Betriebe die Überlassung von 70 Arbeitern (ebd.). Um die Regelung attraktiver zu machen, wurde daher 1993 die Einschränkung auf den selben Wirtschaftszweig und die Kammerregion aufgehoben. (Zu den Auswirkungen habe ich noch keine Zahlen.) Am 29.9.1994 trat dann eine Lockerung des Verbots der Leiharbeit im

Baugewerbe (§ 12a AFG) in Kraft: Betriebe des Baugewerbes dürfen sich untereinander Arbeitskräfte ausleihen, wenn sie *»von denselben Rahmen- und Sozialkassentarifverträgen oder von deren Allgemeinverbindlichkeit erfaßt werden«*. Zusammen mit der »Kollegenhilfe« bietet das enorme Möglichkeiten für die legale Ausweitung der Leiharbeit auf dem Bau. (Siehe dazu ausführlich: Sahl/Bachner, Die Neuregelung der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe, in: NZA 23/1994) Von den vorhandenen Betrieben im Baugewerbe im Sinne des AFG (Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Garten- und Landschaftsbau und Gerüstbaugewerbe) beschäftigen über 80 Prozent weniger als 20 Beschäftigte. Sie können also ohne umständliches Genehmigungsverfahren als Sklavenhändler tätig werden. Und neue Betriebe können sich formal als Baubetriebe ausgeben, faktisch aber nur Sklavenhandel betreiben.

Mit dem BeschFG 1994 wurde das Synchronisationsverbot des AÜG ein wenig gelockert: Der Sklavenhändler darf nun nach der ersten Überlassung kündigen, wenn der Leiharbeiter unmittelbar danach in ein Arbeitsverhältnis bei dem Entleiher eintritt und er zuvor als schwervermittelbar vom Arbeitsamt an den Sklavenhändler vermittelt worden war. Auch das wird praktisch keine große Bedeutung haben. Sklavenhändler können damit lediglich die Funktion der Personalselektion für Betriebe besser und im legalen Rahmen erfüllen.

Arbeitszeitgesetz

Das neue Arbeitszeitgesetz **gilt ab dem 1. Juli 1994** und heißt vollständig »Gesetz zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts«. Durch das Gesetz wird die Arbeitszeitordnung von 1938 und eine ganze Reihe von weiteren Bestimmungen aufgehoben. Das wesentliche Moment des neuen Gesetzes ist tatsächlich die Flexibilisierung. Das fängt damit an, daß das neue Gesetz keine »Regelarbeitszeit« mehr kennt, sondern nur Höchstgrenzen festlegt, die wiederum sehr leicht aufgeweicht werden können. Unmittelbare Folge des Fehlens einer »Regelarbeitszeit« ist das **völlige Wegfallen gesetzlich vorgeschriebener Mehrarbeitszuschläge!**

Das Gesetz gilt für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende. Heimarbeiter, freie Mitarbeiter oder selbständige Handelsvertreter fallen also nicht darunter. Die tägliche **Höchstarbeitszeit** beträgt acht Stunden. Sie kann auf zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten ein Tagesdurchschnitt von acht Stunden erreicht wird, d.h. eine wöchentlich Höchstarbeitszeit von 60 Stunden. Der Ausgleichszeitraum kann durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarungen, wenn solche in einem Tarifvertrag vorgesehen sind, unbegrenzt verlängert werden. Auch hier gilt, daß tarifungebundene Arbeitgeber und

Arbeitnehmer im Tarifbereich von solchen Regelungen Gebrauch machen dürfen. Weiter ist zu beachten, daß bei der Berechnung des Tagesdurchschnitts der Samstag als Arbeitstag mitzählt. Auf diese Weise kann z.B. an fünf Tagen in der Woche dauerhaft 9,6 Stunden gearbeitet werden! Durch Tarifvertrag oder darauf beruhende Betriebsvereinbarung darf die Arbeitszeit an 60 Tagen im Jahr auch ohne Ausgleich auf 10 Stunden verlängert werden (nach der alten AZO nur an 30 Tagen).

Die **Pausenregelungen** und Arbeitseinschränkungen werden im neuen Gesetz für Männer und Frauen einheitlich gefaßt (bis auf das Beschäftigungsverbot von Frauen im Bergbau unter Tage). Bei einer Arbeitszeit von sechs bis neun Stunden muß eine Pause von 30 Minuten gewährt werden. Die Unternehmer sehen das als wichtige Voraussetzung zur Ausweitung von Teilzeitarbeit an, da bisher Frauen nach spätestens viereinhalb Stunden eine Pause von 20 Minuten einlegen mußten. Bei mehr als neun Stunden Arbeit muß eine Pause von 45 Minuten gewährt werden, teilbar mehrere Pausen von mindestens 15 Minuten). Es bleibt bei der **Ruhezeit** zwischen zwei Schichten von 11 Stunden. Wird bei **Nachtarbeit** die Arbeitszeit auf 10 Stunden verlängert, so muß innerhalb von einem Kalendermonat ein Ausgleich erfolgen. Aber wie oben: Durch Tarifvertrag kann unbegrenzt verlängert werden. Für Nachtarbeit besteht ein Anspruch auf eine angemessene Zahl freier Tage oder einen angemessenen Zuschlag. Was aber »angemessen« ist, läßt das Gesetz völlig offen. Neu ist das Recht, auf einen Tagesarbeitsplatz versetzt zu werden, wenn ein Attest über Gesundheitsgefährdung bei weiterer Nachtarbeit vorliegt, ein Kind unter 12 Jahren von keiner anderen Person im Haushalt betreut werden kann oder eine schwerpflegebedürftige Angehörige versorgt werden muß. Diesen Anspruch muß das Unternehmen aber nur erfüllen, wenn dem »nicht dringende betriebliche Erfordernisse entgegenstehen« (§ 6 Abs. 4). Angesichts der enormen Ausweitung von Nachtarbeit in den letzten Jahren, geht es hier nur darum, die sicherlich in gleichem Umfang zunehmenden Konflikte um Nachtarbeit zu regulieren und zu individualisieren.

Im Prinzip gilt an **Sonn- und Feiertagen** ein Beschäftigungsverbot von 0 bis 24 Uhr, aber alles was danach kommt, erläutert die völlige Unwirksamkeit dieses »Prinzips«. Wann immer es die Maschinerie oder die Produktivität der Anlagen erfordern, sind wir verpflichtet, auch an Sonn- und Feiertagen zu arbeiten. Am besten ist der § 13 Abs. 5, auf den sich ein Unternehmer im Zweifel immer berufen kann: *»Die Aufsichtsbehörde hat (...) zu bewilligen, wenn bei einer weitgehenden Ausnutzung der gesetzlich zulässigen wöchentlichen Betriebszeiten und bei längeren Betriebszeiten im Ausland die Konkurrenzfähigkeit unzumutbar beeinträchtigt ist und durch die Genehmigung von Sonn- und Feiertagsarbeit die Beschäftigung gesichert werden kann.«* Nicht umsonst wird hier ausdrücklich von der Ausschöpfung der »wöchentlichen Betriebszeiten« gesprochen: D.h. ein Unternehmer kann das halbe Jahr Kurzarbeit fahren oder die Werksferien

verlängern und gleich danach ein paar Sonntage durcharbeiten lassen. Das Gesetz bestimmt lediglich, daß 15 Sonntage im Jahr arbeitsfrei bleiben müssen. Na prima: An 37 Sonntagen können sie uns zur Arbeit schicken!

Soweit nur die wichtigsten Arbeitszeitregelungen. Einzige für uns positive Veränderung im Arbeitszeitgesetz ist die Festlegung des **gesetzlichen Mindesturlaubs auf 24 Werktage**, was wegen der EG-Arbeitszeitrichtlinie notwendig war.

Das zweite Gleichberechtigungsgesetz

Am 1.9.1994 trat das 2. Gleichberechtigungsgesetz (Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern) in Kraft. Daß es in der öffentlichen Diskussion nicht besonders auffiel, liegt sicher daran, daß es in weiten Teilen bloße Absichtserklärungen enthält. In einzelnen Punkten bedeutet es sogar eine Verschlechterung der jetzigen Rechtslage.

Der größte Teil des Gesetzes bezieht sich nur auf den öffentlichen Dienst. Es sieht z.B. die Auffstellung von Frauenförderplänen vor, ohne daß deren Einrichtung mit Sanktionen durchsetzbar wäre oder daß die Zielsetzung konkretisiert würden. Die wichtigsten Punkte, die auch den privatwirtschaftlichen Sektor betreffen, ist die Neuregelung der Schadensersatzansprüche bei Diskriminierung und das Beschäftigtenschutzgesetz (Gesetz zum Schutz der Beschäftigten vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz).

Schadensersatzansprüche bei Diskriminierung (Nichteinstellung wegen des Geschlechts) waren bisher nicht näher konkretisiert und hingen so von der jeweiligen Rechtssprechung ab. Durch die jetzt getroffenen Regelungen hat sich die Position von klagenden Frauen eindeutig verschlechtert. Während es ihnen schwerer gemacht wird zu klagen (Frist für Anspruchserhebung: zwei Monate, Frist für Klage: drei Monate nach Anspruchserhebung), hat der Arbeitgeber die Möglichkeit, das Verfahren um sechs Monate zu verschieben, um von der Anspruchsdeckelung Gebrauch zu machen. Die zweite wesentliche Verschlechterung ist nämlich die Regelung der Anspruchshöhe: Sie beträgt maximal drei Monatsverdienste, ein Anspruch auf einen Arbeitsplatz wird ausdrücklich ausgeschlossen. Klagen gleichzeitig mehrere Frauen wird die Gesamtsumme der Entschädigungen auf 6 Monatslöhne begrenzt, ging es bei der Auswahl um die Einstellung mehrerer Arbeitskräfte, auf 12 Monatslöhne. Daher ist die Verzögerung des Verfahrens wichtig: Der Unternehmer kann erst mal den Eingang aller Klagen abwarten und dann die Deckelung benutzen, um billig herauszukommen. (In der Literatur wird darauf hingewiesen, daß sich diese Einschränkungen im Widerspruch zu den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs befinden.) Offensichtlich soll durch diese Regelung einem Anschwellen von

Diskriminierungsklagen und Schadensersatzansprüchen ein Riegel vorgeschoben werden.

Der **Schutz vor sexueller Belästigung** geht auch nicht über das hinaus, was schon nach bisheriger Rechtsauffassung galt. Nur daß dies jetzt formal geregelt ist und dadurch teilweise Einschränkungen vorgenommen wurden, wo bisher noch Spielräume bestanden (so fällt nun das Aushängen von »pornographischen Darstellungen« erst dann unter »sexuelle Belästigung«, wenn sie »von den Betroffenen erkennbar abgelehnt werden«). Die Betroffenen haben ein Beschwerderecht bei den zuständigen Stellen und dann, wenn diese Stellen keine geeignete Abhilfe geschaffen haben, ein Leistungsverweigerungsrecht ohne Verlust des Lohns. Da letzteres mit keinem genauer bestimmten Beschäftigungs- und Kündigungsschutz verbunden ist, bedeutet es für die jeweilige Frau, daß sie durch die Wahrnehmung des Leistungsverweigerungsrechts eine Kündigung wegen Arbeitsverweigerung riskiert. In der gewerkschaftlichen Frauendiskussion wird das Gesetz auch als reine Kosmetik eingeschätzt, aber die Hoffnung auf eine mögliche Politisierung des Themas gesetzt.

* * *

Noch kurz ein Hinweis/Nachtrag zu dem Bericht in Zirkular #9 »Zwangsprekarisierung durch Öffnungsklausel« (S. 20-22): In Nr. 12/94 der WSI Mitteilungen findet sich eine Zusammenstellung aller Tarifverträge, die eine zeitweilige Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich möglich machen. Nachdem der Durchbruch bei VW erzielt worden war, wurden bis Mitte '94 in vielen Bereichen ähnliche Möglichkeiten geschaffen (meistens durch Öffnungsklauseln, ohne Lohnausgleich und mit mehr oder weniger verbindlichen Beschäftigungsgarantien). Solche Tarifverträge erfaßten in ihrem Geltungsbereich etwa 6,5 Mio. ArbeiterInnen, z.B. öffentlicher Dienst Ost, Chemische Industrie, Steinkohlebergbau in NRW, Papiererzeugende Industrie. Vor diesem Hintergrund wird verständlicher, warum die Linie »Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich« jetzt auch ganz offen von den Gewerkschaften propagiert werden kann und wie die neuen Formen von Sozialpartnerschaft á la Schulte-Muhrmann möglich werden.

(Fehlt was wichtiges? Kritik, Ergänzungen, erste Erfahrungen etc. bitte in die Box oder an die Kölner Wildcat-Adresse.)

USA:

Nichts ist unmöglich: Streik bei NUMMI

aus: Arbeiterpolitik Nr. 5/6, 1994

Der folgende Bericht schließt an unsere in der letzten Arpo abgeschlossene Artikelfolge zum Thema »Lean Production« an. Er berichtet über einen Streik, der im August diesen Jahres im NUMMI-Automobilwerk von General Motors und Toyota in der Nähe von San Francisco stattfand – jenem Werk also, daß innerhalb des GM-Konzerns und darüberhinaus als das weltweite »Vorzeigemodell« für schlanke Produktion und Gruppenarbeit gilt.

Der erste Streik seit der Gründung von NUMMI vor etwa zehn Jahren dauerte nicht länger als zwei Stunden. Er zeigt aber, daß auch das ständige Gerede von Partnerschaft, Vertrauen und Zusammenarbeit nicht die Unzufriedenheit überdecken kann, die sich unter den ArbeiterInnen angesichts von Löhnen und Arbeitsbedingungen einstellt, die deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen General-Motors-Konzernbetriebe in den USA liegen. Diese Unzufriedenheit drückt sich auch darin aus, daß bei den Gewerkschaftswahlen zu Beginn diesen Jahres erstmals eine im Betrieb schon länger aktive Gruppe oppositioneller KollegInnen wichtige Positionen in der Betriebsgruppe der Automobilarbeitergewerkschaft UAW erringen konnte. In einigen anderen Automobilbetrieben in den USA, in denen nach den Methoden der schlanken Produktion gearbeitet wird, gibt es vergleichbare Erfahrungen (so z.B. im Mazda-Werk bei Detroit).

Zu den äußeren Bedingungen dieses Streiks muß man wissen, daß das NUMMI-Werk in einer Region der USA liegt, in der es kaum noch gewerkschaftlich organisierte Industriejobs mit tarifvertraglich geregelten Löhnen gibt. Die meisten IndustriearbeiterInnen im Raum San Francisco sind heute in gewerkschaftlich nicht organisierten Betrieben beschäftigt (etwa in den zahlreichen Elektronikfirmen des benachbarten »Silicon Valley«), in denen die Löhne beträchtlich unter dem Niveau von NUMMI liegen.

Den folgenden Bericht erhielten wir von Caroline Lund, einer Kollegin, die in der Personenwagenfertigmontage bei NUMMI arbeitet. Er erschien in den USA bereits in der September-Ausgabe der Zeitschrift »Labor Notes«.

Die Redaktion

Am frühen Morgen des 3. August geschah, wie es eine Lokalzeitung ausdrückte, »das Undenkbare«. Arbeiter der New United Motor Manufacturing (NUMMI)-Fabrik in Fremont, Kalifornien, legten um Mitternacht, eineinhalb Stunden vor dem Ende der Nachtschicht, die Arbeit nieder. Es war die erste Arbeitsniederlegung in der 10-jährigen Geschichte von NUMMI, einem Gemeinschaftsunternehmen von General Motors und Toyota.

Der Streik des Locals 2244[1] der Automobilarbeitergewerkschaft United Auto Workers (UAW) dauerte nur zwei Stunden. Aber er drohte, dem sorgfältig kultivierten Image von NUMMI erheblichen Schaden zuzufügen. Kaum sechs Monate zuvor hatten Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter in einem Hearing der Dunlop-

1 Local ist der amerikanische Name für eine gewerkschaftliche Orts- oder Betriebsverwaltung.

Kommission[2] bekundet, daß NUMMI »ein Modell für die moderne Kooperation zwischen Kapital und Arbeit sei«. UAW-Regionaldirektor Bruce Lee sagte: »Der Schlüssel zum Erfolg aller Aspekte des NUMMI-Programms ist die Respektierung und Anerkennung der unabhängigen Basis der Stärke der Arbeiter – ihrer Gewerkschaft.«

Der Tarifvertrag des UAW-Locals mit dem Unternehmen war am 31. Juli ausgelaufen. In wochenlangen Verhandlungen war Übereinstimmung über ein Paket grundlegender finanzieller Vereinbarungen erzielt worden, aber die Gewerkschaft wollte einige andere Unternehmerforderungen nicht akzeptieren.

An vorderster Stelle stand dabei ein sogenannter »Alternativer Arbeitszeitplan«, der vier Zehn-Stunden-Tage mit drei Schichtbelegschaften vorsah. Diese Regelung hätte ein Drittel der Arbeiter zur Wochenendarbeit verpflichtet, und zwar ohne Lohnzuschläge für die beiden Extra-Schichten am Samstag und am Sonntag. Das Unternehmen hatte bereits seit mehr als einem Jahr Druck für die Einführung einer solchen Arbeitszeitregelung gemacht, aber bislang immer erklärt, daß diese nur für das Presswerk und die Kunststoffabteilung gelten sollte. Nunmehr wurde gesagt, daß die Geschäftsleitung die Möglichkeit haben wolle, diesen Schichtplan auf den gesamten Betrieb auszudehnen. Zusätzlich forderte die Unternehmerseite das Recht, Arbeitsabläufe und Verfahren zur Anwesenheitskontrolle während der Laufzeit des Vertrages einseitig zu ändern, sowie eine Reihe weiterer Zugeständnisse beim Beschwerdeverfahren, bei Disziplinarregelungen und bei den Arbeitspausen.

Das von Vertretern des UAW-Hauptvorstandes ausgehandelte und vom betrieblichen Tarifverhandlungskomitee angenommene Lohnpaket sieht wie folgt aus: für die dreijährige Laufzeit des Vertrages werden die Ecklöhne um 1,04 $ auf nunmehr 17,85 $ pro Stunde angehoben, für das zweite Jahr ist eine Lohnerhöhung von 48 Cents vorgesehen, darüberhinaus soll es in jedem Jahr eine Einmalzahlung von drei Prozent des Jahreslohnes geben. Diesen Verbesserungen steht allerdings eine Verschlechterung des tarifvertraglichen Inflationsausgleichs und eine weitere Absenkung der Anfangslöhne für Neueingestellte von bislang 75% auf 70% des in der jeweiligen Job-Gruppe erreichbaren Höchstlohnes gegenüber. Neueingestellte erreichen nun erst nach drei statt wie bisher nach zwei Jahren den Normallohn. Diese Zugeständnisse entsprechen den Konzessionen, die die UAW im letzten Jahr bei den »großen Drei« Ford, General Motors und Chrysler sowie Anfang diesen Jahres bei Mazda gemacht hatte.

Ein Aha-Erlebnis

In der Nacht vor dem von der Gewerkschaft beschlossenen Streikdatum machte die Unternehmerseite massiv Druck. Gruppenführer (Vorarbeiter) verteilten an den Fließbändern ein Flugblatt nach dem anderen, um den Standpunkt der Firmenleitung zu verdeutlichen und uns zu erzählen, daß die Gewerkschaft »kein Recht hätte, Dich zu zwingen, Deinen Job zu verlieren«. Das Unternehmen sagte, es würde diejenigen, die arbeiten wollten, beschützen und bat dafür um deren Namen und Telefonnummern.

In einem Flugblatt hieß es: »Wenn Sie während des Streiks arbeiten möchten, aber das Gefühl haben, daß dies mit ihrer Mitgliedschaft in der Gewerkschaft in Konflikt steht, haben Sie das Recht, aus der Gewerkschaft auszutreten. Wenn Sie dies tun möchten, sollten Sie dies der Gewerkschaft per Einschreiben mitteilen.«

2 Von Clintons Arbeitsminister Reich eingesetzte Expertenkommission, die eine Reform der Arbeitsgesetze vorbereiten soll.

Ein Arbeiter von meinem Band kam nach einer Pause zurück und berichtete, daß bereits etwa 75 Leute vor den Verwaltungsbüros der Firma auf mögliche Jobs warten würden (sie hatten anscheinend aus den Medien die Nachricht über den bevorstehenden Streik erhalten). Das Verhalten des Unternehmens war offensichtlich für viele KollegInnen ein Aha-Erlebnis. Das Management drohte, die Gewerkschaft zu zerschlagen und den Betrieb ohne die derzeit Beschäftigten fortzuführen. Dies gab uns einen Blick auf das wahre Gesicht von NUMMI, das hinter dem Gerede von »Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt« steht.

Die Arbeiter hatten zwar von seiten der Gewerkschaft nur sehr wenig Information über den Verhandlungsstand. Dennoch standen sie hinter der Gewerkschaft. Um Mitternacht gingen wir raus, viele fürchteten dabei, daß sie ihren Job verlieren würden. Ich leerte meinen Spind und nahm das Schloß mit – nur zur Vorsicht.

Die Leute warteten in einem großen Verkehrsstau, um zum Gewerkschaftshaus zu kommen, wo spontan Streikplakate verteilt und geschwenkt wurden. Nach einer halben Stunde Wartezeit verkündet der Präsident des Gewerkschaftslocals Charles Curry, daß die Unternehmerseite wegen des Streiks an den Verhandlungstisch zurückgekehrt und zu einem Abschluß bereit sei. Es gab Jubel und Applaus.

Das Unternehmen hatte bei allen grundlegenden Fragen nachgegeben. Der »Alternative Arbeitszeitplan« wurde komplett aus dem Tarifvertrag herausgenommen. Die ArbeiterInnen im Preß- und im Kunststoffteilewerk werden eine Abstimmung darüber durchführen können, ob und wie ein anderer Schichtplan eingeführt wird. Das Beschwerdeverfahren und die Anwesenheitskontrolle bleiben unverändert. Am 10. August nahmen einige hundert Arbeiter an einer Informationsveranstaltung im Gewerkschaftshaus teil. Nach dem Erfolg des Streikes war die Stimmung zuversichtlich, aber es herrschte Ärger über die bereits gemachten Zugeständnisse. Niemand außer dem Tarifverhandlungskomitee sprach für den Tarifvertrag. Die Urabstimmung am selben Tag erbrachte dennoch 1298 Ja- und 867 Nein-Stimmen. ■

Streik bei General Motors

Frankf. Allg. 28-1-95

WARREN. Ein seit Mittwoch andauernder Streik von 6600 Arbeitern in einem großen Autoteilewerk von General Motors (GM) in Flint (Michigan) hat bis Freitag zur vorübergehenden Schließung von vier Fabriken des größten amerikanischen Automobilherstellers geführt. Bei dem Streik geht es vor allem um die Überlastung der Arbeiter in der Zubehörfabrik durch zu viele Überstunden. Die US-Automobilarbeitergewerkschaft verlangt, daß GM 500 zusätzliche Arbeiter einstellt. *(dpa/jW)*

Eine Erfahrung mit Basisaktivitäten gegen die gesellschaftliche Rechte in Turin

Die Erfahrung, die das »Komitee für Lebensqualität in San Salvario« vom Frühjahr 1994 im gleichnamigen Turiner Stadtteil machte, hat vielleicht eine gewisse Bedeutung, denn zum ersten Mal war die Turiner radikale Linke mit einer aggressiven und anwachsenden gesellschaftlichen Rechten konfrontiert, die entschlossen war, aus dem Problem der öffentlichen Ordnung und der Einwanderung einen »Fall« zu machen. Hier mußten die Aktivisten das Elend der klassischen antirassistischen Parolen erleben.

Aber der Reihe nach:

1. Der Stadtteil

San Salvario liegt hinter dem Hauptbahnhof Porta Nuova. Es wurde Ende des 19. Jahrhunderts vom savoyischen Angestelltenkleinbürgertum erbaut, was sich immer noch am kleinen, aber würdigen Wohlstand der Architektur der Häuser ablesen läßt.

Neben diesem ordentlichen San Salvario entsteht jedoch ein anderes: das des Waldenser Tempels und der Jüdischen Synagoge (also das der historischen »Anderen«, die in Piemont erst seit kurzem nicht mehr verfolgt wurden) und das der Schmuggler <traffici> und einer kleinen Unterwelt hinter dem Bahnhof.

Die Nähe zum Bahnhof und der Bau von Wohnheimen und Sozialwohnungen bis in die 30er Jahre verwandelt den Stadtteil seit den ersten Einwanderungen aus dem Süden in eine Anlaufstation für die »Reisenden der Hoffnung« mit dem Mythos eines Arbeitsplatzes bei FIAT.

Und mindestens 15 Jahre lang haben die Häuser im Stadtteil keine stabile Bevölkerung, sondern eine Fluktuation von Immigranten, die hier (und den heruntergekommenen Stadtteilen Altstadt und Porta Palazzo) nur so lange wohnen, bis sie in die modernen Schlafstädte in den Tälern, in Mirafiori oder in der Falchera umziehen können.

Mitte der 80er Jahre plante FIAT (deren Verwaltung hier sitzt) anscheinend, den Stadtteil zum Wohngebiet für seine Angestellten und Führungskräfte zu machen, und es schien wieder aufwärts zu gehen. Nach dem Scheitern dieses Projekts wurde San Salvario wieder zur Anlaufstelle für Einwanderer, die heute aber aus der Dritten Welt kommen.

2. Die Hausbesitzer

Die Ankunft von Zehntausenden von Einwanderern (geschätzt: 50 000) im Stadtteil bringt zahlreiche Probleme mit sich. Von Anfang an besteht eine unterschwellige Spannung mit der einheimischen Bevölkerung, wofür es hauptsächlich zwei Gründe gibt:

- die Hausbesitzer im Viertel (unter denen sich der Immobilienbesitzer Geraci hervortut) betreiben mit verschiedensten Mitteln eine Politik der Vertreibung der italienischen Mieter. So weigern sich die Hausbesitzer, irgendwelche Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden durchzuführen, das heißt, sie lassen sie bewußt verfallen. Damit soll der Wegzug von italienischen StaatsbürgerInnen und der Nachzug von Einwanderern provoziert werden, da letztere für gefügiger und eher bereit gehalten werden, höhere Mieten und schlechtere Lebensbedingungen zu akzeptieren.

- mit der Einwanderung macht sich eine neue Unterwelt breit, die nichts mit den konsolidierten Gleichgewichten im Stadtteil zu tun hat und entschlossen ist, sich einen Platz im Geschäft (besonders Drogen und Prostitution) erobern will.

Zu diesen Problemen kommt die kaum verhohlene Enttäuschung der Geschäftsleute darüber, daß der Aufschwung im Stadtteil ausbleibt (nicht zufällig gehen alle Initiativen der offiziellen Vereinigung der Geschäftsleute in Richtung Verschönerung des Stadtteils und Förderung eines Bildes von San Salvario als »glücklichem Viertel«).

Zusammen ergibt sich ein hochexplosives Gemisch, das die gesellschaftlichen Bombenleger anzieht wie der Honig die Fliegen.

3. Die Offensive

Bevor ich weitererzähle, muß ich den Abgeordneten Borghezio vorstellen. Dieser finstere Geselle, ehemaliger Aktivist der extremem Rechten und jetzt Staatssekretär im Justizministerium, ist der eigentliche Chef der Lega Nord in Turin.

Er ist ein geschickter Meinungsmacher und versteht es, die privaten Fernsehsender wie ein Staubsaugervertreter zur Propaganda für seine eigenen Initiativen zu benutzen.

Er hat ein simples Schema: Wenn es irgendwo Spannungen gibt, die mit dem Problem Einwanderung zusammenhängen, muß man nur eine Frage der öffentlichen Ordnung daraus machen und Komitees von »empörten« Bürgern gründen, die sogleich die »Wiederherstellung der Lebensqualität im Viertel« mit so autoritären Lösungen und so viel Polizei wie möglich fordern.

Auch in anderen Gegenden von Turin sorgt das Problem der Einwanderung und die leicht herzustellende Verbindung zwischen der Anwesenheit von

ImmigrantInnen und dem Drogenhandel für Spannungen: in Porta Palazzo und Murazzi del Po.

Die Polizeirepression besteht meist aus großen Razzien: spektakulär, mit vielen Festnahmen von kleinen Dealern und vielen Ausweisungsbescheiden, von den Medien groß aufgeblasen und konzentriert an einem einzigen Ort und zu einer bestimmten Zeit.

Durch solche Polizeiaktionen verschwinden die Kleindealer aus einem Teil Turins und verschärfen damit die Situation in einem anderen Stadtteil.

Persönlichkeiten wie Borghezio, die mit Leichtigkeit die Verbindung Einwanderung - Drogenhandel - öffentliche Ordnung herstellen, stellen in so einer Situation nur den Zünder dar.

Im Januar 1994 explodiert die Situation in Porta Palazzo. Eine Reihe von Razzien hatte die Kleindealerei in Murazzi zum Erliegen gebracht und somit hierher verlagert. Die Lega Nord organisiert eine Kampagne für die öffentliche Ordnung mit Unterschriftensammlungen, Fackelzügen und Drohungen, Trupps von Freiwilligen zur »Kontrolle« der Gegend aufzustellen.

Die Linke glänzt durch Abwesenheit. Der Mitte-Links-Koalition fällt im Gegenteil nichts besseres ein, als der Lega auf ihrem eigenen Terrain hinterherzulaufen und vom Polizeipräsidium die Militarisierung des Viertels zu fordern, da man nur so das Wirken der Lega »sterilisieren« könne.

Im darauffolgenden Monat wiederholt sich der Ablauf, aber woanders: in San Salvario. Aus derselben perversen Logik wie der »Fall Porta Palazzo« entsteht der »Fall San Salvario«. Die massive Präsenz der Polizei im erstgenannten Viertel führt zur Konzentrierung der Kleindealer und Illegalen im letzteren.

Hinter diesem perversen »Hütchenspiel« versucht die Lega Nord diesselbe Aktion wie in Porta Palazzo: um eine Gruppe von Geschäftsleuten, die aus der gemäßigten und legalistischen lokalen Vereinigung ausgetreten waren, gründet sie ein »spontanes Komitee«, das eine Unterschriftensammlung für mehr Polizei, massive Kontrollen der EinwandererInnen und die Schließung der Lokale, die zum Treffpunkt der AusländerInnen geworden sind, organisiert. Mit diesem Programm beteiligt sie sich an einer Stadtteilversammlung, die in der Hauptkirche abgehalten wird und pfeift den Vertreter der senegalesischen Gemeinschaft aus, der es wagt, seine Landsleute vor pauschalen und verallgemeinernden Beschuldigungen zu verteidigen. Auf derselben Versammlung ergreift ein Vertreter dieses Komitees das Wort um anzukündigen, daß Dutzende von Geschäftsleuten einen Waffenschein beantragt haben, und drastische Lösungen für die Probleme des Stadtteils zu fordern.

Währenddessen erledigt die Lokalpresse den Rest, indem sie den »Fall San Salvario« ins Unermeßliche aufbauscht und reale Probleme mit rassistischen Phantasien und tatsächlich vorhandene Kleinkriminalität mit in Wirklichkeit sehr vereinzelten Gewalttaten in einen Topf wirft.

Wieder mal läuft die Linke der Rechten hinterher und läßt sich dabei auf ihr Terrain ein, weil ihr nichts besseres einfällt, als wieder mal mehr Polizeipräsenz zu fordern, um den ethnischen Zusammenstoß mit dem Viertel zu verhindern.

4. Widerstandsversuche

In der Zwischenzeit bildet sich um das lokalen Rifondazione-Büro herum ein antirassistisches Komitee, das versucht, mit wenig Erfolg und einigem körperlichen Risiko Flugblätter zu verteilen. Diese leiern die klassischen Solidaritätslitaneien der Linken herunter und gehen völlig an den realen Problemen vorbei, mit denen die Rechte spekuliert.

Da die Regierungslinke nicht versteht, wie sehr sich der »common sense« in der italienischen Gesellschaft nach rechts verschoben hat, folgt läuft sie der Lega auf ihrem eigenen Gebiet nach, und die oppositionelle Linke redet von etwas anderem. Während erstere die kapitalistischen Umstrukturierungen mit einem Minimum an sozialen Konflikten zu managen versuchen, beschränken letztere sich auf einen allgemeinen Solidarismus, der der unmittelbar klaren und an der Realität orientierten Politik der Neuen Rechten das abstrakte Prinzip des Antirassismus entgegenstellt.

Gegen Mitte März treten einige Genossen aus der örtlichen antagonistischen Linken dem antirassistischen Komitee bei - sowohl weil viele von ihnen im Viertel wohnen, als auch weil dort der Sitz des Radiosenders der Bewegung ist (Radio Black Out). Der Ansatz, den die GenossInnen vorschlagen, führt sofort zu heftigen Auseinandersetzungen mit den GründernInnen; sie wollen nämlich der Rechten das Terrain streitig machen und dabei das Vorzeichen umdrehen. Der Versuch dreht sich um drei Achsen:

a) die Operation »öffentliche Ordnung« entlarven;

b) die Probleme der Mieter im Stadtteil zur Sprache bringen und Vorschläge zur Verbesserung der Lebensqualität entwickeln, die genau in die entgegengesetzte Richtung gehen wie die »Lynchstimmung« der Lega;

c) eine Vorstellung von Lebensqualität im Viertels entwickeln, die von den Bedürfnissen aller Bewohner - der regulären wie der irregulären - ausgeht.

Anfang Mai hat das Komitee die Gelegenheit, auszuprobieren, ob diese Strategie funktioniert. Die Geschäftsleute um Borghezio rufen zu einer Demonstration auf, um ihre Ziele zu bekräftigen und gegen die »Untätigkeit« der Kommunalregierung zu protestieren. Die Genossen entscheiden sich gegen das klassische Mittel des Gegenflugblatts und stören die Kundgebung erfolgreich. Obwohl Borghezio kaum Anhänger mobilisieren konnte,

war die Aktion sinnvoll, weil sie verhindert hat, daß er sich als einziger Vertreter des Stadtteils aufspielen konnte.

Dies war bis heute die letzte Aktion der Lega im Stadtteil; nach dem Scheitern der Straßenaktion ist Borghezia lieber wieder zu ihm gewohnteren Methoden der Propaganda zurückgekehrt.

Ohne Feind tun auch die Genossen kaum noch etwas, was die größte Beschränkung dieser Erfahrung zeigt: sie ist nicht aus der Verwurzelung im Viertel gewachsen, sondern eine einfache (wenn auch unerläßliche) Reaktion auf einen Angriff der Rechten.

So ist auch die zweite öffentliche Aktion eine Reaktion auf eine Initiative anderer. Im Juni fordert der der ex-kommunistischen PDS angehörende Bezirksvorsteher die BürgerInnen amtlich dazu auf, ihre irregulären Nachbarn zu denunzieren. Durch sollen die Lebensbedingungen der ImmigrantInnen angeblich vor habgierigen Zimmervermietern geschützt werden. Natürlich hätte die Anwendung dieser Verordnung Hunderte von Ausweisungsbescheiden und ein paar Geldbußen für Hausbesitzer bedeutet. Als die Genossen davon Wind bekommen, unternehmen sie eine auch von der Turiner Redaktion von »Il Manifesto« unterstützte Pressekampagne, die die Bezirksverwaltung dazu zwingt, die Verordnung zurückzunehmen. der Vorsteher Garrone wird stattdessen mit Hunderten von Postkarten eingedeckt, die auf den schlechten Zustand seiner Wohnung aufmerksam machen.

5. Drei Überlegungen

a) Was bei der Geschichte ins Auge springt, ist das völlige Fehlen einer selbständigen Subjektivität der im Stadtteil lebenden EinwandererInnen. Das ist kein Zufall: Der Schreibende ist nicht etwa unfähig, zu beobachten, sondern bemüht sich um einen so nüchternen Blick wie möglich.

Die eingewanderte Bevölkerung von San Salvario kommt hauptsächlich aus zwei unterschiedlichen geographischen und sprachlichen Gebieten: aus dem Maghreb und dem

englischsprachigen Westafrika (Nigeria und Ghana).

ImmigrantInnen aus letztgenannter Gegend betreiben im Stadtteil entweder eigenständig oder gemeinsam mit ItalienerInnen Geschäfte. Diese Betriebe beruhen zum größten Teil auf Ausbeutungsformen innerhalb der nationalen communities. Die meisten dieser Betriebe entstehen um die Prostitution herum: Viele Geschäfte sind Schönheitssalons, Friseure, Intimwäschegeschäfte und Nachtlokale, die von Italienern auf der Suche nach einem exotischen Abenteuer frequentiert werden. Wie man sich vorstellen kann, sind die Hierarchien (vor allem die sexuelle) und die Kontrolle innerhalb der communities extrem

straff, und daher sind die Möglichkeiten, eine Beziehung aufzubauen, auch gegenüber rassistischen Angriffen, fast Null.

Die community dient gleichzeitig als Zuflucht, Ressource gegen Angriffe aus der Außenwelt, unverbrüchliche wirtschaftliche Basis und als Ort der Bildung

des Individuums und der Reproduktion der Hierarchien und Werte der community selbst.

Aufs ganze genommen blockiert das Zusammenspiel von von außen erlittener Diskriminierung und der totalisierenden Rolle der community die Emanzipation der ImmigrantIn. Dieses Zusammenspiel zwischen institutionellem Rassismus und der traditionellen sozialen Bindung (das in vielen europäischen Städten üblich ist) ist vielleicht einer der besten Gradmesser für die heutigen sozialen Beziehungen in der Metropole.

Für die maghrebinischen ImmigrantInnen sieht es anders aus: Da es keine communities auf nationaler Basis gibt, können sie auch keine der beschriebenen Funktionen ausführen. Die einzigen Formen von community-Zusammenhang sind religiöse um die Islamschule des Stadtteils herum. Für viele MaghrebinerInnen übernimmt die Kleinkriminalität die Schutzrolle. Auch das beleuchtet nur wieder die sozialen Beziehungen in der Metropole mit dem Zusammenspiel des institutionellen Rassismus und der Bindungen der kriminellen und marginalen Ökonomie. Das gilt natürlich nur für einen Teil der maghrebinischen EinwandererInnen; viele arabischsprachige Einwohner des Stadtteils vergrößern das Heer der prekären Bauarbeiter. Diese Menschen sind meist sehr weitgehend von traditionellen Bindungen emanzipierte: nicht zufällig gehören sie zu den ImmigrantInnen mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisierungsgrad. Im Stadtteil schlafen sie nur; die meisten sozialen Kontakte haben sie am Arbeitsplatz und nicht auf der Straße mit ImmigrantInnen von außerhalb des Arbeitsmarktes.

b) Ebenfalls absolut wichtig ist das Heranwachsen einer glaubwürdigen Führung der Rechten auf populärer Ebene. Der Fehlschlag der oben beschriebenen Massenaktion (der kein Einzelfall ist, sondern sich in anderen Städten genauso wiederholt hat) steht nicht im Widerspruch zu dem beachtlichen Erfolg von Volksversammlungen und Unterschriftenlisten. Es zeigt sich, daß die Neue Rechte eine starke populäre Verwurzelung besitzt und auf einen in den letzten 15 Jahren entstandenen common sense zählen kann, aber nur über eine sehr begrenzte Aktivistenbasis verfügt. Das kann aber kein Trost sein, denn das Modell der Propaganda selbst, die weniger auf die Identität als auf die Verteidigung des erworbenen Wohlstands abzielt, kann nur zu Mobilisierungen dieser Art führen <?>.

Öffentliche Ordnung und Sicherheit sind die großen Themen dieser Rechten. Der Alptraum vom Verfall des Lebensstandards ist das Gespenst, das allen reaktionären Kampagnen der letzten Jahre Arme und Beine verleiht.

Demgegenüber hat die Linke keine Stimme, sie hat keine »anderen Wörter«; sie kann keine neuen sozialen Bindungen aufbauen und versucht das Bestehende zu verwalten oder von glorreichen Erinnerungen zu leben.

c) Der Versuch der GenossInnen, sich nicht im Sinne des Antirassismus, sondern im Sinne der Bürgerrechte für alle zu bewegen, scheint mir das dritte wichtige Element.

Da alle, die in diese Situation eingreifen wollten, von vornherein die Möglichkeit eines Klassen-Ansatzes ausgeschlossen haben (sei es, weil es objektiv keine antagonischen communities gibt, die Werte und Standpunkte ausstrahlen könnten, oder sei es, weil die gesellschaftlichen Transmissionsnetze <?> als Grundlage zum Handeln fehlen <?>), haben sie aus einem ganz wesentlichen Grund den Weg der Bürgerrechte beschritten.

Der Antirassismus stellt keine neuen Bindungen her. Er ist ein Wert, als solcher wird er unterstützt, aber in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wüste kann er kein Klebstoff sein.

Der Weg, den wir zu beschreiten versucht haben, hat den Vorteil, daß er eine radikal andere Vorstellung vom »Allgemeinwohl« als die auf die öffentliche Ordnung und auf ethnische und produktive Hierarchien gestützten entwirft.

Vielleicht läßt sich das als eine Form des Aufbaus nicht-inklusiver gesellschaftlicher Bindungen gegen die in Gesellschaften wie der unseren herrschende Tendenz des Multirassismus vorstellen.

Stefano

ZUM RWANDA-TEXT

Rwandas jüngste Geschichte ist keineswegs ein exotischer Sonderfall in einem exotischen Ambiente, wie sie in den europäischen Medien dargestellt wurde. In der nachkolonialen Geschichte Afrikas wurde die Phase der Befreiungsbewegungen und der panafrikanischen Solidarität unter dem imperialistischen Einfluß der Zentren von zunehmend parasitären Oberschicht-Regimes abgelöst. In diesem Prozeß ist in vielen Ländern Afrikas der Gebrauch ethnisch-rassistischer, religiöser oder sprachlicher Konflikte zur Verhinderung gesellschaftlicher Konflikte, die sich gegen die parasitäre Oberschicht wenden könnten, geradezu charakteristisch. In Mali, Niger, Liberia, Elfenbeinküste, Tschad, Nigeria, Sudan, Zaïre, Burundi, Rwanda, Südafrika, Uganda, Äthiopien, Somalia, und Mauretanien , um nur auf Anhieb einige Länder zu nennen, wurden und werden von den Regimes der Bevölkerung solche Kämpfe aufgezwungen, an denen sich die parasitäre Oberschicht und deren imperialistische Unterstützer neben deren machtstabilisierenden Funktion auch noch bereichern können. Diese Konflikte werden bewußt erzeugt. Exemplarisch ist das im vorliegenden Artikel erkennbar. Die vorkolonialen Staatsgebilde Afrikas und viele damalige regionale Populationen ohne staatliche Organisation besaßen eine poly-"ethnische" sozioökonomische Struktur.

Der hier gekürzt wiedergegebene Aufsatz von J.-P. Chrétien unterscheidet sich von fast allen bisher veröffentlichten durch den Rückgriff auf rwandische Quellen, viele davon in der Volkssprache Banyarwanda, in der sich das Regime vorwiegend gegenüber der Bevölkerung äußert. Durch viele Belege gesicherte Aussagen lassen die Funktion des Rassismus' hervortreten, der von der Kolonialethnologie Europas definiert und politisch eingesetzt wurde , besonders in der Phase der "Unabhängigkeit" bis 1991. Chrétien zeigt, wie dieser Rassismus systematisch im Volk verankert und gesteigert wird, in dem Maße wie soziale Widersprüche zunehmen und das parasitäre Regime vom Sturz bedroht ist. Das wahnsinnige Massaker, mit dem sich dieses Regime 1994 verabschiedete, ist der Endpunkt einer intensiven rassistischen Mobilisierung der Bevölkerung, deren Probleme - Landmangel und Verarmung wegen der Auspowerung des Landes durch die parasitäre Oberschicht in Verwaltung und Militär - vom Regime ursächlich auf die ethnische Minorität zurückgeführt werden.

Die meisten Veröffentlichungen in den Metropolen zu Rwanda spiegeln eine zentristische Sichtweise. Sie beziehen sich auf Veröffentlichungen in europäischen Sprachen und geben die wirklichen Konflikte nur in der Form wieder, in welcher sie aus staatlicher, touristischer oder NGO-Perspektive wahrgenommen werden. Bestenfalls beziehen sie sich, was die jüngste Geschichte anbelangt, auf Chrétien. Bei linken Veröffentlichungen zur jüngsten Geschichte Rwandas fiel in erster Linie die mit vorurteilsvoller Arroganz überspielte Unkenntnis auf. Der Aufsatz von Chrétien kann für uns auch nicht der Analyse letzter Schluß sein, aber eine wichtige Informationsbasis dafür.

Durch die Anhäufung vieler Fakten als Beleg für bestimmte Entwicklungen und die Voraussetzung der Kenntnis bestimmter Vorgänge der jüngeren Geschichte ist er leider auch nicht unholprig zu lesen. Damit darüber der rote Faden nicht verloren gehe, ist diese Fassung vom Übersetzer gekürzt und an verschiedenen Stellen mit Vorbemerkungen und Erklärungen in [ ] versehen worden. Unverstandene landessprachliche oder geographische Ausdrücke möge die Leserin großzügig übergehen. Sie alle zu erklären, hätte einen zusätzlichen Anmerkungsapparat erfordert, und oft sind sie für den Inhalt nicht so relevant, sondern zur Belegung einzelner Fakten angeführt.

Die politische Krise in Rwanda

Jean-Pierre Chrétien
Centre de recherches africaines, Université Paris 1

in:
Gêneve-Afrique 30 (2), 1992, S. 121 - 140

[...]

Machen Hinterlassenschaften der Geschichte das Wesen der rwandischen Revolution aus?

[...]

Rätsel der präkolonialen Vergangenheit: Völker und Staaten der Seenregion

Vorbem.: Die Kolonialethnologie wies verschiedenen Ethnien der Region verschiedene kulturelle Errungenschaften und rassische Merkmale zu, und ignorierte die uralte, organische sozioökonomische Verflechtung, die Existenz einer einheitlichen Gesellschaftsstruktur.

Die klassische "zwischenseeische" [Region zwischen den großen Seen Afrikas] Geschichtsschreibung (die der Jahre 1930 - 1950) zeichnet sich durch etwas aus, was man einen rassistischen Materialismus nennen könnte, [...]. Alles dreht sich letzten Endes um drei "Rassen", die Geschichte ist auf eine Litanei von Invasionen reduziert und im Wesentlichen auf den Kampf von "Hamiten" (die Tutsi), die als Quasi-Europäer beschrieben werden, gegen die "Bantus" (die Hutu), die entsprechend den Stereotypen des "Negers" in der europäischen Rassenkunde vom Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben werden, die Batwa werden als primitive "Pygmäoide", als Mißgebildete behandelt.

Die Geschichte der Banyarwanda [Sprache des rwandischen Volkes] ist eine Kulturgeschichte von langer Dauer. Wir wollen sie hier nicht resümieren, sondern weisen darauf hin, daß es derzeit schon zahlreiche Arbeiten gibt, die es ermöglichen, der Bürde der offiziellen rassischen Mythologie der Kolonialära zu entgehen. Diese Geschichte besteht zunächst darin, daß sich seit dem Ende des ersten Jahrtausends vor unserer Ära ein Volk herausbildet, das eine Bantu-Sprache spricht, Ackerbau praktiziert, Eisen nutzt und die Viehzucht kennt (viel früher in der Region, als die Ideologie der "hamitischen Unterwerfung" vermuten läßt). Die Seen-Region ist sicherlich ein Zentrum früher Besiedlung durch verschiedene linguistische Gruppen - zentral-sudanesisch, kuschitisch, nilotisch, bantu. Rwanda, ebenso wie Buganda, Burundi oder andere Königreiche, ist das Ergebnis einer zugleich politischen und kulturellen Entstehung, die es erlaubt von einer alten "Volks-Nation" zu sprechen. Dieses historische Thema ist nicht das Monopol europäischer akademischer Zirkel, es ist selbstverständlich der neuen Generation rwandischer Forscher bekannt.[...]

Das Paradoxe der rwandischen Gesellschaft ist, daß faktisch nicht eine Art pluriethnischer Einheit existiert, sondern ererbte Spannungen fortdauern, die sich trotz einer bemerkenswerten kulturellen Einheitlichkeit noch mitten im 20. Jahrhundert stark bemerkbar machen.

Die Geschichte des Königreichs Rwanda liefert in einem gewissen Maß die Antwort: Die Herausbildung einer Tutsi-Aristokratie erscheint darin zugleich als ein Prozeß gesellschaftlicher Hierarchisierung und als innenpolitische Unterwerfung, die sich vor allem im 18. und 19. Jahrhundert entwickelt. [..]

Der seit dem Ende des 17. Jahrhunderts beobachtbare historische Prozeß artikuliert sich in vielerlei Elementen, die das "klassische" Rwanda bilden sollten, das durch die Ethnologen Anfang des Jahrhunderts beschrieben wurde: Die zunehmende Ausübung der

Kontrolle durch die Nyiginya-Dynastie über ein gesamtes Territorium, auf dem verschiedene Tutsi- oder Hutu-Herrschaften existierten; die Allianz dieser Herrschaft mit gewissen Tutsi-Clans unter Bildung einer Aristokratie, die von den wachsenden Privilegien profitiert (auf dem Umweg über militärische und Grundherrschafts-Institutionen und Ausübung des Klientelismus[1]); das Widerspiegeln der gesellschaftlichen Hierarchie im politischen Rang und in den Bindungen an die zentrale Macht; die Verbreitung von Ursprungsmythen, die Gihanya, den legendären Begründer des Königtums, und die Tutsi-Vorherrschaft miteinander verbinden. Ebenso gibt es aber den Fall, daß sich in einer peripheren Region, wie Kinyaga im Südwesten, einflußreiche Hutu-Clans an die herrschende Gruppe der "Ndugan" (die aus der Zentralregion des Nduga, derjenigen der königlichen Hofhaltung, gekommen sind) assimilieren und dann als Tutsi per definitionem betrachtet wurden[2]. Man erkennt also eine Ungleichheit, die sich bildet, und nicht eine "Prämisse" gemäß dem Schema des "alten" Rwanda, das J.-J. Maquet 1954 entwirft.

Einsatz eines rassistischen Phantasiegebildes für die Kolonialkultur: Hamiten gegen Bantus.

Vorbem.: Kolonialethnologen und Missionare definieren ein rassistisches Phantasiegebilde und verankern es im Bewußtsein der Bevölkerung. Schon die Terminologie zeigt die Herkunft der Ideologie und die ausschließliche Übertragung von europäischen Denkmustern. Hier nicht erwähnt: Die Auflösung der vorherigen sozioökonomischen Struktur und Unterwerfung von Produktion und Distribution unter kapitalistische Prinzipien durch Einführung der kolonialen Plantagenwirtschaft, Missionsschulen, usw. als Voraussetzungen.

Seit der Einnahme des Landes durch die Europäer (Deutsche, danach Belgier) findet sich die rwandische Gesellschaft in Theorie und Praxis in quälender Weise auf eine Art rassischen Dualismus reduziert, dessen Argumentation andernorts analysiert wurde[3]:

- Gegenüberstellung physischer Idealtypen, wobei Biologie und Ästhetik in einer Art und Weise miteinander vermischt werden, die psychoanalytisch zu untersuchen wäre.
- Hegemonie dessen, was Claudine Vidal als "Missionars-Charakterologie" bezeichnete: "Die Juden Afrikas"[soll in den Vorstellungen der Kolonialethnologen ein überlegenes kulturelles Niveau bezeichnen, wie Monotheismus vs. Animismus] den "tumben Negern" gegenübergestellt.
- Rückbeziehung auf eine Art Saint Gobin'sche Geschichte: Vom Einsturz des Turms zu Babel und der Verfluchung der "Chamiten" bis zum Auftauchen eines zweiten Äthiopien in Zentralafrika, als Trägerin eines alten latenten Monotheismus [siehe vorher].
- Politisches Kalkül, das sich auf die Zusammenarbeit eines lokalen Feudalsystems mit den kolonialen und Missionars-Projekten stützt: eine "indirekte" Verwaltung, die rassistisch definiert ist und schulische Rassentrennung praktiziert, der Traum von einem Land, das Christus, dem König, geweiht ist (seit 1946) und dazu bestimmt unter seinen Tutsi-Fürsten und dem neuen Konstantin, für den der König Mutara Rudahigwa gehalten wird, ein Bollwerk gegen den Bolschewismus, das moderne Heidentum Zentralafrikas, zu bilden[4].

---

[1] Siehe C. Vidal, 1974 und J. N. Nkurikiyimfura, 1986.

[2] C. Newbury, 1988: 51-52.

[3] J.-P. Chrétien, 1985; C. Vidal, 1985; G. Mbonimana, 1981.

[4] Ein Kontrast, der photographisch in Szene gesetzt wurde: J.-J. Maquet, 1957; oder die Ausgabe zum fünfzigjährigen Jubiläum der Evangelisation Rwandas, die von der Zeitschrift *Grands Lacs* 1950 herausgegeben wurde.

Dieses rassistische Trugbild, weit davon entfernt nur ein ideologischer Schutzschirm zur Legitimation der Kolonialordnung zu sein, nährte eine tiefe kulturelle Entfremdung, und dieses zuerst bei der kleinen in diesem Geist erzogenen Elite. Wenn man die privilegierte Einrichtung *Groupe scolaire Astrida* nimmt, entdeckt man zuerst, daß von 1937 bis 1957 für Rwanda 739 Tutsi und 177 Hutu zugelassen worden sind (auf eine Gesamtheit von 964 unter Berücksichtigung von nicht identifizierten Ethnien 76,7% Tutsi und 18,4% Hutu)[5]. Es ist nicht überraschend, daß der elitäre Geist, der bei diesen *indatwa* ("den schönsten Köpfen der Herde")[6] gepflegt wird, sich in rassistischen Begriffen ausdrückt. Das Bulletin der ehemaligen Schüler von Astrida, *Servir*, widmet noch 1948, aus der Feder eines gewissen M. Piron, das ganze Gewicht der Druckschrift rassistischen Hirngespinsten. Hier ein Auszug daraus[7]:

> "Von kaukasischer Rasse, haben die hamitischen Völker ihrem Ursprung nach, ebenso wie die Semiten und die Indo-Europäer, nichts mit den Negern gemeinsam. [...] Besonders in Ruanda-Urundi haben die Osthamiten ihre Fähigkeiten bewiesen. Physisch sind diese Rassen hervorragend; trotz den unvermeidlichen Rassenkreuzungen, die aus einem langzeitigen Kontakt mit den Negern herrühren, tritt das Überwiegen des kaukasischen Typs bei den Batutsi deutlich hervor [...]. Ihre hohe Gestalt - selten unter 1,80m - [...] die Feinheit ihrer Züge, die von einem intelligenten Ausdruck erfüllt sind, alles trägt dazu bei, daß sie den Titel verdienen, den ihnen die Entdecker gegeben haben: aristokratische Neger."

Die Vorgeschichte des Landes ist zu einem Einsatzfeld von Ideologien geworden. Die Kolonialgeschichtsschreibung hat sie auf "die zivilisatorische Tutsi-Eroberung" reduziert, die von Nordosten gekommen ist, um die Hutu zu unterwerfen. Diese Vorstellung setzte sich in der Tat im republikanischen Rwanda fort, teilweise unter dem Einfluß des Werkes des Pater Alexis Kagame [...]. Eine nationale und auf die Spitze getriebene dynastische Geschichtsschreibung, [...], wurde besonders durch das Werk des Kanonikers aus Albi, de Lacger, illustriert und auf Schulniveau popularisiert, also eine Geschichte fachunkundiger Gelehrter[keine Historiker] und keine Geschichte der mündlichen Überlieferung in ihrer gesellschaftlichen und regional differenzierten Unterschiedlichkeit. [Eine wirkliche Geschichtsschreibung hätte auf der Analyse der mündlichen Überlieferung des Volkes beruhen müssen.] Jedes Land hat seine Epinal-Bilder [*französ. volkstümliche Bilderbogen, d. Ü.*] gehabt: Die kleinen Franzosen haben über Generationen die Geschichten von Vercingetorix und Chlodwig gelernt, die kleinen Rwander lernen die Geschichten von den sukzessiven Invasionen der Bantu-Ackerbauern und der nilo-hamitischen Hirten (die Daten bleiben in diesem Fall der Phantasie eines jeden überlassen).

Heute vertiefen und nuancieren rwandische Wissenschaftler und Studenten die Geschichtsschreibung ihres Landes. Aber ihre Arbeit wird durch die ethnizistischen Ideologen des politischen Feldes nicht anerkannt. Zum Beispiel beschäftigt sich die einflußreiche Zeitschrift *Kangura* in ihrem Heft vom November 1990 mit der Arbeit der nationalen Synthese-Kommisssion, deren Bericht die Existenz einer "mehr als ein Jahrtausend" alten "Volks-Nation" bestätigen mußte[8]:

---

[5] Nach den Statistiken in der Lizentiatsfestschrift von J. M. V. Ruterana, 1987: 131-134.

[6] Übername aus dem Hirtenbereich, der bezeichnend für diese Diskriminierung ist.

[7] Der Autor hat nichts anderes publiziert: Es ist leicht, auf dem Gebiet des Kolonialrassismus ein Experte zu sein!

[8] *Kangura*, Nr.4, S. 21 (Auszug aus dem Kinyarwanda übersetzt). Über dieses offiziöse Organ siehe J.-P. Chrétien, 1991b.

"In der Geschichte (*mateeka*) Rwandas sind die Batwa (Pygmäoide) die ersten Ankömmlinge, die sich dem Jagen und Sammeln widmeten; danach sind die Bahutu (Bantus) angekommen, die den Wald rodeten, um Ackerbau zu betreiben, und die eine gesellschaftliche Organisation etablierten; zuletzt sind die Batutsi (Niloten, Äthiopiden) gekommen, die sich der Viehzucht widmeten. Warum will man unsere Geschichte ändern? Wer hat das Recht die Geschichte des Landes zu ändern?"

Wie man sieht, glauben bestimmte Kreise der öffentlichen Meinung Rwandas, das intellektuelle Leben ihres Landes in einem ideologisch rückschrittlichen Ghetto halten zu können, wie es Ende der Fünfziger Jahre existierte, als der Sekundarunterricht seinen Anfang nahm und der Unterricht der höheren Stufe noch gar nicht existierte. Diese Situation führt zu der Frage welche politische Kultur sich die rwandische Revolution zum Vorbild genommen hat.

Die "soziale Revolution" von 1959 bis 1961: Ihre Zweideutigkeit.

Vorbem.: In Rwanda wird die Tutsi-Monarchie gestürzt. Die Hutu-Mehrheit ruft (mit Unterstützung Belgiens) die Republik aus. 1962 wird Rwanda nominell unabhängig. Der Umsturz hat aber keine revolutionäre Erneuerung zu Folge, sondern nur eine Umkehrung der rassistischen Ideologie durch die in der Klonialzeit von den Europäern bewußtseinsmäßig erzeugten Ethnien.

Eine Reihe aufgetretener Widersprüche sind im Ausbruch und Ablauf dieser Revolution oft betont worden. Es findet der Umsturz eines "feudalen" Regimes statt, das auf den Ausschluß der Hutu von sozialem Fortschritt und politischer Verantwortung gegründet ist, und das mit dem Segen der Kolonisatoren, die dazu beigetragen hatten, diese Situation zu konsolidieren und sogar zu systematisieren. Die Rolle der belgisch-kongolesischen Truppen[9] und die der katholischen Kirche und ihrer Ausläufer ist bekannt. (Sie umfassen die Zeitschrift *Kinyamateka* und über ihre Druckerei die Trafipro-Kooperativen und daneben noch die Marienlegion und die belgischen christlichen Gewerkschaften) ist bekannt.[10] Die "Demokratie" wurde ein neues Karten-Ausgeben gegen den nationalen "Bolschewismus". Sicherlich sind die Aufstände von laToussaint 1959, die Gewalttätigkeiten der Wahlkampagne im Sommer 1961, die Vorgänge, die zur Staatspartei Parmehutu führten, und dann zu ihrem Sturz 1973, die Existenz von 120 000 Flüchtlingen seit der Unabhängigkeit unumgehbare Fakten: Aber hat Rwanda sein 1789 nicht erlebt? Macht man ein Omelette ohne die Eier zu zerbrechen? Dieses über dem Taufbecken der zuendegehenden Kolonisation geborene Regime sollte das Lieblingskind der belgischen technischen Hilfe und der NGO's werden, das zukünftige "Land der tausend Genossenschaften".

Nichtsdestoweniger, die Wege der Geschichte, wie jene des Herrn, sagt man, sind manchmal dunkel. Ein Kontext, der zur Polemik Anlaß gibt, ja sogar zur Verhöhnung, darf die schwerwiegenden sozialen Ursachen nicht vergessen machen, die in diese Explosion mündeten. Eine Gesamtgeschichte dieser Revolution muß noch geschrieben werden:[11] Strategien, soziales Leben, kultureller Horizont. Der Exotismus der geographischen und kulturellen Situation schien eine im wesentlichen ethnographische Identifizierung der

---

[9] In seinen Erinnerungen, 1988 veröffentlicht, macht der Colonel Ligiest überhaupt keinen Hehl daraus.

[10] Muangamfuta, 1987: 48-102; I. Linden, 1977: 220-281

[11] S. die hagiographische Zusammenstellung von D. Murego, 1975; die beinahe noch in heißem Zustand gemachte kritische Analyse von R. Lemarchand, 1970; das im November 1989 durch die Zeitschrift *Dialogue* veröffentlichte kritische und dokumentierte Dossier ("Die rwandesische Revolution. 30 Jahre danach.")

Beteiligten zu rechtfertigen, unter Vernachlässigung der neu entstandenen ideologischen Optionen, die im Fall einer europäischen Gesellschaft gewiß die Aufmerksamkeit der Beobachter mehr auf sich gezogen hätten.

Das Studium der Texte, der Slogans zur Mobilisierung, deren bezeichnenden Vokabulars und der Praktiken, die sie rechtfertigten, läßt eine Flugbahn hervortreten, die heute noch auf der Zukunft des Landes lastet, nämlich das frühzeitige rassistische Abdriften einer sozialen Bewegung.

Am Ausgangspunkt hatte der durch eine neue Hutu-"Mittelklasse" formulierte grundsätzliche Anspruch das bis dahin durch die Kolonialmacht verbürgte "feudal-rassistische" System und die Privilegien einer kleinen Tutsi-Elite im Visier. Der Gründungstext der Bewegung, das "Manifest der Bahutu" vom März 1957, der "den sozialen Aspekt der indigenen rassischen Frage" (Terminologie der damaligen Zeit) behandelt, prangert im wesentlichen das politische, sozioökonomische und schulische Tutsi- "Monopol" an.[12]

Aber schnell stellt sich das Projekt der *Demokarasi* mit dem Thema des Ausschlusses der Gesamtheit der Kategorie Tutsi aus der nationalen Gemeinschaft demagogisch und leidenschaftlich dar. In einer Rede, gehalten im September 1959 in Astrida bei einem gemeinsamen Treffen mit der Partei Aprosoma (association pour la promotion sociale de la masse), wo die Gründung der Parmehutu (Parti du mouvement pour l'émancipation des Bahutu) verkündet wurde, lieferte Grégoire Kayibanda sein Programm[13]:

"Unsere Bewegung bezieht sich auf die durch den Tutsi-Eindringling beleidigte, erniedrigte und verachtete Hutu-Gruppe. Wenn wir ihr einen Gefallen tun wollen, dann hören wir auf, sie mit Wortspielen zu verwirren... Viele fragen sich, was will Aprosoma sagen. Man antwortet ihnen, daß das "die Feinde des Mwami" sind, daß sie "ein Monster" ist, "das die Batutsi verschlingen wird" [...] Wir müssen die Masse aufklären, wir sind hier, um das Land seinen Eigentümern wiederzugeben; dies ist das Land der Bahutu (*gusubiza, igihugu bene cyo; ni icy' Abahutu*). Der kleine Mututsi ist mit dem großen hierhergekommen. Durch wen ist der Wald urbar gemacht worden? Durch Gahutu. Also!"

Und in einem Appell vom Mai 1960 sagte das Nationalkomitee des Parmehutu[14]:

"Ruanda ist das Land der Bahutu (Bantu) und all derer, Weißer oder Schwarzer, Tutsi, Europäer oder anderer Herkunft, die sich von feudalkolonialistischen Absichten befreien."

Man erlebt hier, Wort für Wort, die Umkehrung des hamitischen Diskurses: Vom Status der "überlegenen Rasse" verwandeln sich die Tutsi in eine "Minderheit der Eindringlinge", Ausländer in ihrem eigenen Land. Die "ethnische" Spaltung, Kennzeichen der früheren Ungleichheit, findet sich auf andere Art "fetischisiert" wieder. Die Revolution von 1789 in Frankreich hatte die Zu-"Stände" aufgehoben, die in Rwanda verstärkt sie unter Umkehrung der Vorzeichen. Man macht die doppelte, gegensätzliche Gleichung offiziell: Feudalherren = Tutsi = hamitische Rasse; Volk = Hutu = Bantus. Die soziorassistische Verwirrung wird angerichtet, sie wird umgepolt und nicht umgestürzt.

Wir sehen uns dem Thema der politischen Logik dieser Orientierung gegenüber. Man muß sich hier nach den Auswirkungen der Vorstellungen fragen, die von einem "wissenschaftlichen Ethnizismus"[15] (die der kolonialen Verwaltung verhaftete Ideologie)

---

[12] Nkundabagenzi, 1962: 20-29.

[13] S. Musangamfura, 1987: 70 (aus dem Kinyarwanda übersetzter Auszug).

[14] F. Nkundabagenzi, 1962: 252.

[15] Wie man in anderem Kontext von "wissenschaftlichen Sozialismus" sprechen konnte: in jedem

zu einem wahrhaftigen offiziellen "ethnischen Integrismus"[15] [Die Ideologie: Das gemeinsame und einzige Problem aller Hutu , von dem alle anderen Probleme herrühren, sind die Tutsi.] führen konnten. Ist das ideologische Abdriften dieser sozialen Revolution über einen unumgänglichen und legitimen Anspruch hinaus nicht dem schlecht erklärten aber durch die neue gebildete Schicht tief erlebten kulturellen Mißstand geschuldet? Der koloniale Paternalismus spielte in zweierlei Hinsicht eine Rolle: Durch das Zurückdrängen des früheren Bezugssystems durch eine massive Evangelisation und durch die Dürftigkeit der okzidentalen Werte, die auf Grundschul-Niveau verbreitet wurden. An was soll man sich binden zwischen ehemaligen Solidaritätsbezügen, die dabei sind, zu zerfallen, und neuen Solidaritätsbezügen, die noch in den Kinderschuhen stecken, wenn nicht an die rassistische Fahne, der erdichteten und während eines halben Jahrhunderts europäischen Protektorats so gut in Szene gesetzten "Tradition"![16]

Die Sackgassen des Regimes: Die II. Republik der "Volksmehrheit".

Mehr als dreißig Jahre nach dieser Revolution, eine Generation später, in einem umgewandelten Land mit zahlreichen Diplomanden hohen Niveaus, sollte man annehmen, daß sich die zentralen Themen des sozialen Lebens radikal geändert hätten. Das Auf-der-Stelle-Treten bei der "ethnischen" Wahnidee bedarf der Reflektion.

Fragen zum Thema der Gründung des Regimes.

Vorbem.: 1973 etablierte sich mit einem Putsch das Regime des Präsidenten Habyarimana, das nach seinem Tod mit dem Massaker von 1994 endete.

Der Sturz von Kayibanda's Parmehutu-Regime fand im Juli 1973 nach mehreren Monaten ethnischer Krise statt. Eine neuerliche Welle von Anti-Tutsi-Verfolgungen war ausgebrochen, besonders in den Schulen (gegen Schüler und Lehrer) und in den Büros. Man denunzierte die Tutsi als zu zahlreich, bezeichnete die aus gemischten Ehen hervorgegangenen "Mischlinge" (ibyimanyi) als "Hutsi"[17], als "Ethnienwechsler" (abaguze ubwoko), die sich einen Statuswechsel erhandelt haben: ein wahrhaftiges Apartheidgerede! Mißhandelte, manchmal getötete, vertriebene Leute, eine neue Welle Exilierter, ein Hirtenbrief der Bischöfe zur Fastenzeit klagt die Gewaltsamkeiten an. Man kann eine Verbindung mit den Massakern an Hutu 1972 in Burundi geltend machen, aber die "Spontaneität" dieser Hexenjagd ist fraglich. Wie Claudine Vidal[18] notiert:

"Es ist nicht leicht zu unterscheiden, ob Mitläufertum, ethnischer Rassismus oder einfacher Opportunismus die Hutu dazu veranlaßte, ihre Tutsi-Kollegen zu verfolgen. Eine Sache ist in jedem Fall sicher: Die Bewegung kam erst mit den mit Diplomen versehenen Kleinbürgern in Gang oder zu guten Aussichten. Sie griff nicht auf das Volksmilieu, d.h. auf die Bauernschaft, über. Wer manipulierte denn diesen ethnischen Haß: Die leaders vor Ort, um ein Sperrfeuer gegen ihre Rivalen zu entfachen, oder eher die letzteren, um zu demonstrieren, daß die Regierung unfähig ist, die Ordnung aufrechtzuerhalten?"

In der Tat, nach zahlreichen Zeugnissen von Leuten, die sich heute offen dazu äußern, wurde die Agitation durch Politiker und Intellektuelle aus dem Norden lanciert, unter der Hand unterstützt durch den Sicherheitsdienst, der damals von Alexis Kanyarengwe[19] geführt wurde, um den Leuten des Zentrums und des Südens (Präfekturen

---

Fall mehr ein Anspruch als eine Realität.

[16] J. P. Chrétien, 1979.

[17] Ein Spitzname, der in *Kangura* noch im November 1990 (S. 21) wieder verwendet wurde.

[18] C. Vidal, 1985: 168.

Gitarama und Butare), die als weniger "rein" in Hinsicht auf die Tutsi betrachtet wurden, die Macht streitig zu machen. Das politische Kalkül war, mehr noch als 1959-60, in der Strategie der ethnischen Spannung vorherrschend.

Das Ergebnis der Krise bestand im Rückgriff auf einen obersten Schiedsrichter, in der Person des Generals Juvenal Habyarimana, dem Gründer der II. Republik, der sich immer noch an der Spitze des Staates befindet. Er gewann dann in den Augen der Welt ein Ansehen als "gemäßigt", was in der Folge einige Beschwichtigungsmaßnahmen und einige Deklarationen über die Notwendigkeit, die ethnischen Querelen hinter sich zu lassen, zu bestätigen schienen. Bei jeder Krise schien sich diese Rolle des gemäßigten Schiedsrichters zu bestätigen.: 1980 gegenüber dem Komplott des Major Lizinde, der mit dem Prozeß gegen fünfhundert Extremisten im folgenden Jahr endete; dann 1985, mit einem neuerlichen Prozeß gegen Theonest Lizinde[20] und ein Dutzend anderer Verantwortlicher, die Ende 1970 in die Ermordung von 58 ehemaligen Anhängern Kayibanda's verwickelt waren. Diesmal handelte es sich darum, die "regionalistische" Spannung, die zwischen dem Norden und dem Süden des Landes grassierte, abzuschwächen, indem man die "Extremisten" eliminierte. Offen gesagt, diese "gemäßigte" Linie geht über die Kalküle des Opportunismus der jeweiligen Zeit hinaus, sie prägt das Bild ein, welches das Regime von sich gibt. Sie drückt die Zweiseitigkeit seiner Ideologie aus, nach außen die "Demokratie" zu beschreien und einen populistischen Paternalismus zu preisen.

Eine Regierung der "Entwicklung" und ihre Grenzen.

Unter der Rubrik "Entwicklung" präsentierte sich die Regierung der II. Republik quasi offiziell als unpolitisch: mehr eine Verwaltung von Angelegenheiten und Leuten als eine Politik. Das institutionelle Vokabular ist bezeichnend: Die Partei tituliert sich als "Revolutionäre nationale Bewegung für die Entwicklung", die Nationalversammlung ist ein "Nationaler Entwicklungsrat". Für die Kandidaten zu den Wahlen zur Legislative sind ihre Diplome, ihre Berufe, ihre Ethnie ausschlaggebend mit dem Resultat wahrer Honoratiorenlisten. Z. B. gab es 1981 unter 128 Kandidaten (für 64 Sitze) 17 Minister (alle gewählt), 12 Präfekten oder Unterpräfekten (6 gewählt), 30 Bürgermeister (an die Spitze der Gemeinden ernannt) (15 gewählt)...[21]. Die politische Situation Rwanda's war, verglichen mit derjenigen anderer afrikanischer Staaten der Jahre 1970-80, letztendlich von großer Banalität.

Im Dezember 1988 wurde der Präsident mit 99,8% der Stimmen wiedergewählt. Dieser Triumph wird als die natürliche Einmütigkeit einer "Regierung der Majorität", der "kleinen Leute", der "Masse" präsentiert: *rubanda nyamwinshi*. Wir werden auf dieses Konzept zurückkommen. Von Geburt an ist der Rwander, nach Artikel 7 der Verfassung von 1978, ein "politischer Aktivist" ("militant"), offizielles Mitglied der Einheitspartei. Das Staatswesen schloß Spaltungen [politische Fraktionierung der Bevölkerung] aus, indem es nur als natürlich beurteilte Klasseneinteilungen nach Ausbildung, Beruf und Geburt (die Ethnie) zuließ.[22]

---

[19] Ironie der Geschichte: Nachdem er sich als Denunziant eines gefährlichen Tutsi hervorgetan hat, ist der letztere gegenwärtiger Präsident der FPR geworden!

[20] Er hat sich auch der FPR angeschlossen, die ihn am 23. Januar 1991 aus dem Gefängnis von Ruhengeri befreite.

[21] J.-P. Chrétien & G. Le Jeune, 1986.

[22] Siehe z.B. die Beschreibung der Kandidaturen zu den Wahlen von 1981 in der offiziellen Zeitung *Imvaho* (Nr. 407-410, Dez. 1981 - Jan. 1982).

Dieser innere Monolithismus suchte nach außen eine Stärkung seiner Legitimation im dominierenden Bild von Rwanda: Jenes von einem gut geführten Muster-Land der "integrierten ländlichen Entwicklung", der "endogenen Entwicklung", eines "Bauern-Staates". Zusätzlich gab eine Reihe von Realitäten diesem Bild Gestalt.[23] Es ist normal, den Schwerpunkt auf die ländliche Welt zu legen, die 95% der Bevölkerung und zwei Drittel des BIP's stellt, und der Subsistenz von sieben Millionen Einwohnern mit schon einer mittleren Dichte um die 250 Einw./km² und einem jährlichen Wachstum von mehr als 3,5% den Vorrang zu geben, sowie sich um das Schicksal der mehr als eine Million Betriebe mit einer Fläche um ein ha zu kümmern, deren mittleres Jahreseinkommen Mitte der 80er Jahre bei 55 000 FRw (ungefähr 690 $) lag, davon nur 20 000 FRw in Geld.

Das gute Image Rwanda's spiegelte sich in der Bedeutung der externen öffentlichen und privaten Hilfe wieder. Mitte der 80er Jahre sind um hundert Projekte im Gange, die nahezu die Gesamtheit der 143 Kommunen betreffen. Zwischen 1963 und 1986 sind durch die internationalen Kooperationen 26 Milliarden FRw (ungefähr 325 Millionen $) aufgewendet worden. 1988 arbeiten nahezu 500 Entwicklungshelfer und nahezu 300 Freiwillige im Lande[24], offensichtlich zur gemeinsamen Zufriedenheit der nationalen Führung und der Entwicklungshelfer: Es herrscht die Überzeugung DIE Lösung gefunden zu haben. Das war vor der aktuellen "Enttäuschung". J. C. Willame schreibt in "La panne rwandaise"[25]:

"Kein afrikanisches Land zählt soviele Entwicklungshelfer, Freiwillige und Missionare pro Quadratkilometer. Ihr Diskurs über die Entwicklung ist ein Diskurs, der die "verdienstvollen Anstrengungen" der Machthaber vor Ort bestätigt und letzten Endes definiert, was gut für Rwanda ist [...], was die Rwander höflich bestätigen... Die internationale Entwicklungshilfe verhindert die lokalen Initiativen, infantilisiert die Bevölkerung, und nährt eine Hilfsempfängermentalität. Sie hält die Entwicklungshilfe-Ideologie aufrecht, um die Dauerhaftigkeit des Marktes zu garantieren."

Nun bricht aber 1989-90 eine schwere Hungersnot aus, besonders in der Präfektur Gikongoro: Um 20 000 Personen fliehen nach Tansania und Burundi. Die Katastrophe wird nach mehreren Monaten zugegeben. Dazu kommt der Kurssturz des Kaffees, der die Quelle von 80% der Exporterträge ist. Mit einer strukturellen Anpassung wird interveniert: Eine Abwertung von 40%, die schon im Mai 1990 vorgesehen war, wird im Oktober durchgeführt...

Handelt es sich einfach um ein Zusammentreffen von ungünstigen Umständen? Das ist die Meinung der belgischen NGO's und der "Freunde Rwanda's" in Belgien, welche nicht ohne Verlegenheit ausgedrückt wurde, wie diese zwei widersprüchlichen Passagen aus der Broschüre "Le Rwanda et maintenant?" zeigen, die im November 1990 von einem flämischen NGO-Kollektiv veröffentlicht wurde, um die Hilfe ihres Landes für Rwanda zu verteidigen[26]:

"Das Regime hat einen nicht zu vernachlässigenden Fortschritt auf den Gebieten der Entwicklung, der Demokratie und der Respektierung der Menschenrechte erfahren. [...] Man kann wohl von einem totalitären System reden, das die demokratische Evolution der rwandischen Gesellschaft blockiert hat, und die Glorifizierung einer einzigen Person instauriert hat, des Präsidenten."

---

23 Bézy, 1990; Guichaoua, 1989; Willame, 1990; Hanssen, 1989.

24 Von den 800 sind um die 300 Belgier, von denen um die 100 vor 1980 gekommen sind.

25 Willame, 1990, s. 66.

26 Coopibo, 1990: S.4 und 23.

Bei der Definition dessen, was er "die bäuerliche Ordnung des Hochlandes" nennt, identifiziert der Soziologe André Guichaoua sehr viel durchdringender eine unter dem populistischen Markenzeichen "ländlich" im Konservatismus und sozialem Konformismus blockierte Gesellschaft. Nicht zu vergessen ein durch die allmächtige katholische Kirche abgedeckter Moralismus: 1984 verlegen die Behörden in Mädchenlagern, die als zu freizügig beurteilt wurden, die Teilnehmerinnen; die Feindschaft der Kirche gegenüber künstlichen empfängnisverhütenden Mitteln grassiert weiterhin, generell wird das Stadtleben als ein Milieu der Verderbnis betrachtet.[27]

Mittlerweile wird diese "Ordnung" mehr und mehr eine Ideologie, eine mythische Sicht der Gesellschaft, die damit die wirklichen Veränderungen verbirgt. Die Mobilität ist viel höher als man behauptet, sie wird durch die Suche nach Geld gesteuert. Der Aufschwung des Handels ist Ende der 70er Jahre und Anfang der 80er besonders deutlich. Das Land modernisiert seine Ausrüstung: Straßen, Telefon, Elektrizität. Der ganze, offizielle oder irreguläre Verkehr ist im Aufschwung, der Schmuggel an den Grenzen ist intensiv. Die neue Lage beruht nicht nur auf dem Sinken des Kaffeepreises, sondern auch auf der Installierung des neuen ugandischen Regimes in Kampala 1986, das gegen den Schmuggel an der Nordgrenze Rwanda's kämpft.

In derselben Zeit wird die Gesellschaft ungleicher. Selbst auf dem Land spürt man die Auswirkungen davon: 16,5% der landwirtschaftlichen Betriebe haben mehr als 2 ha und sie bedecken 42,9% der kultivierten Oberfläche (mehr als 60% in der Präfektur Kigali). [Den im Allgemeinen auch schlechteren Rest müssen sich die übrigen 83,5% teilen.] Die neue Gesellschaft läuft dem Geld hinterher. Das Geschäftsfieber berührt auch das politische und militärische Milieu, wo sich viele Eigentümer von Lkw's finden, die zwischen dem Indischen Ozean und Zaïre zirkulieren.[28] Beziehungen bestehen zwischen Geschäftsleuten aus Kigali und Tutsi-Geschäftsleuten im Exil (in Kenia, Zaïre, Burundi). Eine neue bürokratisch-geschäftliche Bourgeoisie regiert das Land trotz ihrem ländlichen und moralischen Reden. Es taucht auch eine neue Unternehmergeneration auf, die lokale Industrien aufbaut. Die neuen Widersprüche sind in der Untersuchung von Fernand Bézy[29] gut dargestellt:

"Oft sind es die Beziehungen zum Regime, die, mehr als fachliche Kompetenz, eine neue Form pseudo-technokratischer Bourgeoisie haben entstehen und gedeihen lassen. Wenn man die Glücks- und Unglücksfälle der politischen Gunst verfolgt, läuft vor einem ein erschreckender Turnover dieser Bürger-Adligen ab. In drei Jahren hat eine solche hochgestellte Person nacheinander vier Funktionen ausgeführt: Verwalter der Pyrethrum-Fabrik von Ruhengeri, Generaldirektor der Sozialkasse von Rwanda, Präfekt von Kibungo und endlich nationaler Erziehungsminister: welche angenehme Unterschiedlichkeit, welche Garantie für Effizienz!...

Ohne verallgemeinern zu wollen, kann man annehmen, daß ein Teil der rwandischen Bourgeoisie einfach nur parasitär und Bezieher von Pfründen ist. Um bei der Wahrheit zu bleiben, trotz alledem reinvestiert eine Fraktion dieser Bourgeoisie einen Teil ihrer Einkünfte. Zahlreiche industrielle Aktivitäten waren ursprünglich Handelsoperationen [...]."

---

[27] A. Guichaoua, 1988 und 1989.

[28] Lkw's, die ironischerweise den Übernamen *Kimaranzawa* tragen, literarisch die "Hungerbeender".

[29] F. Bézy, 1990: 51.

Alles läuft also so ab, als ob der rwandische Staat die grundlegende koloniale Illusion verlängern wollte, die Illusion einer "sozialen technischen und wirtschaftlichen Planung", die darin besteht, die Erschließung zu sichern, wobei man noch die Gesellschaft in einem ihrer Kultur und ihren Traditionen "angepassten" "Gleichgewicht" erstarren läßt. Die systematische Mißachtung der Veränderungen und Widersprüche der realen Gesellschaft rechtfertigt es, einen politischen Pluralismus zu verweigern. Man wird sagen, dieser technokratische Diskurs des Staates ist im Afrika der Jahre 1970-1980 alltäglich, aber in Rwanda verbindet er sich mit einer gesellschaftlichen Ethnographie.

Die Aufrechterhaltung der "ethnischen Frage": Die Flüchtlinge und die Quoten.

"Der Hutu-Tutsi-Konflikt ist heute reichlich überholt", schrieb Anfang 1990 ein im Prinzip den rwandischen Realitäten aufgeschlossener Beobachter.[30] Nun, trotz der wiederholten Versicherung der "ethnischen" Transparenz in Rwanda, beherrschen fortwährend eine heuchlerische Deutlichkeit und viel Unausgesprochenes die zwei Probleme, die in der Tat die Spannung seit dreißig Jahren aufrecht erhalten haben: das der Flüchtlinge und das der Quoten.

Es gibt mehrere hunderttausend Flüchtlinge, die in die Aufnahmeländer der Region (Tansania, Burundi, Uganda) ungleichmäßig integriert sind, ohne von der Diaspora zu sprechen, die über die ganze Welt zersplittert ist. Die Zahlen werden stark angezweifelt: Eine halbe Million ist die von allen zugegebene Mindestzahl, man ist bis auf zwei Millionen gekommen. Wenn es Mitte der 50er Jahre[31] um 17% Tutsi gab, gegenüber 9% seit den 70er Jahren nach offiziellen Angaben, ist es eine einfache Rechnung, ausgehend von den 2,6 Millionen Einwohnern von 1959 und bei einer gleichmäßig im Land und bei den Flüchtlingen angenommenen Wachstumsrate würde sich gegenwärtig eine Gesamtzahl um 600 000 Exilierte ergeben.[32]

Die offizielle Antwort auf dieses menschliche Problem der politisch Exilierten ist unentwegt technokratisch gewesen. Es wäre unmöglich, erklärte man, sie aufzunehmen, wenn man die demographischen und den Boden betreffenden Zwänge sieht. In der Argumentation wird ihr Schicksal oft mit dem der "Wirtschaftsflüchtlinge" vermischt, indem man sie mit den Emigrierten der Jahre 1930-1950 zusammenbringt, die in großer Zahl (junge Hutu und Tutsi) nach Uganda arbeiten gegangen sind, um den spezifischen Zwängen des belgischen Systems zu entfliehen.[33] Der Bericht der "speziellen Kommission zu den Problemen der rwandischen Emigrierten", die im Februar 1989 durch die Regierung in Kigali geschaffen wurde, stellt im Mai 1990 eine wirtschaftliche Vorrangigkeit fest: Die Rückkehr sei möglich, wenn der Kandidat sicherstellt, daß er seine Bedürfnisse selbst bestreiten kann. Es dauerte nach den Oktober-Ereignissen bis zur Regionalkonferenz im Februar 1991 in Dar-es-Salaam, bis das moralische Recht der Flüchtlinge auf ihre rwandische Nationalität anerkannt wurde, das im Prinzip durch den Vertrag von Nsele im darauffolgenden März bestätigt wurde.

Der Umgang mit der "ethnischen" Erbschaft im Innern scheint auf den ersten Blick antinomisch zum Umgang mit der Flüchtlingsfrage zu sein: Stillschweigen über diese letzteren, Fetischisierung der Spaltung für die in Rwanda gebliebenen Tutsi. In der Tat

---

[30] F. Reyntjens, "La course à la terre", *Faim et développement*, Bulletin du CCFD, Nr.65, Januar 1990: 51.

[31] V. Neesen, 1956.

[32] Ein analoger Schluß findet sich bei A. Guichaoua, 1992: 16-19.

[33] J.-P. Chrétien, 1980.

sind diese beiden politischen Vorgehensweisen eng gebunden an den Willen, das, wenn man es so sagen kann, "Ausländertum" der Tutsi beizubehalten. Das "gleichgewichtig"[34] getaufte Verfahren der ethnischen Quoten besteht darin, für die Tutsi eine Rate von 9% in Schule und Beschäftigung festzulegen. Merkwürdigerweise wurde dieses System, das harmonisch sein wollte, mindestens bis 1989 praktisch niemals in den diesem Land gewidmeten Schriften der Jahre 1970-80 erwähnt, vielleicht wegen seines eher offiziösen und regelhaften als eigentlich legalen Charakters. Selbst heute wird es manchmal in gewissen Kreisen der "amis du Rwanda"[35] gerechtfertigt:

"Selbst wenn es auf Kritik gestoßen ist, so war doch das System der ethnischen Quoten für die Tutsi ein Fortschritt, der ihnen im Schulsystem und in der Verwaltung einen Platz entsprechend ihrer numerischen Bedeutung garantierte. Obwohl es auf den ersten Blick wenig sympathisch ist, hat das Quotensystem einwandfrei zur ethnischen Befriedung in Rwanda beigetragen."

Trotz seiner Abschaffung, die seit November 1990 veröffentlicht war, wurde das System in Rwanda fortgeführt, wobei es von Offiziellen und Intellektuellen auf eher zynische Art und Weise verteidigt wurde: Es zu kritisieren, ließe das anormale Bestreben der Tutsi erkennen lassen, es zu übertreten[36]:

"Wenn sich gewisse Rwander nicht für die von Natur aus Begabteren und Intelligenteren hielten, würden sie sich nicht der Gleichgewichtspolitik widersetzen, die entsprechend den elementaren Regeln der Verteilungsgerechtigkeit will, daß jede soziale Kategorie oder jede Region entsprechend ihrem demographischen Gewicht in der Gesamtheit der Gesellschaft dieselben Chancen wie die anderen erhält."

Eine erstaunliche Mischung von "Klarheit" und Tabu in dieser Kultur des "Überwachens und Aufteilens", wie Michel Foucault sagt. Selbst in Gesprächen ist es schwer, auf dieses Thema zu sprechen zu kommen. Das ihnen zukommende Gewicht hat die demographischen Statistiken in einem solchen Maße hochpolitisch gemacht, daß die "ethnischen" Ergebnisse der Volkszählung von 1978 geheim geblieben sind: ... Man kennt, z.B. für 1989[37], die Prozentzahlen nach regionaler und ethnischer Herkunft von jedem Ministerium und von jedem öffentlichen Großunternehmen und gewiß die Zugehörigkeit von jedem Beschäftigung Suchenden. Das erlaubt die "Ungleichheitsindices" zu berechnen, d.h. die Abweichung zwischen der in einem Beschäftigungssektor gegebenen Repräsentanz einer "Ethnie" und ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die Spitzfindigkeit der Berechnungen enthüllt eine archaisierende Sozialphilosophie, die mehr auf dem Primat des ererbten Status gründet, als auf dem freien Wettbewerb und den individuellen Verdiensten. Das gesellschaftliche Vorwärtskommen ist auf jedem schulischen Niveau und in jedem Beruf von rigiden Regeln und Verteilungsmechanismen eingekreist,[...]. Aber vor allem reproduziert sich diese Etikettierung von alleine im Herzen der neuen Generationen, da es keine anderen kulturellen oder geographischen

---

[34] Ein Begriff, der auf der Aufforderung zum Ungleichgewicht beruht, der die Tutsi dreißig Jahre früher privilegierte. In der Tat wurde das System in der II. Republik in dem Moment verstärkt, wo die Konkurrenz um die Plätze sich durch die wachsende Zahl der Diplome zugespitzt hatte. Das quasi totale Fehlen von Kadern direkt nach Beginn der Unabhängigkeit reduzierte damals dieses Problem auf die Kontrolle der Machtorgane.

[35] Coopibo, 1990: 4.

[36] Maniragaba Balibutsa, "Le mythe des fils de Gihanga ou l'histoire d'une fraternité toujours manquée?" in F. X. Bangamwabo et al., 1991: 73. Man könnte sich darüber wundern, daß der Autor die Geschlechter in den Regeln seiner Verteilungsgerechtigkeit vergessen hat.

[37] L. Uwizeyimana, 1991.

Bezugspunkte gibt, auf denen aufgebaut werden könnte. Sie hält eine Sündenbock-Kategorie aufrecht. Die Anwendung ist glücklicherweise nicht immer systematisch, aber die Quotenregelung ist wie ein Damoklesschwert, das "die Minderheit" zur Zurückhaltung auffordert.

Außerdem hat man seit einigen Jahren mit der Ausdehnung dieser Logik auf die regionale Herkunft eine Art Inflation dieser sozialen Arithmetik erlebt, wenn man die offensichtlich privilegierte Situation der aus den nördlichen Präfekturen (Ruhengeri und Gisenyi) Stammenden sieht. Das Problem entstand auf dem Kongreß des MRND seit 1986. Nach einem Artikel vom Mai 1991 in der katholischen Zeitschrift *Kinyamateka* sind 50% der zwischen 1981 und 1988 vergebenen Stipendien für Auslandsstudium an diese zwei Präfekturen gegangen.

Die Aufrechterhaltung der Hutu/Tutsi-Spaltung war nicht unausweichlich. Der Sturz der ehemaligen monarchischen Herrschaft und der Abzug der Kolonisatoren hätten mindestens einige Jahre nach der Revolution von der Beseitigung dieser Rassenmarkierungen begleitet werden können, die man uns nun in einem weiteren Zeitalter wieder antreffen läßt. Die II. Republik hat sie im Gegenteil konsolidiert. Mit der Reproduzierung derselben in der neuen Generation, im Geist und im beruflichen Leben der Jugend haben die Machtinhaber offensichtlich ein politisches Ziel verfolgt: Die Legitimierung der Behörden vor Ort als ihrem Wesen nach "demokratisch" wird als legitimatorische Basis für das Regime angesehen.[38] *Rubanda nyamwinshi*, die "Regierung der Mehrheit" (nach dem Verständnis der Hutu) garantiert für den Präsidenten, für die Partei MRND und die neue politische Elite eine automatische Majorität von 90%: eine starke Oligarchie im festen Bewußtsein ihrer Majorität. Nachdem man den Klientelismus bis an die Grenzen einer erblichen ethnischen Mitgliedschaft trieb, konnte diese Art von Ethnokratie davon träumen, sich eine Art Wahlrecht gegeben zu haben, das auf Ewigkeit gebunden ist.

1989 - 1990: Der "zerbrochene Spiegel"

Die Geschichte läßt sich niemals derart programmieren. Ein entscheidender Bruch ist im Schicksal dieses "Landes ohne Geschichte" eingetreten. Er ist seit 1989 feststellbar.

1989: Die Ereignisse.

Eine innere Opposition manifestiert sich, besonders mittels kleiner Zeitschriften, wie *Muranga* von Félicien Semusambi oder *Kanguka* von Vincent Rwabukwisi, die den Mißbrauch, die finanziellen Abzweigungen, die Kapitalflucht anklagen. Selbst der ehrwürdige *Kinyamateka* macht dabei mit.[39]

Ein neues Faktum ist: Die abgedroschene Hutu-Tutsi-Spaltung wird als überholt und weniger schwerwiegend als der reale soziale Graben betrachtet. Die städtische Gesellschaft vereinigt in der Tat Hutu und Tutsi im intellektuellen und ökonomischen Leben. Die neue Generation ist für neue Fragestellungen sensibel. Der Hutu Rwabukwisi arbeitet bei der Zeitung *Kanguka*, die von dem Tutsi Kajeguhakwa gegründet wurde. Im August

[38] Bezeichnende Anekdoten: 1982, am zwanzigsten Jahrestag der Unabhängigkeit, wurde der Colonel Logiest ausgezeichnet, die Ansprachen beharrten auf der Fortdauer der Tutsi-Bedrohung und ein öffentliches durch Koreaner organisiertes Spektakel führte den Sturz des "Herrn Tutsi" vor.

[39] Inhaftierungen und Prozesse gegen diese mutigen Journalisten nehmen immer mehr zu, wovon wir zwei Beispiele zitieren: Im März 1990, dann im Juli desselben Jahres und noch kürzlich Ende 1991, ohne von allen Arten der Behinderung ihres Drucks und ihrer Verteilung zu sprechen. Aber sie hielten bewundernswerterweise durch.

1990 fordert ein Manifest von 33 Intellektuellen verschiedener Herkunft eine Demokratisierung und die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft im MRND. Selbst der Bericht der nationalen Synthese-Kommission, der im September 1990[40] erstellt wurde, liefert eine maßvolle Analyse des ethnischen Problems im Herzen einer seit langem bestehenden "Volks-Nation".[41]

Trotz der durch die Quoten offizialisierten Ideologie entstehen Bande zwischen Hutu und Tutsi. Die detaillierten ethnischen Statistiken, deren Logik wir analysiert haben[42], zeigen im öffentlichen Dienst Anteile der Tutsi von 11-19%, allerdings ohne Präzisierung, was das Niveau der besetzten Stellen anbelangt. Bezeichnender ist die Tatsache, daß nicht ein einziger der 143 Bürgermeister Tutsi ist. Doch die Ausgrenzung geht eher von Regierungsseite aus, als von Seiten der bürgerlichen Gesellschaft. Die ideologische Marginalisierung hat einen widersprüchlichen Aspekt, wo sie durch die täglichen Realitäten aufgeweicht und dadurch flexibel, und für eine neue soziale Bewegung förderlich, umgangen wird. Das Tutsi-Schreckgespenst hat übers Ziel hinausgeschossen, als es die zutiefst politischen Antriebe der ethnizistischen Positionen hervorhob.[43]

Ein anderes neues Faktum: Kritische Äußerungen in Belgien über das rwandische Regime. Am 31. Oktober 1989 veröffentlicht *La Libre Belgique* einen Artikel (der sich auf Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Drogenhandel aus den quasi staatlichen Plantagen des Nyungwe-Waldes [...] bezog) mit dem Titel: "Rwanda. Die Republik ist dreißig Jahre alt. Eine unvollendete Revolution? Eine Atmosphäre des Herrschaftsendes." Die Krise Ende 1990 bringt andere belgische Kenner dieser Region dazu, vom "zerbrochenen Spiegel" zu reden und von der "rwandischen Panne".

1990: Das Eindringen der Inkotanyi.

Vorbem.: Es kann sein, daß mancher Leserin die vielen hier benutzten Begriffe in Banyarwanda auf den Keks gehen. Aber sie haben eine wichtige Funktion. Kein Mitglied der FPR würde seine Armee gegenüber einem Rwander jemals Nationale Befreiungs-Armee bezeichnen. Es ist wie viele andere ein Begriff der zum Gebrauch gegenüber Europa und den USA geprägt wurde. Gegenüber dem eigenen Volk werden völlig andere Begriffe und Paradigmen benutzt.

Der Angriff der Flüchtlinge, die Anfang Oktober 1990 von Uganda kamen, ist eine offensichtliche Tatsache. Aber die Interpretation seiner Auswirkungen und seiner Motive gibt Anlaß zu Streitigkeiten. Die eigentliche Darstellung dieser Rebellen erhält verschiedene Beleuchtungen, in der Hauptsache drei. Für Kigali sind sie "Feudale": Aggressoren, "die gekommen sind, ein Minoritätsregime zu installieren, das einen Feudalismus mit modernem Antlitz verkörpert" (Erklärung des Außenministers Casimir Bizimungu vom 8. Oktober). Ihr Kriegsname, den sie sich gegeben haben, *inkotanyi*, wird seinerseits auch diskutiert:

Weist er auf den großen König vom Ende des 19. Jahrhunderts, Kigeri Rwabugiri, hin, eine seiner Kriegsbarken zur Zeit einer Expedition auf dem Kiwu-See trug diesen Namen[44], oder bezeichnet er wohl auf banalere Weise "Streiter", erbitterte Verfechter einer Sache?[45]

---

[40] Die Kommission wurde vom Präsidenten bestellt um die Modalitäten der Demokratisierung zu beraten. Wir haben diese Passage schon weiter oben zitiert.

[41] "Vor-Projekt der nationalen politischen Charta", *La Relève*, 28. 12. 1990: 1-12.

[42] Siehe L. Uwizeyimana, 1991, schon zitiert.

[43] Rwanda ist in dieser Hinsicht überhaupt nicht exotisch: Es reicht schon zu betrachten, welche Rolle die Hilfestellungen der EG in der aktuellen Jugoslawienkrise gespielt haben.

Das Programm der patriotischen rwandischen Front (FPR) offenbart ein anderes Gesicht: Kampf gegen die Korruption, Abschaffung der ethnischen Diskriminierung, wirtschaftliche Modernisierung, wobei eine Industrialisierung angestrebt wird.[46] Diese Themen sind mehr für das politische Leben in Uganda charakteristisch, an dem die Anführer der patriotischen Front seit Jahren teilnahmen, als für den traditionellen Diskurs des "ländlichen" Rwanda.

Trotz einiger verbündeter Hutu, Dissidenten des Regimes in Kigali, besteht die große Masse der *inkotanyi* aus Exilierten der zweiten Generation, die vorwiegend aus Uganda kamen. Ihre Verbindung zu Museveni stammt von 1984, als dieser einen bewaffneten Widerstandskampf im Westen des Landes eröffnete. Die Tutsi-Flüchtlinge schlossen sich diesem in Massen an, weil er ihnen eine Hoffnung gegenüber der blutigen Tyrannei des Obote-Regimes bot. Man denke daran, daß jener Ende 1982 die Flüchtlingslager angreifen und plündern ließ[47], wobei 45 000 von ihnen gezwungen wurden, in ihr eigenes Land zu fliehen, wo sie in Mutara zusammengepfercht wurden, und tausende andere flohen nach Tansania. Die Hoffnungslosigkeit und die Suche nach neuer Würde brachten die jungen Flüchtlinge dazu sich der NRA (National Resistance Army) anzuschließen. Der Traum von der gewaltsamen Rückkehr in ihr Land ist die Verlängerung dieser Erfahrung.

Der Ethnizismus als politische Option.

Die bewaffnete Rebellion vom Oktober 1990 und die Repression, die folgte, konnten nur die üblichen Gewalttätigkeiten zur Folge haben, denen die belgischen Presse besonderes Echo gab: Das Blutbad von Mutara (in der Kampfzone) von Mitte Oktober führte zu einer neuen Flüchtlingswelle (7 000 im Lager Nakivale im Norden der Kagera, 1991); die maßlose Durchkämmung, die auf die "verrückte Nacht" folgte (vom 4. auf den 5. Oktober), "im Verlauf derselben die rwandische Armee, in Panik, in die Luft schoß und auf alles, was sich bewegte, [...] ohne daß man auch nur flüchtig einen dieser mysteriösen Tutsi-Eindringlinge gesehen hätte"[48], und die sich auf das ganze Land ausbreitete; bis zum Zeitpunkt ihrer Befreiung im April 1992 betrug die Zahl der als verdächtig oder wegen ihrer ethnischen, familiären oder regionalen Zugehörigkeit inhaftierten Personen um die 8000.

Dieses Wiederaufleben ethnischer Spannung war unausweichlich. Wenn der Angriff der FPR die Existenz eines unterschätzten Problems wieder ins Bewußtsein rückte, so hat sie auch den perversen Effekt gehabt, auch seine Lösung schwieriger zu machen. Aber die relative Marginalisierung der Aufstandsbewegung in der Vulkanregion, der Waffenstillstand von Nsele im März 1991, der internationale Druck mit dem Ziel der Freilassung (Stopp der Prozesse nach Januar 1991) und die Hilfeleistungen, von denen er begleitet wurde (besonders die Frankreichs), mündeten nicht in einer wirklichen Öffnung des Regimes in Kigali, in einer Anstrengung politischer Einfallskraft analog derjenigen, die sich erfreulicherweise in Burundi nach der Krise vom August 1988 gezeigt hat. Dafür hat sich trotz des schwierigen Kontextes die demokratische Opposition erweitert und ihre Kritik an den perversen Auswirkungen des von der Regierung betriebenen Ethnizismus vertieft.

---

[44] A. Kagame, 1975: 50.

[45] I. Jacob, 1987: 274.

[46] Siehe *La Libre Belgique*, 13./14. Oktober 1990.

[47] Obote klagte sie pauschal an, das Regime Amin unterstützt zu haben und das Lager seiner Opponenten zu fördern: Die Vaterlandslosen geben immer gute Sündenböcke ab.

[48] A. Peeters & J. C. Willame, 1990: 57. "Eine durch die Regierung angeordnete Vergiftungsaktion" nach *Le Soir*, 9. 10. 1991.

Das Regime in Kigali, das vor der Krise im Oktober 1990 in Schwierigkeiten war, versuchte wirklich die öffentliche Meinung wieder auf dieser fanatischen Linie zu mobilisieren, indem es auf entnervende Weise die Tutsi-Gefahr anprangerte, um die "automatische Mehrheit", über die wir weiter oben sprachen, wiederherzustellen. Der Prozeß der Demokratisierung, der seit Juli 1990 in Gang gekommen war und sich, ob erwünscht oder nicht, 1991 beschleunigte (Annahme einer neuen Verfassung im Juni, Entstehen von einem Dutzend politischer Parteien, Blüte kleiner Zeitungen, Abhalten von Meetings ...), offenbarte die Dynamik der inneren Opposition, vor allem Hutu-Opposition, die sich nichts mehr vormachen läßt, was die Führung des Landes, die Demokratisierung und den inneren Frieden <paix civil> anbelangt. Der im Oktober 1991 ernannte Premierminister, M. Sylvestre Nsanzimana, brauchte zwei Monate, um eine MRND-Einparteienregierung zu konstituieren. Die führenden Oppositionsparteien (Mouvement Démocratique Républicain, Parti Libéral und Parti Social-Démocrate) haben am 17. November 1991 und am 8. Januar 1992 in Kigali Kundgebungen mit um 30 000 Teilnehmern gegen die Aufrechterhaltung des Einflusses der alten Einheitspartei auf das öffentliche Leben, die Verwaltung und das Informationswesen organisiert. Der Präsident mußte 1992 zurücktreten, um eine Übergangsregierung zu bilden, die zur Hälfte mit Mitgliedern der Opposition besetzt war und von Dismas Nsengiyaremye von der Partei MDR geleitet wurde.

Es ist bezeichnend, daß seit zwei Jahren die Zusammenstöße zwischen Hutu und Tutsi weit davon entfernt waren, sich auf spontane Weise zu verallgemeinern, wie mehrere Beobachter das vorhergesagt hatten, sondern jedesmal durch administrative, militärische und lokalpolitische Instanzen provozierte Vorfälle waren. Es handelt sich dabei um das Massaker von Kibirira in der Präfektur Gisenyi (Mitte Oktober 1990), das Massaker an den Bagogwe in der Präfektur Ruhengeri (Januar 1991), die schweren Zwischenfälle in Kanzenze nahe Kigali (Oktober 1991) und in Murambi im Südosten von Byumba (November 1991), und am Ende die Tutsi-Massaker am Bugesera (Anfang März 1992), die durch eine von Radio Kigali ausgestrahlte Falschmeldung ausgelöst wurden. Es sind weniger die "Furcht vor den Tutsi" als die Provokationen lokaler "Aktivisten" (besonders der "Jugend" der MRND, die *Interahamwe*), die diese Gewalttätigkeiten erklären.

Die rwandische Bevölkerung stellt nach dreißig Jahren Hutu-Regierung fest, daß ihre Schwierigkeiten nicht den Tutsi, sondern einem politischen Regime geschuldet sind. Die Gewalttaten zielen außerdem auch auf Hutu-Oppositionelle: Inhaftierung von Journalisten, politische Morde und offene Drohungen der Armee[49], die im Dezember 1991 einen Prozeß à la togolaise sehr befürchten lassen. Das Jahr 1992 hat diese Entwicklung bestätigt: die Kraft der Protestveranstaltungen der MDR (Nachfolger des Parmehutu!) gegen das Blutbad von Bugesera im März[50] und das Treffen zwischen innerer Opposition und FPR in Brüssel Anfang Juni 1992 geben ein vielversprechendes Bild von der Reife der öffentlichen Meinung in Rwanda.

Auf der entgegengesetzten Seite wird seit Oktober 1990 die ethnizistische Option durch die Zeitschrift *Kangura* ideologisch in Szene gesetzt, die sich hervortut durch offen rassistische Anprangerung der Tutsi, durch den Aufruf zur Anzeige von *inkotanyi*, die einheitlich als *inyenzi* ("Kakerlaken") behandelt werden, wie in der Propaganda um 1960, und deren "Komplizen" (*ibyitso*) auf überaus dehnbare Weise definiert werden. Sie tut

---

[49] Eine Armee, deren Stärke sich in weniger als zwei Jahren verfünffacht hat und deren Führungskräfte eine Entwicklung à la zaïroise befürchten läßt.

[50] Kommuniqué vom 11. März 1992: "Stoppt das Massaker an Unschuldigen" (Kigali, *MDR Express*, Nr. 5).

sich weiter hervor, durch Aufrufe zu einer Politik der Apartheid[51] und die Unterhaltung von Phantasmen über den Willen der "Nilo-Hamiten" zur universellen Herrschaft, die befremdlich an die antisemitische Propaganda erinnern.[52] Nun, diese Zeitschrift, die als unabhängig dargestellt wird, ist den Farben der Machtinhaber sehr nahe, wenn man ihren Einfluß auf die Zusammensetzung der Einparteienregierung im Februar 1991[53] sieht und die Nähe ihrer Äußerungen zu denen, die Radio-Rwanda verbreitet, besonders die in Kinyarwanda bis März 1992, oder die Nähe zu der Tonart des *Weißbuches* von Januar 1991. Selbst was die schwierige Flüchtlingsfrage anbelangt, haben die Klischees überdauert. Im Juni 1991, während des afrikanischen Gipfels von Abuja, in Nigeria, erklärt der Präsident Habyarimana persönlich mit diesen Original-Ausdrücken die Herkunft der 600 000 Exilierten (Hervorhebungen im Text von J.-P. Chr.):

"Die Rwander, die Ende der 50er Jahre aus ihrem Land geflohen sind, in der Folge des Kampfes des Rwandischen Volkes für die nationale Unabhängigkeit und die Errichtung eines republikanischen Systems [...] und die massive Ablehnung des feudal-monarchistischen Systems, das hat *das Exil der Würdenträger und ihrer Sympathisanten* ausgelöst, die dazu entschlossen waren, von außen einen bewaffneten Kampf gegen das junge republikanische System zu organisieren."

Die "Bewußtseinsbildung" als Hutu ist manipuliert, heute aber nicht als gesellschaftliche Verteidigung, sondern als eine Art und Weise, die Massen zur Legitimierung eines politischen Regimes zu mobilisieren.

Die These von Kigali ist die einer ständigen Aggression, mal von innen, mal von außen, die die Hilfe aus dem Ausland rechtfertigt, besonders die französische Militärintervention, die seit Oktober 1990 mehr als jemals zuvor gegenwärtig ist. Das Regime, das im Innern in Schwierigkeiten war, schien 1991 das Risiko einer allgemeinen regionalen Destabilisierung einzugehen, in der Hoffnung, damit die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das Ausmaß der Waffenimporte (und ihres Wiederverkaufs auf dem Markt: Granaten, Minen ...) machten aus diesem Land ein Pulverfaß. Es ist erstaunlich, daß in Rwanda und im Ausland gewisse für die Politik dieses Landes Verantwortliche nicht das Risiko sahen, daß Rwanda das Schicksal Liberias oder Somalias erleiden könnte.[54] Innerhalb des bekannten demographischen und wirtschaftlichen Kontextes ist die rassistische Ideologie, die auch weiter die Strategie der Präsidenten-Fraktion in Rwanda bestimmt, besonders explosiv. Noch mehr als in anderen afrikanischen Fällen muß man also den Ethnizismus als eine politische Option betrachten, die es gestattet, die Demokratie zu umgehen. Diese bedeutet im vorliegenden Fall nicht das ererbte Recht der größten Anzahl, sie bedeutet auch die Respektierung der Minderheiten und, noch grundlegender, das Anstreben einer Pluralität der Vorstellungen. Das Interessanteste am Fall Rwandas liegt in der Kluft, im eigentlichen Zwiespalt, der in der letzten Krise sichtbar wurde, zwischen der Entwicklung der Gesellschaft auf allen Ebenen und der Fixierung der Machthaber auf eine quälende Wiederholung der dreißig Jahre alten ethnischen Anschuldigungen. Aber ist die

---

[51] Siehe "Die zehn Gebote für Hutu", veröffentlicht im Dezember 1990, aber auch viele andre Artikel sind von demselben Gift inspiriert (siehe J.-P. Chrétien, 1991b).

[52] Z. B. in der Nr. 4 vom November 1990, "Der Plan der Tutsi-Kolonialisierung am Kiwu und in der Zentralregion Afrikas", ein Machwerk würdig den Protokollen der Weisen von Zion, das ohne Zweifel in dieser Anti-Tutsi-Propaganda wiederaufgegriffen wird.

[53] Daher rührt der humoristische Ausspruch der Zeitschrift *Libertés d'Afrique* (April 1991), nach welchem diese Regierung auf "journalistische Anordnung" von *Kangura* gebildet wurde.

[54] Siehe J.-P. Chrétien, 1991a.

Konfrontation der ethnisch genannten Identitäten in diesem Land nicht immer in engem Zusammenhang mit politischen Ambitionen gestanden?

Literatur

Bangamwabo, François-Xavier et al., 1991, *Les relations interethniques au Rwanda à la lumière de l'agression d'octobre 1990. Genèse, soubassements et perspectives*, Ruhengeri, Editions universitaires du Rwanda.

Bézy, Fernand, 1990, *Rwanda. Bilan socio-économique d'un régime. 1962-1989*, Louvain-la-Neuve, Institut des pays en développement.

Chrétien, Jean-Pierre, 1976, "Les fratricides légitimés", *Esprit*, Dezember, S. 822-834.

Chrétien, Jean-Pierre, 1977, "Les deux visages de Cham: points de vue français du XIXe siècle sur les races africaines d'après l'exemple de l'Afrique orientale", in: *L'idée de race dans la pensée politique française contemporaine*, hrausgegeben durch P. Guiral un E. Témime, Paris, Editions du CRNS, S. 171-199.

Chrétien, Jean-Pierre, 1979, "Eglise, pouvoir et culture. L'itinèraire d'une chrétienté africaine", *Les quatres fleuves*, X, 2, S. 33-55.

Chrétien, Jean-Pierre, 1980, "Les migrations du XXe siècle en Afrique orientale. Le cas de l'émigration des Banyarwanda et des Barundi vers l'Uganda", in: *Les migrations internationales de la fin du XVIIIe siècle à nos jours*, Paris, CNRS.

Chrétien, Jean-Pierre, 1985, "Hutu et Tutsi au Rwanda et au Burundi", in: *Au coeur de l'ethnie*, édité par J. L. Amselle et E. M'bokolo, Paris, La Découverte, S. 129-165.

Chrétien, Jean-Pierre, 1991a, "Les racines de la violence contemporaine en Afrique", *Politique africaine*, Nr. 42, Juni, S. 15-27.

Chrétien, Jean-Pierre, 1991b, "«Presse libre» et propaganda raciste au Rwanda", *Kangura* et "Les 10 commandements du Hutu", *Politique afriquaine*, Nr. 42, Juni, S. 109-120.

Chrétien, Jean-Pierre und G. Le Jeune, 1986, "Elections et sociologie politique. Note sur les législatives de 1981 et 1982 au Rwanda et au Burundi", *Revue Tiers-Monde*, Nr. 106, S. 331-338.

Chrétien, Jean-Pierre, A. Guichaoua und G. Le Jeune, 1989, La crise d'août 1988 au Burundi, *Cahiers du CRA*, Nr. 6, Paris, AFERA-Karthala.

Communauté rwandaise de France, 1990, *Memorandum sur la crise politique actuelle au Rwanda*, Paris.

Coopibo et al., 1990, *Le Rwanda, et maintenant?*, Bruxelles.

D'Hertefelt, Marcel, 1971, *Les clans du Rwanda ancien. Eléments d'ethnosociologie et d'ethnohistoire*, Tervuren, Musée royal d'Afrique centrale.

Grands lacs, 1950, Nr. 135 (numéro special du cinquantenaire de l'évangélisation), Namur.

Guichaoua, André (dir.), 1986, "L'Afrique des Grands lacs", *Revue Tiers-Monde*, Nr. 106, Paris.

Guichaoua, André, 1988, "Conservation sociale et émergence contrainte des centres urbains dans les Etats-paysans des hautes terres centrales", *Espace, populations, sociétés*, 2, S. 245-260.

Guichaoua, André, 1989, *Destins paysans et politiques agraires. I. L'ordre paysan des Hautes terres centrales*, Paris, L'Harmattan.

Guichaoua, André, 1992, *Le problème des refugiés rwandais et des populations banyarwanda dans la région des Grands lacs africains*, Genève, HCR, Lille, Université de Lille 1.

Hanssen, Alain, 1989, *Le désenchantement de la coopération. Enquête au Pays des mille coopérants*, Paris, L'Harmattan.

Harroy, Jean-Paul, 1984, *Rwanda. De la féodalité à la démocratie. 1955-1962*. Brüssel, Hayez.

Jacob, Irénée, 1987, *Dictionnaire rwandais-français de l'Institut national de recherche scientifique*, 3. Band, Kigali, imprimerie scolaire.

Kagame, Alexis, 1975, *Un abrège de l'histoire du Rwanda de 1853 à 1972*, Butare, Editions universitaires du Rwanda.

Lacger (de), Louis, 1959, *Rwanda*, Kabgayi.
Lemarchand, René, 1970, *Rwanda and Burundi*, New York, Praeger.
Linden, Ian, 1977, *Church and Revolution in Rwanda*, Manchester University Press.
Logiest, Guy, 1988, *Mission au Rwanda. Un Blanc dans la bagarre Hutu-Tutsi*, Brüssel, Hayez.
Maquet, Jacques-J., 1954, *Le système des relations sociales dans le Rwanda ancien*, Tervuren, MRCB.
Maquet, Jacques-J., 1957, *Le Rwanda. Essai photographique sur une société africaine en transition*, Brüssel, Elsevier.
Mbonimana, Gamaliel, 1981, *L'instauration d'un royaume chrétien au Rwanda (1900-1931)*, Louvain-la-Neuve, thèse.
Ministère de l'Intérieur (République rwandaise), 1986, *Rapport d'activité 1984*, Vervielfältigung, Kigali.
Mugabo, Manassé, 1992, "L'absurdité de l'ethnisme à la rwandaise", *Dialogue*, Nr. 151, Kigali, S. 3-7.
Murego, Donat, 1975, *La révolution rwandaise. 1959-1962*, Louvain, Publications de l'Institut des sciences politiques et sociales.
Musangamfura, S., 1987, *Le parti MDR Parmehutu. Information et propagande. 1959-1969*, Mémoire de licence, Ruhengeri.
Mworoha, Emile, 1977, *Peuples et rois de L'Afrique des lacs*, Dakar, Nouvelles éditions africaines.
Neesen, Victor, 1956, "Aspects de l'économie démographique du Ruanda-Urundi", *Bulletin de l'I-RES*, Louvain, S. 473-504.
Newbury, Catherine, 1988, *The Cohesion of Oppression. Clintship and Ethnicity in Rwanda, 1860-1960*, New York, Columbia University Press.
Nkundabagenzi, Fidèle, 1962, *Rwanda politique. 1958-1960*, Brüssel, CRISP.
Nkurikiyimfura, Jean-Népomucène, 1986, *Le gros bétail et la société rwandaise. Evolution historique des origines à 1958*, Paris, thèse, Université de Paris 1.
Ntezimana, Emmanuel, 1987, "Histoire, culture et conscience nationale: le cas du Rwanda des origines à 1900", *Etudes rwandaises*, I, 4, Juli-Sept., S. 462-497.
Pagès, A., 1935, *Un royaume hamite au centre de l'Afrique*, Brüssel, IRCB.
Paternostre de la Mairieu Baudouin, 1972, *Le Rwanda. Son effort de développement*, Brüssel, A De Boeck.
Peeters, Anne & Willame, J. C., 1990, "Rwanda, miroir brisé", *Revue nouvelle*, Dezember, S. 53-58.
Piron, M., 1948, "Les migrations hamitiques", *Servir*, IX, 6, S. 280-283.
Republique rwandaise, 1991, *Livre blanc sur l'agression armée dont le Rwanda a été victime à partir du 1er octobre 1990*, Kigali.
"Révolution rwandaise trente ans après", 1989, *Dialogue*, Nr. 137 (Sonderheft).
Reyntjens, Filip, 1985, *Pouvoir et droit au Rwanda. Droit public et évolution politique, 1916-1973*, Tervuren, MRAC.
Ruterana, Jean-Marie Vianney, 1987, *Le groupe scolaire de Butare*, Mémoire de licence, Ruhengeri.
Uwizeyimana, Laurien, 1991, "L'équilibre ethnique et régional dans l'emploi", *Dialogue*, Kigali, Nr. 146, Mai-Juni, S. 15-31.
Vidal, Claudine, 1973, "Colonisation et décolonisation du Rwanda: la question tutsi-hutu", *Revue française d'études politiques africaines*, Nr. 91, Juli, S. 32-47.
Vidal, Claudine, 1974, "Economie de la société féodale rwandaise", *Cahiers d'études africaines*, 14, 1, S. 52-74.
Vidal, Claudine, 1985, "Situations ethniques au Rwanda" in: J. L. Amselle und E. M'bokolo (Hg.), *Au coeur de l'ethnie*, Paris, La Découverte, S.167-184.
Watson, Catherine, 1991, *Exile from Rwanda. Background to an invasion*, US-Committee for Refugees.
Willame, Jean-Claude, 1990, "La panne rwandaise", *La revue nouvelle*, Dezember, S. 59-66.

TIERRECHTRANDALE IN DER ENGLISCHEN PROVINZ. EIN KAFF MIT EINEM HERZ FÜR TIERE.

Unsere GenossInnen der Zeitschrift »Aufheben« könnten einen besseren Bericht schreiben als ich; es handelt sich um Ereignisse fast vor ihrer Haustür - vielleicht werden wir noch was hören. Ich hingegen kann euch nur was aus den Zeitungen zusammenschreiben, als Vorgeschmack einer detaillierteren Geschichte.

Jedenfalls, über mehrere Nächte der ersten Januarwoche hinweg, begaben sich mehrere hundert Bürger und Bürgerinnen der Kleinstadt Shoreham an der Südküste auf die Straße, um gegen den Export von Kälbern und Schafen zum europäischen Festland zu protestieren. Begleitet von DemonstrantInnen aus dem naheliegenden Brighton und anderswo, versuchten sie die LKW-Konvois zu blockieren. Gewalt brach aus, Windschutzscheiben wurden mit Hammern zerschlagen, Steine wurden geworfen, die Bullen schlugen um sich. Über die ersten 2 Tage konnten die LKWs erfolgreich zurückgedrängt werden. Nach der zweiten Nacht war es soweit, daß die Regierung ca. tausend Polizisten rankarrte, um die Konvois zu schützen bzw. die Stadt und die Hälfte der Grafschaft drumherum militärisch zu besetzen. Seither gehen die Proteste in Shoreham weiter bzw. sie breiten sich aus. In Swansea, Prestwick, Grimsby und Plymouth stehen Leute vor den Toren der Häfen oder Flughäfen.

Offensichlich sind diese Ereignisse nur ein weiterer Beweis für die Vorliebe der exzentrischen Briten für Tiere. The Queen, cricket, afternoon Tea, nächtliche Prügeleien mit den Bullen - alles klar?

Der Export noch lebender Tiere zu den FleischkonsumentInnen des Festlandes ist in GB sehr unpopulär. Mehrmals hat das Auftauchen von LKWs aus GB in anderen EG-Ländern, vollgestopft mit durstigen, zur Hälfte wegen der langen Fahrt toten Tiere, Skandale in der britischen Presse ausgelöst. Die Fährfirmen mußten ihre Kooperation mit dem Handel einstellen, nachdem "hunderttausende" ihrer KundInnen Protestbriefe schrieben; sie fürchteten, die KundInnen würden eher den Tunnel benutzen, als weiterhin die leidenden Tiere sehen zu müssen. Jetzt haben die Fleischhändler ihre eigene Exportfirma gegründet und mieten eigene Flugzeuge und Boote, falls ein Flughafen oder Hafen (Platz muß nur für ein Boot sein) sich bereit erklärt, was immer seltener wird. Das Flugzeug, das kurz vor Weihnachten mit dem Tod der 5-Mann Besatzung in Coventry zu Boden stürzte, war ein solches Fleisch-Mietflugzeug. In Coventry hatten Proteste stattgefunden, aber es gibt keinen Sabotageverdacht. Zweieinhalb Millionen Tiere werden jedes Jahr exportiert, mit einem Gesamtwert von mehr als 200 Millionen Pfund.

Besonders unangenehm und unpopulär ist die Behandlung der Kälber, aus denen »veal« produziert wird. Dieser Begriff wird von meinem Wörterbuch einfach mit Kalbfleisch übersetzt, aber es ist nicht nur totes Kalb. Das Kalb wird seiner Mutter einen Tag nach der Geburt weggenommen und lebt danach eingeschlossen in einer schmalen Kiste,

wo es kein Licht und eine Sonderdiät bekommt. Die Kiste hat keinen richtigen Boden, sondern nur Latten. Das Kalb kann kaum aufstehen, geschweige denn laufen. Das Ergebnis solcher Methoden ist besonders helles Fleisch. Diese Praktiken sind seit 1990 in GB verboten, sind aber anderswo in der EG legal. Das heißt also nur, daß britische Landwirte, einschließlich des Ministers für Landwirtschaft persönlich, ihre Kälber an Exportfirmen verkaufen, die dann die Tiere am Festland quälen dürfen, vor allem in Italien, Frankreich und Holland. Dieses inhumane System motivierte hunderte ShorehamerInnen, sich vor LKWs zu werfen. Auch der erhöhte Verkehr durch die Stadt hat sie aufgeregt. Die Zeitungen sind sich darüber einig, daß die Mehrheit der DemonstrantInnen EinwohnerInnen waren.

Die Besetzung des Kaffs durch die Polizei, mit der dazugehörenden Gewalt, hat viele EinwohnerInnen schockiert. Zitat eines Buchhalters: »Jetzt weiß ich, wie ein Polizeistaat sich anfühlt. Die Polizisten wollten eine Randale. Sie sind für den ganzen Krach verantwortlich.« Er wird vielleicht wenig Sympathie z.B. von der Bevölkerung der Bergbaureviere bekommen, die schon vor 10 Jahren unter polizeilicher Besatzung bzw. Terror litten, während Shoreham weiterhin Thatcher brav gewählt hatte. Allerdings werden die ravers und travellers sich freuen, ihren Eltern zeigen zu können, worüber sie die ganze Zeit reden.

In der Tat haben die Ereignisse in Shoreham Auswirkungen auf die Criminal Justice Act-Kampagne (CJA). Sie werden zu einem Test der Auseinandersetzung. Im letzten Herbst ist im naheliegenden Brighton schon die Szene einer CJA-motivierten Massenbesetzung bzw. Räumung gewesen. Ich bin nicht sicher, ob die Bullen die CJA in Shoreham groß benutzt haben, aber ihre Taktiken - Straßenabsperrungen, Versammlungsauflösungen - sprechen dafür. Shoreham entlarvt die Natur der CJA - den Ausbau der Staatsmacht, Maßnahmen, die gegen alle möglichen Leute eingesetzt werden können. Aber die DemonstrantInnen, die die anfänglich deutlich in der Minderheit befindlichen Bullen überrascht haben, beweisen, daß letztendlich auch das CJA keine genügend motivierte und aufgebrachte Menge stoppen kann.

Ich kann leider nicht viel über Shoreham selbst sagen. Ich war nie dort und hätte das nie bereut, wenn die Demos nicht stattgefunden hätten. Das Verhältnis mit dem Nachbar, der kleinen Großstadt Brighton, muß Shoreham etwas prägen. Die Grafschaft, West Sussex, ist laut »Independant« eine Hochburg der Tierrechtsbewegung. Neben mehreren anständigen Organisationen, informiert diese Zeitung uns konspirativ, haben die »Extremisten« der »Animal Liberation Front« und der »Justice Department« eine starke Basis in wilden West Sussex. Auch die örtliche Kommunalverwaltung hat sich gegen den Handel ausgesprochen, aber in GB wird alles in London entschieden. Die Protestierenden wollen jetzt eine »Guerilla Taktik« einsetzen (Mobiltelefon und CB-Radio, die Konvois aus dem Hinterhalt überfallen usw.). Obwohl die Demos in Shoreham andauern (am 12. Januar standen immer noch 150 Leute dort rum), ist mir nicht klar, wieviele der »Massenbasis« der EinwohnerInnen weiter teilnehmen, oder erstmal eingeschüchtert sind. Interessant sind diese Ereignisse für uns aber, weil sie (anscheinend) aus dem Nichts kamen und viel Kraft dahinter steckt.

Ein Zitat hat mir besonders gefallen. Vor dem Flughafen in Swansea hat der »Independant« mit Bob, einem LKW-Fahrer, gesprochen. Er trug ein »TransportarbeiterInnen gegen die Nazis« Abzeichen und beschrieb den Tag, an dem er auch zum Demonstranten wurde. »Es ist mir eingefallen, als ich Schafe nach Frankreich brachte. Ich habe einfach die LKW-Tür aufgemacht und ließ hunderte Schafe auf dem Kai von Le Havre laufen. Ich bin bereit, festgenommen zu werden, wenn es sein muß.«

Für die Tierrechtsbewegung bedeutet Shoreham natürlich so etwas wie einen Durchbruch. Es existieren in GB viele tierfreundliche Lobbyorganisationen und immer wieder demonstrieren sie in London gegen Tierversuche. Seit mehr als 10 Jahren retten die vermummten Zellen der »Animal Liberation Front« Hunde vom Kettenrauchen und Kaninchen vor den Kosmetikfirmen. Gelegentlich wird eine Metzgerei abgefackelt. Die Bourgeoisie findet solche Aktionen gar nicht lustig, ihr Besitz muß verteidigt werden und ihre RichterInnen reagieren mit harten Strafen. Zum Beispiel ist im Dezember ein ALF-Aktivist, Keith Mann, wegen Vandalismus, versuchter Brandstiftung, Aufstachelung und Gefängnisausbruch zu einer Haftstrafe von 14 - VIERZEHN - Jahren verurteilt worden. Er glaubt nicht an den bewaffneten Kampf und wollte kein lebendes Wesen verletzen. Auch wegen solcher Strafen haben manche Gruppen entschieden: Wenn wir sowas für nichts kriegen, sollten wir also unsere Feinde - Tierversuch-ForscherInnen usw. - gleich in die Luft jagen. Ein solches Grüppchen ist das »Animal Rights Militia«.

Ein Teil der Bewegung (populärer bei Linken, wegen dem Kontrast zwischen reichem Reiter und bleichem Innenstadt-Kid) sind die Jagdsaboteure. Mittlerweile werden die FuchsjägerInnen von ihren bewaffneten Angestellten (Wildheger, Butler usw.), privaten Sicherheitsdiensten und Bullen begleitet. Die Saboteure versuchen, die Jagd zu sabotieren, ohne die Pferde zu verletzen und zusammengeschlagen zu werden. Während der letzten Jahre wurden zwei Saboteure getötet, von den Autos der Jägeranhängerschaft überrannt.

Die AktivistInnen der Tierrechtsbewegung bilden einen Teil des sogenannten »grünen Heers« oder der angeblichen »neuen Jugendbewegung« der Antistraßenproteste, der Anti-CJA Kampagne. Aber wichtig an Shoreham ist, daß so viele »normale« ShorehamerInnen für Tiere bereit sind, das Gesetz zu brechen, sei es auch »nur« eine Straßenblockade. So sind die Ereignisse in Shoreham einerseits sicher ein Durchbruch für die TierrechtlerInnen, aber sie sind auch ein wichtiges Anzeichen dafür, daß die Leute sich bewegen können, bzw. viele Menschen in Bewegung sind und es hoffentlich auch bleiben werden.

Früher wurde in Wildcatkreisen die Tierrechtsbewegung eher unter dem Titel »Fundamentalisierung der Reste« eingestuft, was meinem Verständnis nach ungefähr ausdrücken sollte, daß viele Linke, die ihre Projekte als gescheitert betrachten, nur noch in einer fundamentalistischen Abgrenzung zum Rest der Gesellschaft überleben können.

Das beinhaltet zweifellos ein Stück Wahrheit gegenüber der autonomen Szene, aber langfristig wäre so eine Vorgehensweise inadäquat.

Laßt es euch schmecken!

P., 13-1-95

Diskussionsbeitrag für die Krass, eine Antifa-Zeitschrift aus Köln

Die Niederlage, wählen zu müssen

Lange Jahre war es in der »Szene«, unter Autonomen, in der revolutionären Linken - oder wie immer wir es nennen wollen - kein ernsthafter Diskussionspunkt, ob wir uns an den Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten beteiligen oder nicht. Es gab vor jeder wichtigen Wahl ein paar obligatorische Anti-Wahl-Plakate und aufgewärmte Kritik am Parlamentarismus. Für den gemeinsamen Konsens, daß wir uns in einer prinzipiellen Feindschaft zum Staat und seinen Organen befinden, war dies eigentlich nicht erforderlich.

Dieses Jahr gab es, soweit ich es selbst beobachten konnte, einen dramatischen Einbruch in dieser Haltung. Wählen gehen oder nicht, PDS ja oder nein, eigene Listen aufstellen oder Bündnisse eingehen - auf einmal begegnete ich überall solchen Diskussionen. Zunächst überrascht, wurde mir allmählich klar, daß dieses Phänomen nur der zugespitzte Ausdruck einer längeren Entwicklung ist.

Wie gesagt, nur ein Ausdruck. Die Frage, ob wir nun wählen sollten, müßten, könnten, dürften... interessiert mich wenig. Für revolutionäre Politik gibt es da nicht viel zu diskutieren. Und ich glaube auch nicht, daß das neue Interesse an den Wahlen irgendetwas mit grundlegenden politischen oder theoretischen Überlegungen zu tun hat. In den Debatten zu dem Thema waren solche auch kaum zu hören. Im Grunde empfinden es auch viele, die nach langen Jahren der Abstinenz wieder zum Stimmzettel griffen, als eine Niederlage, als Eingeständnis von Ohnmacht und Perspektivlosigkeit. Es geschah fast verschämt und mit Gewissenbissen, wie im Motto der Bonner Demo: »Den antifaschistischen Kampf wählen!« oder der Beteuerung auf den Plakaten: »Wählen allein genügt nicht!« Irgendwie war an dem von »Arsch Huhh« bis Kohl verbreiteten Appell, nur durch Wahlbeteiligung könnten die Faschisten aus den Parlamenten rausgehalten werden, nicht vorbeizukommen. Natürlich, wir müssen noch mehr tun - aber das sagt auch jeder Politiker. Der viel entscheidendere Punkt ist es doch, an der wenn auch nur formalen oder taktisch gemeinten Zustimmung zum bürgerlichen Staat nicht vorbeikommen zu können.

Was kommt in dieser Haltung zum Ausdruck? In den letzten Jahren, vor allem seit dem welthistorischen Bruch von 1989, hat die autonome Linke ein Weltbild entwickelt, in dem jeder Widerstand und politischer Kampf wie ein Kreuzzug der letzten Aufrechten in einer feindlichen, übermächtigen Umwelt erscheint. Der weltweite Sieg des kapitalistischen und imperialistischen Systems scheint uns alle in eine bloße Zuschauerrolle versetzt zu haben. So sehr wir auch den real existierenden Sozialismus als lediglich andere Form einer Gesellschaft des Arbeitszwangs und der Ausbeutung kritisiert hatten, wenigstens dem Namen nach schien er den Traum von einer anderen, nicht auf Konkurrenz und Profit beruhenden Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Mit der Übermacht des Kapitals und seiner Märkte, mit den niederschmetternden Erfahrungen mit der »Neuen Weltordnung« im Golf-

Krieg, gingen alle Träume verloren. Die Perspektive einer weltweiten Revolution, die uns früher in unseren verschiedenartigsten Kämpfen - um Häuser, gegen Ausbeutung und staatliche Unterdrückung, für internationale Solidarität oder auch nur für ein paar Bäume - zusammengehalten hatte, rückte in unerreichbare Ferne und erntet heute nur noch ein müdes Lächeln. Wer überhaupt noch politisch aktiv blieb, engagierte sich in den verzweifelten Abwehrkämpfen gegen die allgemeinen Übel dieser Gesellschaft und die drohenden Gefahren, die wie eine biblische Apokalypse an die Wand gemalt werden. Der Standpunkt ist nur noch moralisch, gegen Rassismus, gegen Faschismus, gegen Sexismus ... aber die ernsthafte Hoffnung, eines Tages dieses ganze Scheiße überwinden zu können, oder die Frage, wie dies geschehen könnte, ist damit nicht mehr verbunden.

Diese Entwicklung hat sich nicht nur in den Köpfen abgespielt. Wir selber leben heute auch anders. Individuelles Fortkommen galt nichts in Zeiten, in denen die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes uns beflügeln konnte. Aber der moralisch begründete Kampf gegen das Böse kann keinen Rückhalt für unsere existentiellen Fragen bieten. Diese lösen wir heute individuell, zusammen mit Freund oder Freundin, höchstens noch in kleinen Gruppen. Die Übermacht von Markt und Konkurrenz hat uns auch ganz persönlich erreicht. Selbst wenn es zu staatlicher Verfolgung kommt, gelingt es uns nicht mehr, dieser kollektiv entgegenzutreten - wie jüngst das Beispiel der Thebäerstraße zeigte.

Perspektivlosigkeit und materieller Zerfall von kollektiven Strukturen sind meiner Ansicht nach der eigentliche Grund für die Diskussionen um das »wählen müssen«. Wahlen werden zum Strohhalm der Ertrinkenden, in der Hoffnung wenigstens ein klitzekleines Bißchen aus der Zuschauerrolle herauszutreten. Die Argumente und Rechtfertigungen sind beliebig: »Wir müssen wählen, um die Faschisten aus den Parlamenten herauszuhalten«, »Ich wähle PDS, damit eine linke Position im Bundestag ist«, »Als Arbeitsloser ist eine SPD-Mehrheit für mich wichtig, damit die Arbeitslosenhilfe nicht gekürzt wird«, »Wir machen eine linke Liste, um die Wahlen propagandistisch nutzen zu können (oder wegen der paar Mark Wahlkostenzuschüsse)« usw. An allen Punkten ließe sich sofort zeigen, daß es Scheinargumente sind, daß die Verhältnisse in den Parlamenten nur die Verhältnisse in der Gesellschaft, die Stärke oder Schwäche der Bewegungen widerspiegeln. Der Einfluß der Faschisten wird auf der Straße zurückgedrängt - im Parlament und Staat wird der Antifaschismus doch nur dazu genutzt, den Gewaltapparat und die Strafgesetze gegen jede Bewegung, also auch gegen uns, auszuweiten. Die Kürzung der Arbeitslosenhilfe wurde nicht von der SPD, sondern von den Autobahnblockaden der Stahlarbeiter letztes Jahr verhindert. Propaganda kann eine starke Bewegung sehr viel effektiver machen, als ausgerechnet im Wahlkampf ihre Energien zu verheitzen usw..

Aber gerade weil die neue Haltung gegenüber Wahl und Parlamentarismus materielle Gründe hat, unseren eigenen sozialen und politischen Zustand zum Ausdruck bringt, halte ich nichts von einer moralisierenden Debatte darüber, ob es nun gut oder falsch ist, zu wählen. Das geht an den eigentlichen Fragen vorbei.

Über die müßte diskutiert werden. Das Gefühl von Schwäche und der Verlust von kollektiven Bezügen ist kein Privileg der Autonomen. Auch in diesem Punkt sind wir Teil dieser Gesellschaft. Die Sozialwissenschaftler jammern seit Jahren über die zunehmende Individualisierung, die Zersplitterung der Gesellschaft in abgeschottete Gruppen. Warum sollte das an uns vorbeigegangen sein? Die nur noch moralische und Anti-Politik und die vergebliche Hoffnung, sich wenigstens in der eigenen »Szene« eine kleine heile Welt schaffen zu können, zeigen, wie sehr wir Teil der gesamten Gesellschaft sind. Daher werden wir uns auch nicht alleine an den Haaren aus dem Sumpf herausziehen können, sondern nur wenn wir uns offen als Teil der Gesellschaft sehen und in sie einbringen, statt uns nur vom »Rest der Welt« abzugrenzen.

Die Vorstellung, wir seien die einzigen Vorkämpfer für eine bessere Welt, ist eine Lebenslüge. Überall gibt es Konklikte und Kämpfe. Aber weil sich alle so wie wir einsam fühlen und in einem Meer von Spaltungen erleben, kämpft jede Gruppe allein, stellt ihre eigenen Forderungen, betont ihre besonderen Anliegen. Die kapitalistische Herrschaft konnte dies in den lezten Jahren nutzen, um ihre eigene Macht zu festigen. »Festigen« ist eigentlich das falsche Wort, denn auch ihre aktuelle Machtfülle steht auf tönernen Füßen. Politiker und Kapitalisten erwachten ziemlich schnell aus ihrem Siegestaumel nach 1989. Das Fehlen des »sozialistischen Blocks« raubte den westlichen Demokratien eine wesentliche Grundlage ihrer Legitimation. Der Glanz von Freiheit und Marktwirtschaft verblaßt schnell, wenn sie für einen immer größeren Teil nur die Freiheit zu mehr Arbeit für weniger Geld oder Arbeitslosigkeit mit immer geringerem Einkommen bedeuten.

Aber es gibt heute keine Punkte, an denen sich die aufgestaute Wut über das alltägliche Elend des Lebens entladen kann. Die Linke beschäftigt sich mit ihren eigenen Themen und ihrer Orientierungslosigkeit, die Gewerkschaften beteiligen sich dermaßen unterwürfig an der Umstrukturierung hin zu mehr Arbeitsdruck und Leistungszwang, daß sie für die Betroffenen nur noch als Stellvertreter der Unternehmer-Politik erscheinen. Auch die neue Mittelstandspartei aus dem Osten, die PDS, die sich nur in der Hetzkampagne der CDU sonnen konnte, wird in den anstehenden Konflikten keinen Orientierungspunkt abgeben. Dabei werden die gesellschaftlichen Spaltungsversuche immer weniger greifen, wenn die massiven Umstrukturierungen in den Betrieben und im Sozialstaat jetzt in Fahrt kommen. Der Kriseneinbruch der letzten beiden Jahre ermöglichte es, auf breiter Front »soziale Besitzstände« abzuräumen - seien es die Einkommensgarantien und Vergünstigungen in Großbetrieben, seien es die Überlebensmöglichkeiten im Sozialstaat oder die noch verbliebenen Möglichkeiten der Immigration. Auch wenn die materielle Situation der verschiedenen sozialen Gruppen weiter aufgefächert wurde, die einfache Rechnung von den oberen zwei Dritteln und dem unteren Drittel der Gesellschaft geht heute nicht mehr auf. Wer heute noch meint, zu den Gewinnern oder Überlebenden der Umstrukturierung zu gehören, wird sich bald fragen, welchen Preis er dafür zahlen muß. Für den 1. Mai 1995 hat der DGB das Motto ausgegeben: »Geliebt, gehaßt, gebraucht. Die Arbeit«. Erstaunlich ist daran nicht,

daß der DGB wieder einmal den Ruf nach Arbeit! Arbeit! Arbeit! erschallen läßt, sondern daß er auch eingestehen muß, daß die Arbeit gehaßt wird! Das besondere des gegenwärtigen Aufschwungs wird allgemein darin gesehen, daß es ein Aufschwung ohne Einstellungen ist, daß im Gegenteil überall weiter Arbeitsplätze mit sozialen Garantien abgebaut werden oder die noch vorhandenen Garantien einem neuen Leistungsterror unterworfen werden. Die Aufspaltung in Arbeitslose (die tatsächlich mit immer schlechter bezahlten Gelegenheitsarbeiten über die Runden kommen müssen) und »Arbeitsplatzbesitzer« funktioniert dann nicht mehr, wenn der mit diesem Druck aufgebaute Arbeitszwang unerträglich wird. In den letzten Monaten hat es in Europa und in den USA einige Kämpfe gegeben, die blitzlichtartig die aktuelle Situation beleuchten. Bei VW in Brüssel traten die ArbeiterInnen im September spontan in den Streik und blockierten fast vier Wochen die Produktion, weil sie die enorm beschleunigte Bandgeschwindigkeit nicht länger ertragen konnten und wollten. Bezeichnenderweise hatten die Gewerkschaften noch einige Tage zuvor über die mangelnde Aktionsbereitschaft und die Apathie der ArbeiterInnen geklagt. In den USA gab es mehrere ähnliche Streiks gegen Arbeitstempo, Überstunden und die dadurch hochgeschnellte Zahl von Arbeitsunfällen und Verletzungen. Auf der anderen Seite gärt es auch unter den prekären, eingewanderten und zum Teil illegalen BilliglohnarbeiterInnen. In den Zentren der Baukonjunktur kommt es wie in Berlin oder Leipzig immer öfter zu Aktionen auf den Baustellen gegen die brutale Ausbeutung. Aus den Knästen und Abschiebelagern hören wir jeden Tag von Aktionen. Usw.

All das sind nur kleine Vorboten, diese Kämpfe bleiben auch heute noch isoliert, auf sich begrenzt und enden meistens in Niederlagen. Aber ich behaupte, daß sie nicht einfach ein zufälliges Zusammentreffen von verzweifelten Widerstandaktionen sind, sondern zeigen, daß der Kapitalismus mit seinen Spaltungsmanövern auf Grenzen stößt. Wenn wir unvoreingenommen und ohne die Brille unserer eigenen Hoffnungslosigkeit auf die Welt schauen, dann hat der Kapitalismus es nirgends geschafft, seine Herrschaft zu stabilisieren. Der Strudel von Verwertung und Profitabpressung, in die er alle Teile der Welt hineinzieht, produziert überall Kämpfe gegen seine Diktate - von Chiapas bis zu den Bauernunruhen und Streikbewegungen in der Chinesischen Volksrepublik. Ich will damit einfach nur sagen, daß wir uns nicht so ohnmächtig und mutlos fühlen müssen, wie es in den Wahldebatten den Anschein hatte. Wenn wir uns überall dort einbringen, wo sich der Unmut heute entwickelt, wenn wir dabei unsere eigenen Überlebensprobleme nicht außen vorlassen, selber die Zusammenhänge der verschiedenen Formen von Ausbeutung und Unterdrückung sehen und aussprechen, dann könnten wir einiges bewegen.

Die Träume liegen heute wieder unter dem Asphalt, greifen wir zur Spitzhacke!

Eine Wildkatze aus Köln

Zum Rassismus: Diskussionsbeitrag aus Freiburg

Vorbemerkung der Kölner Redaktion: Über den folgenden Text hat es bei uns - zwischen Formatieren und Korrekturlesen - einige Diskussionen gegeben. Wir wollten ihn zuerst nicht im Zirkular abdrucken, wegen der unserer Meinung nach falschen Unterstellungen gegenüber der Mannheimer Gruppe. Dieses Problem sehen wir auch in der jetzt abgedruckten, leicht geänderten Fassung noch: Zwar wird die LUPUS-Gruppe für ihr falsches Zitieren kritisiert, aber gleichzeitig wird die Tendenz übernommen. Es wird der Eindruck erweckt, als würde die Mannheimer Gruppe krampfhaft versuchen, den Angriffen in Schönau noch irgendwie was Positives abzugewinnen, bzw. wird behauptet, daß sie der Faszination der "Militanz" vor dem Flüchtlingslager erlegen sei. Diese Unterstellungen sind nicht neu, werden aber durch Wiederholung nicht richtiger.

Was ist denn falsch daran, an die Notwendigkeit von Militanz und Rebellion zu erinnern, in einer Zeit, in der sich neben dem "rassistischen Konsens" auch der Konsens der Lichterketten und Gewaltfreiheit breitgemacht hat? Und was ist das für ein Argument gegen das Flugblatt, daß der "rassistische Mob" nicht darauf gehört hat? Gegen wen richtet sich der Vorwurf des "homogenisierenden Begriffs der Arbeiterklasse"? Und auch die Schlußfolgerungen bleiben für uns reichlich nebulös: Was soll das heißen, "sich aus der Marginalität heraus zu organisieren und sich kämpfend auf die Seite der Ränder dieser Gesellschaft zu stellen"?? Mit solchen Parolen lassen sich unsere Probleme mit "dem Rassismus" sicher nicht lösen...

Wir können und wollen zu dieser nächtlichen Stunde nicht mehr dazu sagen. Wir drucken den Text hiermit ab und hoffen, daß sich eine Diskussion ergibt, die uns allen in unserer Hilflosigkeit gegenüber einigen derzeitigen Phänomenen weiterhilft - aber nicht Unterstellungen wider besseres Wissen und Plattheiten.

In der Donnerstagsgruppe zieht sich jetzt schon länger eine Diskussion über "Rassismus und Klassenkampf" hin. Karl Heinz Roth mogelt sich in seinem Text ja ganz schön darum herum...

Einige Diskussionspunkte waren das Schlagwort "rassistischer Konsens", aber auch Mannheim-Schönau und die verschiedenen Versuche analytisch zu fassen, was dort Ende Mai 92 vor sich ging. Das LUPUS-Buch "Lichterketten und andere Irrlichter" und deren Beitrag "Ein ganz gewöhnlicher Fahrplan Richtung Pogrom" war der Auslöser für diese Diskussion.

Da bis jetzt mehrheitlich Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge der Freiburger Wildcats im Zirkular nachzulesen waren, an dieser Stelle die Stimme eines nichtwildkätzischen Donnerstagsdiskutanten zu diesem Ding 'Rassismus'(1).

1. "Rassistischer Konsens" ist in der autonomen Scene, unter Flüchtlingsgruppen und so auch in unserem Diskussionszusammenhang oft gebrauchter Ausdruck, um die

Situation nach 89/90 und das rassistische Klima im Post-Vereinigungsdeutschland auf den Begriff zu bringen - obwohl in ihm viel Wahres steckt: ich lehne den Begriff ab. Ich gehe davon aus, und das ist auch meine Erfahrung, daß in der Klasse - und darum geht es ! - ein Wirrwarr an widersprüchlichen "Jedermanns-Philosophien" existiert. Da wird mal über den Chef, über das "ineffiziente Management", über die Scheißmaloche geschimpft. Da wird aber auch - und da kommt die gesellschaftliche Entwicklung der BRD insbesondere ab '89/90 dazu - über die faulen, oder wahlweise Arbeitsplätze raubenden "Asylanten" gehetzt. Gerade während der Zeit der medialen Hetze und Vorbereitung auf den "Asylkompromiß" war die Stimmung ziemlich aggressiv rassistisch. Dies ist jetzt einem eher stillen rassistischen Einverständnis mit herrschender Politik gewichen. Auch hat sich die Fernseh-Inszinierung der Skinheads als bad boys ausgezahlt. Die "Faschos" findet momentan fast jeder beschissen und gerne würde man denen eins in die Fresse haun'.

Die Abschiebungen, Unterbringungen von Flüchtlingen in Abschiebeknästen, der staatlich-bürokratische Rassismus dagegen wird mit schweigender Zustimmung hingenommen. Die für uns wichtige Frage wäre hier, ob dies als "Konsens" - quasi unaufbrechbar - besteht, oder ob es Brüche gibt.

Brüche, weil die "soziale Frage" in all ihren Komponenten eine Verschärfung erfährt: Mietsituation, Prekarisierung, Gruppenarbeit als Technik der Ausbeutung, sämtliche (tariflichen) Erpressungen über den Kampfbegriff 'Standort Deutschland'...

Oder gibt es die 'Volksgemeinschaft' schon - natürlich nicht in ihrer "altbackenen" NS-Ausprägung mit DAF und Kraft-durch-Freude ? Gibt es vorallem die materiellen Voraussetzungen, die Rassismus zu einer "richtigen" Einstellung, einem "richtigen" Bewußtsein machen ? - auch wenn wir als Linke es politisch & moralisch natürlich falsch finden. D.h. ist auf dem Hintergrund der EG-Formierung, des imperialistischen Wertraubes und der Tatsache, daß es entgegen den voluntaristischen Vermutungen Karl Heinz Roths' ein stärkeres Auseinanderdriften von Wachstums- und Armutsregionen gibt, der Rassismus der Klasse in der BRD, aber auch in Europa, nicht viel mehr Ausdruck einer bewußten Entscheidung, Ausdruck metropolitaner Besitzstandwahrung?

Spiegelt sich in ihm nicht das Bewußtsein wieder, nationalstaatlich oder (sollte die "Europa-Idee" greifen) im Rahmen der "natürlichen" Abschottung Europas gegen die Flüchtlinge als Staatsbürger versorgt zu werden ?

Wir sollten in diesem Zusammenhang auch Detlef Hartmanns Frage beantworten: "Denn hat der Anspruch auf Teilhabe in der Metropole nicht schon immer seine produktive Kraft im Anspruch auf Ausbeutung der ganzen Welt bewiesen ?" (ak 362)

Natürlich - und deshalb die Fragwürdigkeit des "rassistischen Konsens"-Begriffs - ist Rassismus keine unumstößliche anthropologische Konstante, auch keine nur psychologisch faßbare "zweite Natur" des (deutschen oder europäischen) Menschen. In manchen Analysen des Rassismus wird dieser als ewiges, 500-jähriges Beiwerk der europäischen Expansion gesehen. Manchmal erscheint es auch so, als hätte einige bei "den Deutschen" ein ganz besonderes 'Pogrom-Gen' entdeckt. So kommen wir ja nicht weiter...

Nur in Kämpfen läßt sich Rassismus überwinden. Gerade hier in den Metropolen müssen Kämpfe entfaltet werden, die dann auch revolutionierend auf Rassismus oder

auch Sexismus wirken. Auf Antirassismus-Kurse zur Selbstheilung setzt ja von uns niemand.

Winfried Wolfs Überlegung "spezifischer Kampfformen" wie Streiks gegen Rassismus stellt uns vor die Aufgabe, diesen Wasserkopf-Vorschlag aus dem PDS-Büro dahingehend zu diskutieren, warum es angesichts eines z.B. großen Anteils von nichtdeutschem Industrieproletariat gerade nicht zu solchen spezifisch politischen Streiks kommt.

2. Zur Kontroverse um Mannheim-Schönau

Mai/Juni 1992 kamen in dem Stadtteil Mannheim Schönau, der von Soziologen und Stadtplanern klassisch unter dem Etikett "sozialer Brennpunkt" geführt wird, die Verhältnisse ganz anders in Tanzen, als es wünschenswert ist: das im Februar eröffnete Sammellager für Flüchtlinge wurde mit rassistischen Parolen belagert, und die Pogrom-Stimmung , die am Vatertag ihren Ausgangspunkt hatte, steigerte sich zu Versuchen, das Lager zu erstürmen. Daraufhin gab es reflexhaft und viel zu spät verschieden Versuchen von Linksradikalen zu intervenieren.

Wir gingen in unserer Diskussion der Frage nach, wie in dieser konkreten Situation mit einer rassistischen Eskalation umgegangen wurde.

Zur Diskussion lag uns das neue Buch der autonomen LUPUS-Gruppe vor, sowie das ganze, ungekürzte Flugblatt der Mannheimer GenossInnen mit dem Titel "Rebellion ist gerechtfertigt - aber so gehts nicht!" (wobei den meisten Kritikern dieses Flugblatts wohl nur die Überschrift bekannt ist - nachlesen könnten sie in der Beilage der Wildcat Nr.60)

Besagtes Flugblatt, das von Mannheimer Wildcats verteilt wurde, ist in dem 2.LUPUS-Gruppen-Buch durch Kürzungen verfälscht worden. Obwohl die LUPUS-Gruppe ansonsten als seriös und recherchierende publizistische Gruppe bekannt ist, baut sie sich hier einen Pappkameraden auf, der umso leichter zu demontieren ist. Da wurde z.B. die wichtige Aussage "Das Verhalten der SchönauerInnen ist widerwärtig" weggelassen.

Meine Frage in der Diskussion über dieses Agieren der Wildcats ist nur die, die auch LUPUS beschäftigt: Wie wirksam und welche Überlegungen stecken hinter einem Flugblatt, das Rassismus als Rebellion wahrnimmt ?

Ein Flugblatt hat die Aufgabe zu intervenieren. Schlechtes Beipiel dafür sind viele FlüchtlingsunterstützerInnenflugblättern, in denen dauernd was von 'Menschenwürde' und 'Menschenrechten' steht, um die nicht eingehaltenen Versprechungen der "demokratisch" verfassten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einzuklagen (siehe in dem Zusammenhang Martins letzten Fragmente-Text, Zirkular Nr.8).

Das "Rebellion"-Flugblatt wurde breit auf der Schönau verteilt mit der richtigen Intention, die rassistischen Antreiber und Hetzer zu isolieren. Doch eine Passage deutet auf zwei fundamentale Mißverständnisse dessen hin, was sich an rassistischem Angriff auf der Schönau manifestierte:

"Es gibt gute Gründe auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne - kurz gesagt das Gefühl ständig was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen."

Zum einen scheinen mir die VerfasserInnen, der kollektiven 'Militanz', die vor dem Flüchtlingslager zu spüren war, erlegen zu sein. Aber diese Gewalt und "Klassenmacht", die auf der Schönau zum Ausdruck kam, ist die, die wir in jedem Pogrom finden konnten und noch können. Doch ist das etwas grundlegend anderes, als "die guten Gründe", die die Wildcats (fast so moralisch wie die so belächelten "nur moralischen AntirassistInnen"!) beschwören.

Zum zweiten ist der pädagogische Hinweis auf Wohnungsnot, Mieten und Löhne wirklich fehl am Platz. Objekt der Straßengewalt waren die Flüchtlinge und eben nicht die (Verantwortlichen von) Wohnungsnot. Jeder Hinweis, doch nach oben zu treten, gegen "die Bonzen" vorzugehen, verkennt, daß für Rassisten in den Flüchtlingen gerade "die richtigen" gefunden wurden. Daß dieser Appell, nach oben zu treten, nichts genützt hat und der rassistische Mob dem nicht nachgekommen ist, sagt über die Wirksamkeit der Aktion schon genug aus.(2) Und das mag nicht nur an der geringen Auflage des Flugblatts gelegen haben, vielmehr kommt in dem Flugblatts ein Rassismusverständnis zum Ausdruck, das tatsächlich meint, in Rassismus artikuliere sich ein berechtigter und vorallem revolutionär wendbarer sozialer Protest. In Rassismus spiegeln sich auf jeden Fall soziale Verhältnisse wieder. Abgesehen vom sozial-technischen Fluchtpunkt von Rassismus, z.B. der Bevölkerungspolitik. Abgesehen vom rationalen Rassismus der Herrschenden steckt in Rassismus tatsächlich auch sozialer Protest. Und gerade das macht ihn so gefährlich.

Die Qualität dieses Rassismus, der auch mit sozialem Protest angereichert und unterfüttert ist, ist m.E. jedoch von den Mannheimer GenossInnen nicht erkannt worden:

Was ist denn das für ein sozialer Protest, der die vom Staat angebotenen Opfer angreift, sich unterwirft unter die autoritären Spielregeln des Nach-unten-Treten-und-nach-oben-Buckeln.. ?

Ein Protest, der ausgerechnet am Vatertag seinen Ausgang hat?

Wohl eher ist es genau diese konformistische Anbiederung und Sich-selbst-In-Wertsetzung über die Mobilisierung gegen "die anderen", die ja kein Recht auf irgendwas haben, denn sie gehören ja nicht dazu & nicht hierher...

Eins steht fest: diese Leute müssen sich entscheiden: zwischen Unterwerfung oder Befreiung. Und dies kann nur in der klaren Konfrontation mit ihnen geschehen. Warum wird der Operaist da plötzlich zum Sozialarbeiter und findet da irgendwas "gerechtfertigt"?

3.Zur geschichtlichen Parallele.

"Die Definition der Freiheit ist die Theorie der Geschichte und umgekehrt."

Deshalb müssten für Militante und Linksradikale, deren Sache der Klassenkampf ist, die Zusammensetzung und das daraus resultierende Verhalten der Arbeiterklasse im NS ein wichtiger Punkt sein.

Es gibt zwei Historiker, die da hervorragende Arbeit geleistet haben. Die Interpretation ihrer Werke bleibt uns überlassen. Das sind zum einen T.W.Mason, zum anderen Franz Neumann.

Mason zeigt die lebendigen Kämpfe der Klasse während des NS und man könnte sogar rauslesen, daß die Klassenkampfsituation den NS letztenendes in den Krieg 1939 trieb. Wir können aber auch nachlesen, wie die Arbeiterklasse sämtliche sozialpolitischen Konzessionen, die der NS als hocheffizientes System als Köder auslegt, annimmt und sie nach ihren eigenen Bedürfnissen instrumentalisiert. Wenn wir jetzt noch die Studie Franz Neumanns über den "Behemoth" - seine Bezeichnung des NS - dazunehmen, verdichtet sich diese ganze Geschichte:

Er beschreibt den NS als sozialimperialistisches System, das für die "eigene" nationale, oder besser: "arische" Arbeiterklasse mittels Krieg und dann Vernichtung in der Peripherie und Akkumulation im Zentrum des "Reiches" 'akzeptable Bedingungen' schafft. Und auch die von Mason zusammengetragenen Kämpfe über Sozialpolitik, Kraft-durch-Freude und ähnliches befriedet. Dieses imperialistische Gefälle (zwischen Vernichtung und Versorgung) verlängerte sich ins 'Kerndeutschland': Auslese und Aussonderung, Vernichtung der "Nicht-Arier".

Wie haben wir denn das "Wir haben nichts gewußt" und das "So schlimm wars unterm Hitler nicht" unserer Großeltern und Eltern zu deuten ? Wohl genau als diese aufgegangene Strategie (trotz tariflich festgeschriebenem Existenzminimum und Vernichtungspolitik gegenüber den Arbeiteravangarden) über Stigmatisierung von Minderheiten, rassistische Spaltung, Vernichtung "unnützer Esser" und Wertraub in der einverleibten Peripherie des NS die Klasse zu spalten, und die "arische" Arbeiterklasse über Einbindung (z.B. auch in die Kontrolle von ausländischen Zwangsarbeitern) und Besserstellung in der Produktion bei der Stange zu halten.

Wir hätte auch von der Geschichte der KPD der Weimarer Jahre lernen sollen. Nur ein Beispiel, um die Gefährlichkeit des auf Rassisten oder Antisemiten Zugehens zu verdeutlichen: Ruth Fischer, "linksradikale" KPDlerin auf einer faschistischen Veranstaltung: "Wer gegen das Juden-Kapital aufruft...ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß ... Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie! Aber, meine Herren, wie stehen Sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?" (der letzte Satz wurde im LUPUS-Buch übrigens auch mal wieder weggelassen, trotzdem:) es kommt hierbei ein Verständnis von Antisemitismus und Rassismus zum Ausdruck, das meint, Rassisten und Antisemiten würden schon in die richtige Richtung laufen, nur nicht weit genug. Quatsch! Sie laufen gerade in die falsche Richtung!

4. Viel wäre allerdings gewonnen, wenn wir einsehen würden, daß ein homogenisierender Begriff der Arbeiterklasse wenig nützt. Die Potsdammer Bauarbeiter könnten davon ein Lied singen: Da arbeiten Leute mit ganz unterschiedlichen (sozialen wie rechtlichen) Voraussetzungen miteinander. Laßt uns diskutieren(3), wie ein klassenkämpferischer Universalismus zu formulieren ist, der die Spaltungen überwindet, aber die Unterdrückungsmechanismen über die "Differenz" (und daraus resultierende Kämpfe) nicht mißachtet.

Auch ob es geschichtliche Situationen und Systeme gibt, die sich über Seperierung, soziale Differenzierung und reale imperialistische Gefälle stabilisieren, in denen "die

Arbeiterklasse" in dieser undifferenzierten Homogenität(4) nicht Trägerin revolutionärer Prozesse ist und sein kann. (5)

Im übrigen war die Proletarität nie verschwunden, warum sollte sie also jetzt "wiederkehren"? Ihr sozialer Ort war und ist in der imperialistischen Metropole BRD nur ein anderer. Daher erscheint es mir plausibel, aus der Marginalität heraus sich zu organisieren, im klaren Bewußtsein dieser Marginalität und sich dabei kämpfend auf die Seite des Herzstücks der sozialen Revolution zu stellen: auf die Seite der Ränder dieser Gesellschaft. Damit "von diesem Ausgangspunkt der Weg ins soziale Terrain wieder erschlossen werden" kann.(6)

Vielleicht sollten wir auch den 'eindimensionalen Mensch' (nochmals) lesen, um mit diesen Worten was anfangen zu können:

"Man kann nur noch von den Minderheiten aus denken. Gedacht wird nur noch an den Rändern, denn Bewegung geht nur noch von den Rändern aus. Man muß...vom Punkt derjenigen aus denken, die selektiert werden." (Heiner Müller)

Hanne (donnerstagsgruppe Freiburg)

Bemerkungen:

1.) Im übrige: Warum ist Rassismus so ein unangenehmes Thema für die Wildcats ? "Rassismus durch den Klassenkampf hindurch diskutierbar machen" ist nett formuliert, aber jetzt müsste endlich mal die Diskussion angepackt werden - an Cafe Morgenland-Papieren sich abarbeiten können wir alle!

2.) Woher kommt also die Arroganz gegenüber den "autonomen Antirassisten" (oder auch in unserem Kreis -nicht sehr liebevoll- "Automaten" genannt)? Hatten die Mannheimer Wildcats nicht genausowenig Ahnung von der und Antworten auf die Schönau, wie x-beliebig dahergelaufene Autonome?

3.) Wir können es uns nicht so leicht machen, die (Klassenkampf)geschichte ihren Lauf nehmen zu lassen. Die berechtigte Ablehnung des Leninismus schützt uns nicht davor, alles nur denkbare für die Entfaltung von Kämpfen zu tun. Und die Revolution wird nicht kommen, wenn sich in den Zentren der kapitalistischen Akkumulation große Teile der Klasse als "Volk" mit den Ausbeutern und Herrschenden zusammenschließen.

4.) Ein jähes Erwachen aus dem Traum der Vereinheitlichung proletarischer Kämpfe wurde uns (denn es ist unsere Geschichte, nicht nur die der Wildcat) ja auch durch den Tritt antipatriarchaler Frauen in unsere Ärsche bereitet, die Sexismus in der Klasse thematisierten und analysierten.

5.) Und "Die 'andere' Arbeiterbewegung" von Karl Heinz Roth zeigt, daß sie es wahrscheinlich in dieser Pauschalität nie war: "Eine Arbeiterklasse, zwei Arbeiterbewegungen".

6.) Detlef Hartmann - "Revolutionäre Gegenmacht und die Probleme der metropolitanen Linken", aus: ak Nr.362

Stippefötche in jungen Jahren: 1926 wurde diese Aufnahme von Viktor (l.) und Ludwig Schmidt gemacht. Damals waren die Brüder ein Jahr bei den Roten Funken.